



Deutsches Institut für Urbanistik



# Jahresbericht 2009



## Impressum

Jahresbericht 2009

© 2010 Deutsches Institut für Urbanistik GmbH  
 Zimmerstraße 13–15,  
 10969 Berlin

Telefon: 030 / 39 001-0  
 Telefax: 030 / 39 001-100  
 E-Mail: [difu@difu.de](mailto:difu@difu.de)  
 Internet: <http://www.difu.de>

### Redaktion:

Klaus J. Beckmann, Klaus-Dieter Beißwenger, Sybille Wenke-Thiem

### Konzeption:

Arbeitsgruppe Jahresbericht: Klaus J. Beckmann, Klaus-Dieter Beißwenger,  
 Arno Bunzel, Busso Grabow, Sybille Wenke-Thiem

### Coverfotos:

Doris Reichel, Christian Strauss, Sybille Wenke-Thiem

### Teamfotos:

Doris Reichel, Ralf Winkler, Wolf-Christian Strauss, Anna Hogrewe-Fuchs,  
 Maic Verbücheln, Pia Hettinger

### Gestaltung:

hawemannundmosch  
 Agentur für Werbung und Designentwicklung, Berlin

### Druck:

G.R.I.M.M. CopyPlot & Digidruck GmbH, Berlin

Dieser Band ist auf hochweißem Recycling-Papier mit »Blauem Engel« gedruckt.

# Inhalt

Vorwort .....	5
<b>A Einleitung</b>	
Difu-Arbeit im Kontext sich wandelnder Bedingungen .....	9
<b>B Forschung</b>	
Städtebau und Stadtentwicklung .....	15
Wohnen .....	22
Bevölkerung und Soziales .....	25
Politik, Verwaltung und Recht .....	29
Wirtschaft .....	32
Finanzen und Investitionen .....	36
Infrastruktur .....	40
Mobilität .....	43
Kommunaler Umweltschutz .....	48
Nachhaltige Ressourcenwirtschaft .....	53
Steuerung und Aufgabenorganisation .....	57
<b>C Fortbildung</b>	
Difu-Veranstaltungen .....	62
Fahrradakademie .....	65
Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ) .....	66
<b>D Wissensmanagement</b>	
Veröffentlichungen/Redaktion .....	69
Internet, Datenbanken und IuK-Technik .....	72
<b>E Organisation, Personal und Finanzen</b>	
Organisation/Organigramm .....	78
Institutsleitung und Geschäftsführung .....	79
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit .....	80
Personal .....	81
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter .....	82
Finanzen, Finanzierungsstruktur, Interne Services .....	86
<b>F Kontakte und Kooperationen</b>	
Difu-Zuwender .....	91
Wissenschaftlicher Beirat .....	92
Mitgliedschaften, Gremien und weitere Aktivitäten .....	93
<b>G Daten und Fakten</b>	
Forschungsprojekte im Überblick .....	97
Veröffentlichungen .....	100
Veranstaltungen .....	104
Vorträge .....	106



# Liebe Leserinnen, liebe Leser,

## der Jahresbericht 2009 des Difu in neuem Gewand!



Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) möchte mit dem »neuen« Jahresbericht nicht nur den weitgehenden Abschluss seiner Umstrukturierung – unter anderem Ausgliederung aus dem Verein für Kommunalwissenschaften (VfK) und Gründung einer gemeinnützigen GmbH – zum Ausdruck bringen, sondern vor allem Sie als Adressatinnen und Adressaten unserer Arbeit gezielt, informativ und attraktiv ansprechen.

Mit der veränderten Präsentation soll der kommunikative Prozess der Information, Begleitung, Diskussion und Beratung erleichtert und intensiviert werden – für unsere Zuwender aus der kommunalen Ebene wie aus dem Bund (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) und

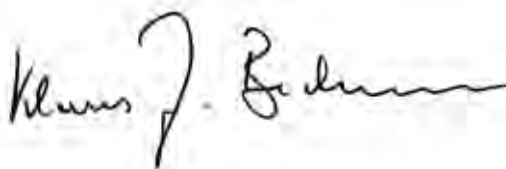
dem Sitzland Berlin, für den Gesellschafter VfK wie für wissenschaftliche Partner und die Öffentlichkeit.

Das veränderte Konzept eröffnet auch die Chance zu einer kritischen Reflexion der strategischen Ausrichtung und des Leistungsstandes des Instituts. Wir stellen uns damit einem offenen fachlichen Diskurs zu Themen, Methoden und Ergebnissen der Difu-Forschungstätigkeit. Die Institutsleitung wie auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versprechen sich hiervon wichtige Impulse für ihre alltägliche Arbeit, für die mittelfristigen Arbeitsperspektiven, für das neue Strategiekonzept und nicht zuletzt für ein künftiges Leitbild des Instituts.

Der »neue« Difu-Jahresbericht setzt mit der Darstellung nach Themenbereichen stärker inhaltliche Akzente. Sein Layout und seine Abbildungen erhöhen die Lesefreundlichkeit. Und die Forschungs- und Vermittlungstätigkeit des Instituts erhält mit den Teamfotos nun auch für diejenigen von Ihnen, die eher »vermittelt« mit uns zu tun haben, ein persönliches Gesicht.

Ganz herzlich bedanken möchten wir uns bei allen Förderern und Kooperationspartnern des Instituts für die stets angenehme, konstruktive Zusammenarbeit und die hilfreiche Unterstützung in der für das Difu nicht immer leichten Umstrukturierungsphase.

Liebe Leserin, lieber Leser, herzlich willkommen beim Deutschen Institut für Urbanistik und hoffentlich reichlich Anregung und auch Freude beim Lesen.



**Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann**  
Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer



# A Einleitung

Difu-Arbeit im Kontext  
sich wandelnder Bedingungen





# Difu-Arbeit im Kontext sich wandelnder Bedingungen

Das Jahr 2009 war für das Difu das erste Jahr in neuer Rechtsform und mit einer veränderten finanziellen Basis. Es war das Jahr der Konsolidierung, gleichzeitig aber auch des Aufbruchs und der aktiven Neugestaltung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben mit außerordentlichem Engagement die Umstrukturierung und den Standortwechsel bewältigt und gleichzeitig vielfältige neue fachliche Akzente gesetzt.

## Umsetzung der Umstrukturierung

Die Ausgliederung des Difu aus dem Verein für Kommunalwissenschaften (VfK) und die Gründung als gemeinnützige GmbH – 2008 vollzogen – haben weit in das Jahr 2009 hinein nachgewirkt. Die mit Gesellschafterbeschluss vom 21. Juni 2008 und mit der Eintragung in das Handelsregister am 15. August 2008 rückwirkend zum 01. Januar 2008 erfolgte Ausgliederung bedeutete eine Vielfachbelastung insbesondere der Institutsleitung und des Sachgebiets Finanzen.

Auch wenn die Ergebnisse wegen der Umstrukturierung des Instituts nicht direkt vergleichbar sind, liegt der kamerale Abschluss 2009 um rund 1,67 Mio. Euro über dem Haushaltsvolumen 2008 (vgl. Berichtsteil E). Dabei stiegen die Projekteinnahmen von 3,1 Mio. auf 4,2 Mio. Euro, prozentual von 53 Prozent auf 56 Prozent der Gesamteinnahmen.

Die Anzahl der Veröffentlichungen hat sich mit 39 im Jahr 2009 gegenüber 34 in 2008 leicht erhöht. Hinzu kommen fünf Veröffentlichungen der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ). Ein Medium wurde eingestellt: Die Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK) erschien mit Heft II/2009 zum letzten Mal. Die Kosten/Nutzen-Relation und das veränderte Informationsverhalten der Zielgruppen veranlassten das Difu, entsprechende Inhalte künftig in seinen anderen Reihen zu publizieren. Insgesamt konnte der Absatz aller Publikationen gegenüber 2008 erhöht werden (vgl. Berichtsteil D).

Das Difu-Internetangebot basiert auf 14 Domains. Im Jahr 2009 wurde der Internet-Relaunch vorbereitet. Die rund 18000 Internet-Seiten wurden etwa ebenso häufig aufgesucht wie im Jahr 2008: rund 2,0 Mio. Zugriffe pro Monat, 1,2 Mio. Seitenaufrufe pro Monat (vgl. Berichtsteil D).

Das Veranstaltungsangebot umfasste 2009 38 Veranstaltungen, hinzu kamen fünf Veranstaltungen

der AGFJ und 28 Veranstaltungen der Fahrradakademie, mit 1 495 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Difu-Veranstaltungsprogramm und 703 bei den AGFJ-Veranstaltungen. Damit konnte das hohe Niveau von 2008 in etwa gehalten werden (vgl. Berichtsteile C und G).

Altersbedingt schieden drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus; insgesamt konnten 18 Männer und Frauen für eine Difu-Mitarbeit neu gewonnen werden. Die Struktur der Mitarbeiterschaft zeigt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen unbefristeten und befristeten Arbeitsverhältnissen, zwischen Vollzeit- und Teilzeitstellen sowie zwischen wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Personal (vgl. Berichtsteil E).

Mit dem deutlich vergrößerten Projektvolumen 2009 und mit dem Umzug (einschließlich dessen Vor- und Nacharbeiten) an den neuen Standort zum Jahreswechsel 2009/2010 (siehe unten) wurde eine Re-Organisation von Aufgaben und Personalausstattung der Allgemeinen Verwaltung, aber auch der Aufgabenteilung in der Institutsleitung im Berichtsjahr vorbereitet und zum Teil umgesetzt. In Teilen erfolgte die Umsetzung erst zu Beginn des Jahres 2010, da zu diesem Zeitpunkt konkrete Alltagserfahrungen aus 2009 und den ersten Monate des Jahres 2010 noch zusätzlich in die Anpassung einbezogen werden konnten. Insbesondere zeigte sich, dass die erfolgreiche Projektakquise, das stark gestiegene Volumen der Drittmittel und die Vielfalt der Projekte – insbesondere in der Allgemeinen Verwaltung mit Empfang, Postdiensten, Telefonzentrale, Hausverwaltung, Mietangelegenheiten usw., aber auch im Sachgebiet Finanzen – eine quantitative und qualitative Personalanpassung aus Gemeinkosten der Drittmittelprojekte erforderten.

## Standortwechsel an den zentralen Berliner Standort

Der Wechsel des Vermieters im Ernst-Reuter-Haus – der Treuhänder des Deutschen Städtetages hatte das Haus im Jahr 2007 an einen privaten Investor veräußert –, deutlich verschlechterte Mietkonditionen und die veränderte Finanzlage des Instituts machten die Suche nach einem neuen Standort für das Difu notwendig. Die Institutsleitung begann daher ab Jahreswechsel 2008/2009 – mit Unterstützung durch eine kleine interne Arbeitsgruppe – potenzielle Mietobjekte zu sichten und jeweils notwendige Vorplanungen einer Nutzung durchzuführen. Nach vielfältigen Sondierungen

→ Von der Ausgliederung zur Stabilisierung

→ Anpassungsbedarf im Bereich Finanzen und Allgemeine Verwaltung

→ Deutlich verbesserte Kennzahlen

→ Neuer Standort – neue Perspektiven!?

→ Gesellschafter-  
versammlung und Wissen-  
schafflicher Beirat

erwies sich schließlich ein von der IDEAL-Versicherung angebotenes Mietobjekt in der Zimmerstraße 13–15 an der Grenze der Bezirke Kreuzberg und Mitte als betrieblich und betriebswirtschaftlich vergleichsweise vorteilhaft. Dort kann das Difu Veranstaltungsräume für seine »Berlin-Seminare«, für den wissenschaftlichen Austausch in Netzwerken und für Arbeiten in komplexen Projekten mit mehreren Partnern selbst bereithalten.

Nach Mietvertragsabschluss und notwendigen Umbau- und Modernisierungsarbeiten konnte der Umzug im Zeitraum 18. bis 22. Dezember 2009 vonstatten gehen. Mit Beginn des Jahres 2010 fanden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am neuen Standort in der Mitte Berlins wieder einen voll eingerichteten Arbeitsplatz vor. Waren vor dem Umzug in der Mitarbeiterschaft »Trennungsgängste« aufgekommen oder Befürchtungen laut geworden, der neue Standort biete schlechtere Arbeitsbedingungen und sei schwerer zu erreichen, sieht die Realität Anfang 2010 gänzlich anders aus. Bemühungen der Institutsleitung und der »Umzugs-Arbeitsgruppe« haben in enger Rückkopplung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einer Raumaufteilung, Raumorganisation und zu Betriebsregelungen geführt, die gut angenommen werden. Und der attraktive Standort nahe Friedrichstraße und Checkpoint Charlie trägt seinen Teil zur ausgesprochen hohen Zufriedenheit mit dem Umzug bei. In diesem Zusammenhang ist der »Umzugs-AG« unter Leitung von Susanne Plagemann ganz herzlich zu danken. Zu danken ist auch der betreuenden Unterabteilung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), welche die Suche nach einem Standort und die Vorbereitung des Mietvertragsabschlusses kritisch-konstruktiv begleitete.

→ 16 Projekte erfolgreich  
abgeschlossen

### Steuerung des Difu

Nach Ausscheiden des Kaufmännischen Geschäftsführers (Auflösungsvertrag) zum Ende des ersten Quartals 2009 übernahm der wissenschaftliche Geschäftsführer und Institutsleiter Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann die Gesamtverantwortung für die Geschäftsführung. Er wird seit Juni 2009 auf der Grundlage eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung durch die Prokuristen PD Dr. Arno Bunzel und Dr. Busso Grabow kooperativ, kompetent und engagiert unterstützt. Innere Struktur und Verantwortlichkeiten sind im Laufe des Jahres 2009 weiter ausgestaltet worden (vgl. Berichtsteil E).

Im Jahr 2009 wurden wichtige Arbeitsgrundlagen für die Orientierung des Difu – wie die Aufstellung der Mittelfristigen Arbeitsperspektiven – auf den Weg gebracht und den Steuerungs- bzw. Beratungsgremien zur Stellungnahme und Diskussion vorgelegt. Sie werden in 2010 durch eine Vielzahl weiterer Aktivitäten fortgeführt. Zu Letz-

→ Anpassung der  
Verantwortlichkeiten

teren gehören die Erarbeitung einer Institutsstrategie 2020 und eines Leitbildes, die Neujustierung des Fortbildungsbereichs und der Aufbau einer umfassenden und den Difu-Erfordernissen besser angepassten Kosten-Leistungs-Rechnung.

Im Laufe des Jahres 2009 fanden drei Gesellschafterversammlungen statt. Wichtige Tagesordnungspunkte waren der kamerale Abschluss des Jahres 2008, die Beschlussfassung über den Kaufmännischen Abschluss und die Gewinn- und Verlustrechnung 2008, der Wirtschaftsplan 2010, der Abschluss des Mietvertrags für das Mietobjekt Zimmerstraße 13–15, die Institutsordnung.

Der Wissenschaftliche Beirat konstituierte sich (vgl. Berichtsteil F) und führte am 14. Dezember 2009 seine erste Sitzung durch. Als Vorsitzende gewählt wurden Prof. Dr. Ulrich Battis (Humboldt-Universität zu Berlin) und Bürgermeister Martin zur Nedden (Leipzig). Wichtige Beratungsthemen waren Aufgaben und Rolle des Wissenschaftlichen Beirats, seine Arbeitsweise und Geschäftsordnung sowie die Mittelfristigen Arbeitsperspektiven des Difu.

### Stabilisierte und erweiterte Forschungs- und Fortbildungsaktivitäten

2009 ist es gelungen, das Volumen der Drittmittelprojekte deutlich auszuweiten. Vor allem konnten »Schwerpunktprojekte« mit großen Außenwirkungen wie REFINA, Servicestelle Kommunaler Klimaschutz, Bundestransferstelle »Soziale Stadt«, Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe und Fahrradakademie qualifiziert weitergeführt und zum Teil für die Folgejahre neu gesichert werden. In Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Zurückhaltung öffentlicher Haushalte ist dies keine Selbstverständlichkeit. Es kann als Ausdruck von Anerkennung und Wertschätzung der Leistungskraft und Leistungsqualität des Difu seitens der Auftraggeber angesehen werden. In 2009 wurden 16 Projekte unterschiedlicher – zum Teil mehrjähriger – Laufzeit fristgerecht und erfolgreich abgeschlossen (vgl. Berichtsteil G). Besonderes Interesse und Aufmerksamkeit haben dabei in der Fachöffentlichkeit folgende Projekte gefunden:

- Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen,
- Gesundheitsprävention in Stadtquartieren,
- KfW-Umfrage zu kommunaler Haushaltslage, Finanzierungsbedarfen und Investitionstätigkeiten,
- Parken Berlin,
- ServiceStadt Berlin 2016.

Unter den 15 neu akquirierten Projekten bedürfen besonderer Erwähnung (vgl. Berichtsteil G):

- Evaluation der Empfehlungen der Expertenkommission »Wohnungsgenossenschaften«,

## Themencluster und thematische Schwerpunkte

### Baulich-räumliche Stadtentwicklung, Wohnen und Recht

- Städtebau, Stadtbau, Denkmalschutz und Baukultur
- Wohnen
- Bau- und Planungsrecht

### Soziale Stadtentwicklung

- Bildung und Stadt(teil)entwicklung
- Soziale Ungleichheit und stadträumliche Fragmentierung
- Familie und Jugendhilfe
- Migration und Integration von Zuwanderern
- Prävention und Gesundheitsförderung
- Ältere Menschen in der Stadt

### Hauptfokus: Zukunft der Städte und Stadtregionen, Internationales

- Kommunale Aufgabenerfüllung im Wandel
- Modernisierung und Ökonomisierung der Verwaltung
- Governance und Konzern Stadt
- Neue Anforderungen an Planung, Steuerung und Überwachung der Leistungserbringung
- Integrativer Steuerungs- und Handlungsansatz in der Stadtentwicklung
- Interkommunale und regionale Kooperation
- Europäische und internationale Kooperationen

### Umwelt

- Klimaschutz und Energiemanagement
- Anpassungsstrategien an den Klimawandel
- Stoffstrommanagement und Abfallwirtschaft
- Luftreinhaltung und Lärminderung
- Flächenkreislaufwirtschaft und Bodenschutz
- Gewässerschutz und Wasserwirtschaft
- Umweltrecht

### Wirtschaft und Finanzen

- Strategien kommunaler Wirtschaftspolitik in der Wissensgesellschaft
- Wirtschaft und nachhaltige Stadtentwicklung
- Investitionen und Finanzen
- Innovation und Technologien

### Mobilität und Infrastruktur

- Infrastruktur/Daseinsvorsorge
- Verkehrsentwicklungsplanung
- Mobilitäts- und Verkehrsmanagement
- Rechtsfragen der Daseinsvorsorge und des Straßenverkehrs
- ÖPNV, Fahrradverkehr, Fußverkehr
- Städtischer Wirtschaftsverkehr



- Infrastruktur und Stadtentwicklung,
- Dokumentation Fahrradverleihsysteme,
- Klimafibel.

### Neue thematische Akzente

Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 bedeutet(e) für die Städte und Gemeinden zum Ersten eine Verschärfung der Haushaltskrise infolge »wegbrechender« Steuereinnahmen, zum Zweiten als Folge restriktiver Kreditvergaben auf dem Kapitalmarkt Erschwernisse bei notwendigen Investitionen – dies trotz der mehr als zehn Mrd. Euro für kommunale Investitionen aus den staatlichen Konjunkturprogrammen –, zum Dritten eine Zunahme der sozialen Spaltung in den Stadtgesellschaften, eine Ausweitung prekärer Lebenslagen, finanzielle Belastungen für Haushalte und Familien mit (drohenden) Folgen wie Kindswohlfährdung, Anstieg der Suchtgefährdungen und Ähnlichem. Gleichzeitig sind die Städte und Gemeinden mit wachsenden Aufgaben in den Bereichen Daseinsvorsorge, Klimaschutz und Klimafolgenbewältigung, Gesundheitsvorsorge, Altenpflege konfrontiert. Verwaltungen müssen sich auf Zukunftsaufgaben und deren nachhaltige Bewältigung einstellen, z. B. indem sie Organisa-

tionsstrukturen, Leistungsfelder und den Umfang der Leistungserbringung entsprechend anpassen. Zugleich müssen sie angesichts demografischer Veränderungen qualifizierte Mitarbeiterschaften sichern. Vor diesem veränderten Hintergrund an Aufgabenstellungen, Problemlagen und Rahmenbedingungen greift das Difu in seiner Forschungsarbeit neue Themenfelder auf und akzentuiert vorhandene Themenfelder stärker. Zu nennen sind hierbei:

- Integrierte Stadtentwicklungsplanung,
- demografische Veränderungen und deren »aktiv gestaltende« Bewältigung,
- Ausgestaltung der Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung von Leistungen,
- zukunftsbezogene Verwaltungsorganisation,
- Public-Private-Partnerships und »Strategische Investitionsplanung«,
- Jugendhilfe, Jugend- und Kinderschutz,
- Szenarien nachhaltiger Stadtentwicklung,
- kommunaler Klimaschutz, kommunaler Umweltschutz,
- kommunale Klimafolgenbewältigung,
- Gewerbeflächenplanung und -aktivierung.

Die Projektthemen ordnen sich in die Themencluster und Schwerpunktthemen des Difu (vgl. Abbildung S. 11) ein.

### Aktuelle Forschungsthemen des Difu

→ Zukunftsbezogene Themenschwerpunkte

## Ausblick auf 2010

Im Jahr 2010 werden weitere, abschließende Schritte der Konsolidierung des Difu folgen. Es wird dabei – mit den Mittelfristigen Arbeitsperspektiven, der Institutsstrategie 2020, der Erarbeitung eines Leitbilds – stärker zu strategischen Neupositionierungen kommen. Neu ausgerichtet werden sollen auch Fortbildung, Wissensdokumentation und Wissensmanagement am Difu.

Inhaltlich orientieren sich (auch) die künftigen Schwerpunkte der Difu-Forschung an den demografischen Veränderungen, der Wirtschaftsentwicklung und Haushaltslage, den Anforderungen von Klimaschutz und Klimafolgenbewältigung – unter Beachtung der veränderten Rahmenbedingungen für Städte und Gemeinden. Zu wichtigen

Forschungsthemen werden sicher die Aufgaben zählen, die aus prekären sozialen Lagen eines wachsenden Teils der Bürgerinnen und Bürger resultieren, ebenso die Neudefinition von kommunaler Daseinsvorsorge und kommunaler Leistungserbringung. Die gesamte Arbeit des Difu versteht sich vor allem als Beitrag zur Sicherung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit in Verantwortung gegenüber den Stadtbürgerinnen und Stadtbürgern zukünftiger Generationen.

Das Difu hat damit eine zentrale Rolle als Impulsgeber, Plattform für den Fachaustausch, Fortbildungseinrichtung und Wissensquelle zur Bewältigung der Aufgaben und Probleme sowie zur Bereitstellung praxistauglicher Handlungsansätze einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung.

# B

# Forschung

Städtebau und Stadtentwicklung

Wohnen

Bevölkerung und Soziales

Politik, Verwaltung und Recht

Wirtschaft

Finanzen und Investitionen

Infrastruktur

Mobilität

Kommunaler Umweltschutz

Nachhaltige Ressourcenwirtschaft

Steuerung und Aufgabenorganisation





v.l.n.r.: Bettina Reimann, Christa Böhme, Christa Rothäusler, Klaus J. Beckmann, Stephanie Bock, Arno Bunzel, Beate Hollbach-Grömig, Angela Uttke, Wolf-Christian Strauss, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Gregor Jekel

Städtebauliche und stadtentwicklungspolitische Fragestellungen stehen »traditionell« im Zentrum des fachlichen Interesses an Stadt, wenngleich je nach aktuellen Entwicklungen und Rahmenbedingungen unterschiedliche inhaltliche Ausrichtungen besonders hervorgehoben werden (müssen).

So wird der Innenentwicklung von Städten (nach wie vor) große Bedeutung beigemessen – insbesondere angesichts der noch immer fortschreitenden Zersiedlung des Umlandes, des damit verbundenen »Flächenverbrauchs« (vgl. auch die Beiträge »Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA« und »Nachhaltige Ressourcenwirtschaft« in Berichtsteil B), des demografischen Wandels sowie des voranschreitenden Strukturwandels im Einzelhandel. Zu den Zielen von Städtebau und Stadtentwicklung gehört es daher, Innenstädte und Stadtteilzentren als »Siedlungsanker« zu stabilisieren, sie zu attraktiven und bedarfsgerechten Wohnorten (weiter) zu entwickeln und ihre Funktion als diversifizierte Versorgungsstandorte aufrechtzuerhalten.

## Strategische Ausrichtungen: Integrierter Ansatz und Nachhaltigkeit

Neben inhaltlichen Fokussierungen spielen bei jüngeren Ansätzen insbesondere der Stadtent-

wicklungspolitik auch die strategischen Elemente »des Integrierten« und von Nachhaltigkeit eine wesentliche Rolle.

Vor diesem Hintergrund untersuchte das Difu im Rahmen des ExWoSt-Forschungsvorhabens »Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen« im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) – ExWoSt ist ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) –, was in deutschen Kommunen unter »integrierter« Entwicklung generell verstanden wird, welchen Verbreitungsgrad kommunale Ansätze einer integrierten Entwicklung in Stadtregionen haben und inwieweit in diesen Konzepten auch regionale Aspekte berücksichtigt werden.

Die Untersuchungsergebnisse bestätigen einen Trend zur Neudefinition und zur innovativen Ausgestaltung kommunaler integrierter Stadtentwicklung. Es wird deutlich, dass heutige Ansätze – im Gegensatz zu Integrierter Stadtentwicklungsplanung (STEP) der 1960er- und 1970er-Jahre – oftmals wesentlich projekt- bzw. umsetzungsorientierter sind, je nach Anlass oder Ziel eine gesamtstädtische oder auch teilträumliche Ausrichtung haben, teilweise eher sektorale Ziele in einem integrativen Umfeld verfolgen und eine Vielfalt unterschiedlicher »Governance«-Formen aufzeigen.

→ Zentrale Herausforderung Innenentwicklung

→ Integrierter Ansatz

**Veröffentlichungen:** BMVBS/BBSR (Hrsg.): Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen. Projektabschlussbericht (Bearbeitung: Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin: Franke, Thomas, Franciska Frölich von Bodelschwingh, Wolf-Christian Strauss, Lars Wagenknecht und Ulrich Dilger; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn: Adam, Brigitte [Leitg.]), Bonn 2009 (BBSR-Online-Publikation, Nr. 37/2009).

BMVBS/BBSR (Hrsg.): Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen. Anhangband (Bearbeitung: Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin: Franke, Thomas, Franciska Frölich von Bodelschwingh, Wolf-Christian Strauss, Lars Wagenknecht und Ulrich Dilger; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn: Adam, Brigitte [Leitg.]), Bonn 2009 (BBSR-Online-Publikation, Nr. 37A/2009).

→ Erfahrungsaustausch zu Stadterneuerung und Sozialplanung

→ Prinzip der Nachhaltigkeit

Das Prinzip der Nachhaltigkeit gewinnt in der Stadtentwicklung angesichts aktueller Entwicklungen wie Klimawandel, Krise öffentlicher Haushalte und Sozialsysteme, Zunahme sozialer Ungleichheit, demografischer Wandel zunehmende Bedeutung. Eine wirksame Nachhaltigkeitspolitik zu etablieren, stellt sich allerdings – nicht nur in Deutschland – als schwierig heraus. Obwohl ein breiter Konsens darüber herrscht, dass Politik, Gesellschaft und Wirtschaft die langfristigen Folgen ihres Handelns berücksichtigen und dauerhaft die natürlichen Lebensgrundlagen, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und sozialen Zusammenhalt schützen und sichern müssen, sind die einzelnen gesellschaftlichen Teilsysteme noch weit davon entfernt, dies umfassend in ihr Handeln umzusetzen. Die nachhaltige Gestaltung urbaner Lebensräume wird zwar einerseits von den Leitzielen zur Nachhaltigkeit auf Bundes- und Länderebene beeinflusst. Andererseits definieren Kommunen bei der regionalen und lokalen Konkretisierung und Umsetzung eigene Nachhaltigkeitsziele.

Das Nebeneinander von Nachhaltigkeitspolitiken ist Ausgangspunkt für das Projekt »Entwicklung konkreter integrierter Zukunftsbilder und Strategiepfade für die nachhaltige Gestaltung von Lebenswelten und Lebensräumen in urbanen industriellen Ökonomien«, das seit Dezember 2009 im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) am Difu mit Partnern bearbeitet wird. Ziel des Vorhabens ist es, die Methoden-, Handlungs- und Kommunikationskompetenz des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) zu stärken – dies als Bestandteil eines längerfristig angelegten Prozesses zur Entwicklung einer integrierten Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik des Bundes. Der ergebnisorientierte Einsatz der Szenario-Methodik dient dazu, die bislang für eine integrierte Nachhaltigkeitspolitik teils zu wenig koordinierten einschlägigen Themenfelder und ihre Akteure innerhalb des BMU und darüber hinaus besser zu vernetzen, Synergiepotenziale zu erkennen und Zielkonflikte möglichst aufzulösen. Als inhaltlicher Fokus wurde die Gestaltung nachhaltiger urbaner Lebenswelten gewählt, da sich in der lebensweltlichen Perspektive der Bürger, Konsumenten, Arbeitnehmer,

→ Arbeitshilfe »Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche«

Verkehrsteilnehmer usw. eine integrierte Nachhaltigkeitspolitik konsistent abbilden muss (vgl. auch die Beiträge »Kommunaler Umweltschutz« und »Nachhaltige Ressourcenwirtschaft«).

### Zentral für die Innenentwicklung: Stadterneuerung und Stadtumbau

Stadterneuerung, Stadtsanierung, Stadtumbau sind nach wie vor zentrale inhaltliche Handlungsfelder der Entwicklung von Innenstädten und Stadtteilen zu attraktiven Wohn-, Versorgungs- und Wirtschaftsstandorten.

Um die Kommunikation zwischen kommunalen Praktikerinnen und Praktikern über diese wichtigen stadtpolitischen Felder zu befördern, veranstaltet das Difu seit 1973 jährlich und jeweils in einer anderen deutschen Stadt einen »Interkommunalen Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung«. Im Jahr 2009 fand der 39. Austausch in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald statt. Zentrale Themen der Veranstaltung waren Stadtumbau in Plattenbauquartieren, Stadterneuerungs- und Sanierungsmaßnahmen in Innenstadt und gründerzeitlichen Wohnquartieren sowie unterschiedliche kommunale Strategien und Maßnahmen zur Gestaltung öffentlicher Räume.

### »Motor« der Innenentwicklung: Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche

Der Strukturwandel im Einzelhandel – Krise im Segment der »klassischen« Warenhäuser, Konkurrenz durch große Shoppingcenter »auf der grünen Wiese« und in Innenstädten, starkes Wachsen der Marktanteile von Discountern in der Lebensmittelbranche – hat gravierende Auswirkungen auf die Funktionalität der gewachsenen Versorgungsstrukturen in den Haupt- und Nebenzentren der Städte wie auch in den Nahversorgungszentren der Ortsteile oder kleiner Gemeinden. Die Funktionsfähigkeit zentraler Versorgungsbereiche ist in vielen Fällen bereits konkret gefährdet. Die Städte müssen daher dringend Maßnahmen ergreifen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Das Difu hat sich dieses Themas bereits in der Vergangenheit mit verschiedenen Forschungsprojekten und im Bereich des Difu-Veranstaltungsprogramms angenommen. Auch im Berichtsjahr wurden zwei Seminare durchgeführt, die sich speziell mit der Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche befassten. Zudem wurde in 2009 die Difu-Arbeitshilfe »Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche« fertiggestellt und veröffentlicht. Darin werden den Praktikerinnen und Praktikern vor Ort Wege aufgezeigt, wie das Ziel der Erhaltung und Entwicklung zentraler



Versorgungsbereiche nach den jeweiligen örtlichen Erfordernissen rechtssicher und mit vertretbarem Aufwand durchgesetzt werden kann. Die darin dargestellten zum Zeitpunkt des Erscheinens zum Teil noch nicht abschließend geklärten Rechtsauffassungen wurden mittlerweile durch die Gerichte in weiten Teilen bestätigt.

**Veröffentlichungen:** Beckmann, Klaus J., und Gerd Kühn: Standpunkt Warenhäuser und Innenstädte – Ende mit Schrecken oder Chancen der Krise?, in: Difu-Berichte, H. 2/2009.

Bunzel, Arno, Heinz Janning, Stephan Kruse und Gerd Kühn: Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche, Berlin 2009 (Difu-Arbeitshilfe).

## Gemeinsames »Dach«: Baukultur und Denkmalschutz

Bei Planung und Durchführung von Maßnahmen der Stadterneuerung und des Städtebaus bleiben Zielkonflikte nicht aus – beispielsweise hinsichtlich des Umgangs mit historischer, insbesondere denkmalgeschützter Bausubstanz etwa im Kontext von Welterbestätten, die durch die UNESCO geschützt sind.

Die Anpassung von kleinteiligen Bestandsstrukturen an den Strukturwandel und der hohe Sanierungsaufwand im Zusammenhang mit Baudenkmalern stellen Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen. Zudem wird im Zuge steigender Energiepreise und kontinuierlicher Anhebung der energetischen Anforderungen an Gebäude der Einsatz von erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen auch für erhaltenswerte und denkmalgeschützte Gebäude, Siedlungen oder historische Ensembles diskutiert. Die Kommunen stehen vor der umfassenden Aufgabe, ihre baukulturelle Verpflichtung mit den Erfordernissen des Strukturwandels und des Klimaschut-

zes in Einklang zu bringen und dabei im Spannungsfeld von »Bewahren« und »Weiterdenken« zu agieren. Das Difu hat diese Problematik im Rahmen einer Seminarveranstaltung aufgegriffen, die im Berichtsjahr vorbereitet und Anfang 2010 durchgeführt wurde. Es ist beabsichtigt, das Thema weiter zu bearbeiten.

Die bestandsorientierte Entwicklung von Stadtbereichen ist zudem eng mit Bemühungen um mehr Bau- und Planungskultur verbunden. Eine Rolle spielt hierbei beispielsweise, wie bau- und planungskulturelle Aspekte in der vielfältigen »Akteurslandschaft« vermittelt werden können – insbesondere an Bewohnerinnen und Bewohner, und hier auch an Kinder und Jugendliche. »Kinder- und Jugendfreundlichkeit« ist längst ein ernstzunehmender Standortfaktor für junge Familien und Fachkräfte, wie unter anderem die Ergebnisse eines im Herbst 2009 vom Difu veranstalteten Seminar zeigen: Kommunale Erfahrungen mit Instrumenten, Verfahren und den Umsetzungsstrukturen »kinder- und jugendfreundlicher« Maßnahmen wurden ausgetauscht sowie Qualitäten kinder- und jugendgerechter Stadtgestaltung diskutiert. Dabei wurde die Koppelung von Beteiligungs- und Bildungsangeboten als eine Möglichkeit herausgestellt, Kindern und Jugendlichen das notwendige baukulturelle »Rüstzeug« zu vermitteln, mit dessen Hilfe sie sich aktiv in Bau- und Planungsprozesse einbringen können.

**Veröffentlichungen:** Uttke, Angela: Supermärkte und Lebensmitteldiscounter. Wege der städtebaulichen Qualifizierung, Dortmund 2009.

Uttke, Angela: Youth Designing their Own Environment, in: Creating the Future. Ideas on Architecture and Design Education, Helsinki 2009, S. 54–57.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Städtebau und Stadtentwicklung finden Sie unter »Daten und Fakten«.

→ Baukultur als  
Verfahrensqualität

# Städtebau und Stadtentwicklung

## Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA



v.l.n.r.: Daniel Zwicker-Schwarm, Doris Reichel, Stephanie Bock, Jens Libbe, Christine Grabarse, Doris Becker, Holger Floeting, Thomas Preuß, Gregor Jekel, Juliane Heinrich

→ Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement

→ Folgekosten der Siedlungsentwicklung

→ REFINA-Portfolio: Kosten, Kommunikation, Bewertung und Steuerung

Die tägliche Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist in Deutschland – ungeachtet anders lautender Zielsetzungen der Politik – mit noch immer rund 98 Hektar pro Jahr (Daten aus 2008) ungebrochen hoch. Im Fortschrittsbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung findet das Thema »Fläche« deshalb besondere Beachtung. Bekräftigt werden mit Hinweis auf die nach wie vor fast ungebremste Flächenumwidmung das quantitative »30-Hektar-Ziel« sowie der Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung (vgl. zum Thema auch »Flächenmanagement und Flächenkreislaufwirtschaft« im Beitrag »Nachhaltige Ressourcenwirtschaft« sowie zu Innenentwicklung im Beitrag »Städtebau und Stadtentwicklung«).

An der Problematik des »Flächenverbrauchs« setzt seit 2006 der Förderschwerpunkt »Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement« – kurz: »REFINA« – des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) an. Ziel ist die Entwicklung von Methoden und Instrumenten zum nachhaltigen Flächenmanagement sowie deren Praxiserprobung. Bundesweit arbeiten im Zeitraum von 2006 bis 2011 über 100 Einzelvorhaben in 45 Forschungsverbänden und Einzelprojekten. Die Projekte zeichnen sich durch handlungsorientierte Konzepte aus, die die Akteure vor Ort, vor allem Vertreterinnen und Vertreter kommu-

naler Verwaltungen, in die Erforschung von Lösungen einbinden. Dabei werden Lösungsansätze verfolgt, die eine Übertragung auf andere Kommunen und Regionen ermöglichen. Die dort beschriebenen Wege des Flächenmanagements knüpfen vor allem an vier bisher nur unzureichend bearbeitete Themenfelder an: verbesserte Boden- und Flächeninformationen, Transparenz der Kosten der Flächeninanspruchnahme, Steuerung nachhaltiger Flächennutzung sowie zielgruppenadäquate Kommunikation der Themen »Fläche« und »Flächensparen«.

Im Rahmen einer generationen- und demografiegerechten Siedlungsentwicklung – dies zeigen nicht nur die Ergebnisse aus REFINA – müssen die mittel- und langfristigen Folgekosten der Flächenentwicklung zu einem »Zukunftsthema« werden. Siedlungsentwicklung verursacht durch die notwendige Bereitstellung der technischen und sozialen Infrastruktur bisher nur selten berücksichtigte Folgekosten für die Kommunen. Diese sind bei einer realistischen und zukunftsorientierten Planung einzukalkulieren. In der Praxis fallen planungsrelevante Entscheidungen zur Siedlungsentwicklung bisher jedoch oft auf der Basis unvollständiger Informationen. Um die Folgekosten zu ermitteln, bedarf es neuer Werkzeuge und Instrumente, in die beispielsweise Berechnungsmethoden aus der städtebaulichen Kalkulation und der fiskalischen Wirkungsanalyse integriert wer-

den. Die Ergebnisse der entsprechenden REFINA-Vorhaben wurden vom Difu ausgewertet und im Rahmen der »Beiträge aus der REFINA-Forschung« zusammengeführt und publiziert.

**Veröffentlichung:** Preuß, Thomas, und Holger Floeting (Hrsg.): Folgekosten der Siedlungsentwicklung. Bewertungsansätze, Modelle und Werkzeuge der Kosten-Nutzen-Betrachtung (Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA Band III), Berlin 2009.

Am Difu wurde Ende 2006 die projekt- und fachübergreifende Begleitung des Förderschwerpunkts eingerichtet, die gemeinsam mit dem Aachener Büro für Kommunal- und Regionalplanung (BKR Aachen) zuständig ist für die projektübergreifende Vernetzung sowie die Integration, Synthese und Dokumentation der Forschungsergebnisse. Das Begleitforschungsprojekt trägt dazu bei, beispielhafte fachdisziplinenübergreifende Planungs- bzw. Managementkonzepte und innovative Strategien für die Verminderung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement zu erarbeiten und umzusetzen. Einen besonderen Schwerpunkt bilden dabei der Transfer der Ergebnisse in die (kommunale) Öffentlichkeit sowie die Öffentlichkeitsarbeit für den Förderschwerpunkt REFINA. Zum Dezember 2009 wurde das Vorhaben der projekt- und fachübergreifenden wissenschaftlichen Begleitung um zwei Jahre verlängert.

2009 wurde unter anderem das abschließende REFINA-Statusseminar durchgeführt. Neben dem inhaltlichen Austausch zwischen den geförderten Vorhaben und der Unterstützung der weiteren Vernetzung wurden einer interessierten Öffentlichkeit ausgewählte Ergebnisse des Verbundes präsentiert und konnten Ergebnisse und Schlussfolgerungen diskutiert werden (vgl. hierzu <http://www.refina-info.de/termine/2009-03-24-berlin-bericht.phtml>). Neben Fachveröffentlichungen wurden 2009 zwölf weitere Ausgaben der »Flächenpost« herausgegeben, in der gute Beispiele der REFINA-Forschung einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden (<http://www.refina-info.de/refina-veroeffentlichungen/flaechenpost/>). Ein Beispiel für die internationalen Vernetzungsaktivitäten ist der deutsch-polnische Workshop »Research and Model Projects on Suburbanization and Land Consumption«, der am 6. und 7. November 2009 in Gdansk stattfand (<http://www.refina-info.de/refina-veroeffentlichungen/fachveranstaltungen/2009-11-06-07-gdansk-bericht.phtml9>).

**Veröffentlichung:** Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren. Ansätze und Beispiele aus dem Förderschwerpunkt REFINA (Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA Band IV), Berlin 2009.

→ Weitere Informationen:  
[www.refina-info.de](http://www.refina-info.de)

→ Integration, Synthese  
und übergreifende Dokumentation der Ergebnisse

# Städtebau und Stadtentwicklung

## Bundestransferstelle Soziale Stadt



v.l.n.r.: Patrick Diekelmann, Klaus-Dieter Beißwenger, Doris Reichel, Christine Grabarse, Christa Böhme, Thomas Franke, Wolf-Christian Strauss, Siiri Flatow mit Mikko, Stephan Matzdorf

Das Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt« wurde im Jahr 1999 mit dem Ziel gestartet, die Lebenssituationen in benachteiligten Stadtteilen mit einem integrierten Ansatz nachhaltig zu verbessern. Im Zentrum dieses Investitionsprogramms der Städtebauförderung stehen die Bündelung materieller und nicht-materieller Ressourcen (Finanzen und Know-how), die Einbeziehung von Akteuren auch außerhalb von Politik und Verwaltung – allen voran der lokalen Bevölkerungen – sowie ein vernetzungsorientiertes Management, das diesen Zielen nachkommen kann. Thematisch ist die Soziale Stadt breit aufgestellt; sie umfasst die Bereiche Städtebau, Wohnen und Wohnumfeld, das weite Feld des Sozialen, Wirtschaft, (Aus-)Bildung und Kultur, Umwelt und Gesundheit.

### Begleitung durch die Bundestransferstelle Soziale Stadt beim Difu

Das Programm wird durch die Bundestransferstelle Soziale Stadt begleitet, die beim Deutschen Institut für Urbanistik angesiedelt ist. Sie dient dem bundesweiten Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen allen an der Programmumsetzung Beteiligten. Im Zentrum steht die Internetplattform [www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de). Auf ihr finden sich Informationen zum Programm und seinen

Handlungsfeldern, zu den Programmgebieten sowie zu Beispielen aus der Praxis. Darüber hinaus tragen die regelmäßig erscheinenden Ausgaben des Newsletters »Soziale Stadt Info« sowie die Veranstaltungsreihen »Fachpolitische Dialoge« und »Regionalkonferenzen zur Sozialen Stadt« zu Wissensvermittlung und Erfahrungsaustausch bei.

### Jubiläum: Das Programm wurde zehn Jahre alt

Nach nunmehr zehnjähriger Programmlaufzeit ist die Soziale Stadt nicht nur in der Fachwelt, sondern auch bei den Akteuren vor Ort – allen voran den Bewohnerinnen und Bewohnern, aber auch den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren der geförderten benachteiligten Stadtteile – bekannt. Umfragen, Evaluationsberichte und nicht zuletzt die vielfältigen Arbeitserfahrungen vor Ort bestätigen, dass sich in den Programmgebieten vieles zum Besseren gewandelt hat – dies gilt vor allem für die Situationswahrnehmung in den Quartieren. Gleichwohl gibt es auch Bereiche, in denen sich Erfolge nur zögerlich einstellen. Dazu gehören die Einbindung von Zuwanderergruppen in den Entwicklungsprozess sowie der Bereich Lokale Ökonomie mit seiner zentralen Bedeutung für Beschäftigung, Einkommen und damit die ökonomische Lage von Unternehmen und Bevölkerung in den Quartieren.

→ Jubiläumskongress  
Zehn Jahre Soziale Stadt

Auch Fragen der (Aus-)Bildung benachteiligter Bevölkerungsgruppen haben sich in den letzten Jahren als zunehmend wichtig herauskristallisiert. Darüber hinaus werden Gesundheitsförderung und Soziale Stadt noch immer zu selten in Verbindung gebracht.

Dass es aber auch in diesen »nachholenden« Handlungsfeldern Erfolge gibt, zeigten unter anderem die Praxisbeispiele, die sich im Rahmen des von der Bundestransferstelle vorbereiteten Jubiläumskongresses »10 Jahre Soziale Stadt« am 5. Mai 2009 präsentierten.

**Veröffentlichung:** Bundestransferstelle Soziale Stadt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Jubiläumskongress 10 Jahre Soziale Stadt – Das Bund-Länder-Programm in der Praxis, Berlin 2009 (<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=8C2Y5MEL>).

## Modellvorhaben der Sozialen Stadt

Seit dem Jahr 2006 besteht die Möglichkeit, im Rahmen des Programms Soziale Stadt auch Projekte im sozial-integrativen Bereich als Modellvorhaben durchzuführen. Sie haben das Ziel, das Engagement und die Zusammenarbeit lokaler Akteure und Partner sowie von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern für Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Integration und Gesundheit zu stärken. Im Mittelpunkt sollen neue Ansätze stehen, bei denen tragfähige Partnerschaften mit Institutionen und Akteuren gebildet werden, die weitere Mittel oder personelle Ressourcen einbringen.

Die Bundestransferstelle Soziale Stadt erarbeitete im Jahr 2009 eine Broschüre mit »guten Beispielen« solcher sozial-integrativer Projekte.

**Veröffentlichung:** Bundestransferstelle Soziale Stadt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Modellvorhaben der Sozialen Stadt. Gute Beispiele für sozial-integrative Projekte, Berlin 2009 (<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=GXAS0FUK>).

→ Förderung sozial-integrativer Projekte



v.l.n.r.: Franciska Frölich von Bodelschwingh, Gregor Jekel, Antje Seidel-Schulze, Bettina Reimann, Arno Bunzel

→ Hohes Interesse bei Familien und älteren Menschen am Innenstadtwohnen

Wohnen in der Stadt als kommunalpolitisches Leitthema? Diese Frage wäre noch vor einiger Zeit mit einem eindeutigen »Nein« beantwortet worden. Nach dem Ende der Wohnungsnot in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit wurde auch nach dem Ende der Wohnungspolitik gefragt. Mit der Akzentverschiebung innerhalb dieser öffentlichen Aufgabe von der Versorgung breiter Bevölkerungsschichten hin zu jener »benachteiligter Haushalte« ging – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung – ein Bedeutungsverlust einher. Das Geld, welches der Bund, die Länder und vor allem die Kommunen seither für die Wohnraumversorgung aufwenden, fließt überwiegend »versteckt«, das heißt ohne dass es sichtbare räumliche Wirkung entfaltet, in Form von subjektbezogener Förderung.

Inzwischen wird kommunale Wohnungspolitik wieder umfassender diskutiert. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat im Berichtsjahr nicht unerheblich dazu beigetragen, die Gründe für diesen Bedeutungsgewinn kommunaler Wohnungspolitik zu erforschen: mit Untersuchungen zum Wohnen in der Innenstadt und zur Rolle von Wohnungsgenossenschaften in der Stadtentwicklung sowie im Rahmen verschiedener Fortbildungsveranstaltungen. Es ist vorgesehen, diese Aktivitäten insbesondere hinsichtlich von Aspekten der sozialen Wohnraumversorgung fortzusetzen und auszuweiten.

### Renaissance des Wohnens in der Innenstadt

Innenstädte sind die Mittelpunkte nicht nur der Städte, sondern eines häufig weiten regionalen Umfelds. Sie sind Zentren für Wirtschaft und Kultur, für Kommunikation; ihre Kennzeichen sind Nutzungsvielfalt und Lebendigkeit. Doch auch als Wohnstandort spielen sie eine wichtige Rolle. Denn eine lebendige Innenstadt braucht Menschen, die dort auch wohnen.

Das Difu hat den Imagewandel des Wohnstandortes Innenstadt im Rahmen des Forschungsprojekts »Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?« analysiert. Die Untersuchungsschwerpunkte dabei: die Ursachen und Bedingungen für den Bedeutungswandel der Innenstadt und innenstadtnaher Quartiere als Wohnstandort. Es zeigte sich unter anderem, dass auch bei Familienhaushalten und älteren Menschen das Interesse am Wohnen in der Innenstadt sehr hoch ist. Gerade für diese Bevölkerungsgruppen spielen die Zentralitätsvorteile der Innenstadt eine immer größere Rolle. Es wird erwartet, dass die Innenstädte in besonderer Weise vom demografischen Wandel profitieren werden, da hier die Dichte sozialer und kultureller Infrastruktur sowie die Vielfalt an Versorgungsangeboten besonders hoch sind. Auch vor dem Hintergrund wachsender Flexibilisierung und Mobilität im Berufsleben werden kurze Wege zu

Kinderbetreuung, Einkaufen und Arbeitsplatz sowie Verkehrszentralität immer wichtiger.

In der 2009 abgeschlossenen Untersuchung »Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt« lag der Fokus auf stadtpolitischen Wirkungszusammenhängen und Gestaltungsmöglichkeiten, die den Bedeutungswandel des innerstädtischen Wohnens beeinflussen. Diese wurden auf der Basis von Fallstudien in den Städten Braunschweig, Dresden, Frankfurt am Main, Kassel, Köln, Schwäbisch Gmünd und Wetzlar untersucht. Demzufolge wird innerstädtisches Wohnen zunehmend als Aspekt des Standortmarketings diskutiert. Mit der Schaffung entsprechender Angebote für die »Creative Class« und neue urbane Lebensweisen, die von einer immer stärkeren Überschneidung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre gekennzeichnet sind, verbindet sich die Hoffnung auf wirtschaftliche Prosperität und positive Imageentwicklung für die gesamte Stadt.

**Veröffentlichungen:** Jekel, Gregor, Franciska Frölich von Bodelschwingh, Hasso Brühl und Claus-Peter Echter: Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt, Berlin 2010 (Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 8).

Innenstadtwohnen: Neue Herausforderungen für die Städte. Themenheft (Verantwortlich: Gregor Jekel), Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK), H. 1/2008, Berlin 2009.

### **Wohnungsgenossenschaften als Kooperationspartner der Kommunen**

Die umfangreichen Privatisierungen von Wohnungsbeständen, ein geringer Umfang des sozialen Mietwohnungsbaus und auslaufende Belegungsbindungen verringern die Möglichkeiten der Kommunen, den Wohnungsmarkt zu »steuern«. Damit gewinnt die Suche nach Verbündeten an Bedeutung, die Wohnungswirtschaft gerät dabei in den Fokus. Als Teilgruppe, die neben den kommunalen Wohnungsunternehmen in ihren Zielsetzungen denen der Kommunen besonders nahe ist, gelten die Wohnungsgenossenschaften.

Das Difu hat zusammen mit Prof. Stephan Beetz von der Hochschule Mittweida im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) in dem ExWoSt-Forschungsvorhaben »Aktivierung von Genossenschaftspotenzialen – Evaluierung der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften« unter anderem untersucht, welche Erfahrungen Kommunen und Wohnungsgenossenschaften bei der Zusammenarbeit gemacht haben, wo auf beiden Seiten besondere Potenziale und wo Hemmnisse gesehen werden.

Hierfür wurde eine schriftliche Vollerhebung unter den Wohnungsgenossenschaften in Deutschland durchgeführt. Parallel dazu wurden alle



→ Innenstadtwohnen als Aspekt des Standortmarketings

Foto aus: Innenstadtwohnen: Neue Herausforderungen für die Städte. Themenheft (Verantwortlich: Gregor Jekel), Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK), H. 1/2008, Berlin 2009.

Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern zur Rolle der Wohnungsgenossenschaften in der Stadtentwicklung befragt. Als wichtigste Themen für eine Kooperation wurden in den neuen Ländern der Stadtumbau, in den alten Ländern die soziale Wohnraumversorgung und in beiden Landesteilen die Quartiersentwicklung genannt.

Trotz oft übereinstimmender Ziele für eine Quartiers- und in Teilen auch Stadtentwicklung zeigen die Ergebnisse der Studie einen insgesamt geringen Umfang an Kooperation im Zusammenhang mit kommunaler Planung. Dieser Befund muss angesichts des erforderlichen Abstimmungsbedarfs wie auch der hierin liegenden Potenziale als unbefriedigend gelten.

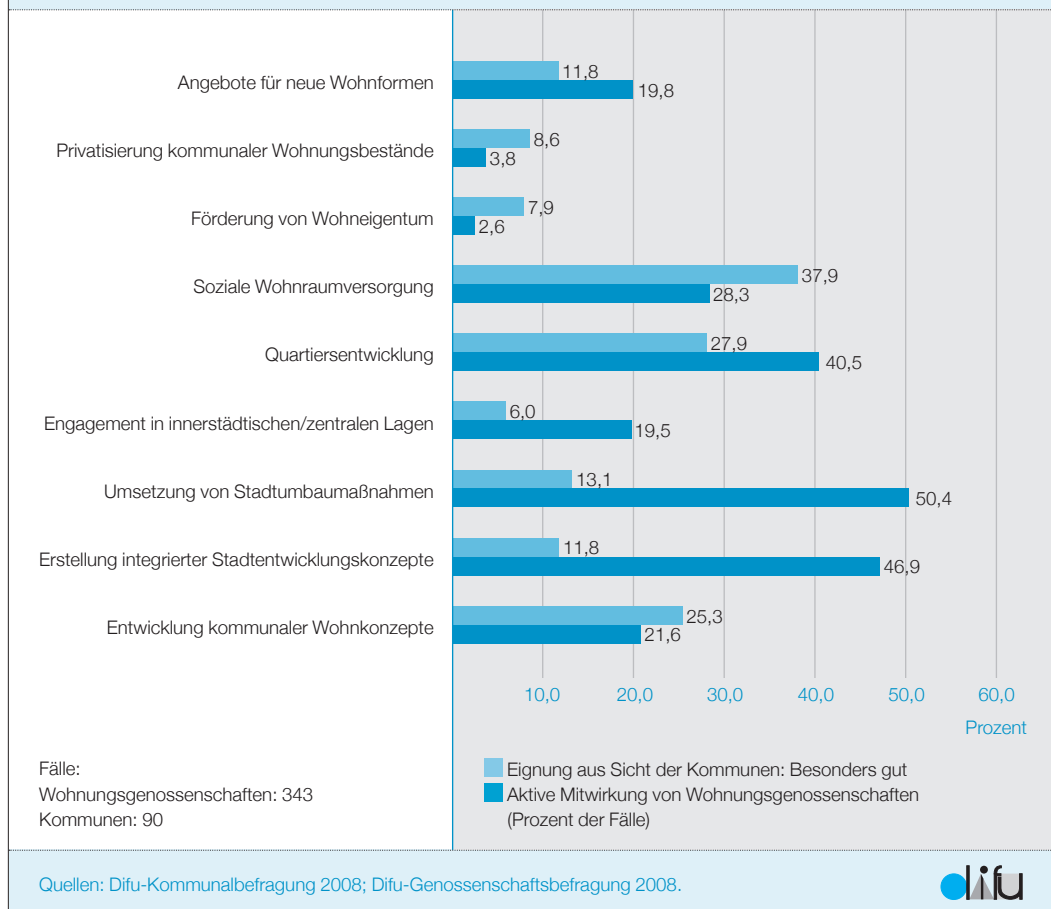
Denn an Anlässen für eine Kooperation im konzeptionellen wie auch im operativen Bereich mangelt es nicht. Zu nennen sind hier insbesondere die Innenentwicklung, die Diversifizierung des Wohnungsangebotes, die Infrastrukturplanung oder auch die flächensparende Siedlungsentwicklung.

Weitere Untersuchungsschwerpunkte bildeten die marktgerechte Weiterentwicklung und Stabilisierung von Wohnungsgenossenschaften, die öffentliche Wahrnehmung von Wohnungsgenossenschaften, das Thema »Altersvorsorge« sowie die Novelle des Genossenschaftsgesetzes.

**Veröffentlichung:** Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.); Jekel, Gregor, Stephan Beetz, Stephanie Bock und Arno Bunzel (Bearb.): Aktivierung von Potenzialen genossenschaftlichen Wohnens. Evaluierung der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften im Forschungsprogramm »Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)«, Projektabschlussbericht, BBSR-Online-Publikation (im Erscheinen).

→ Kooperationen zwischen Kommunen und Genossenschaften ausbaufähig

## Handlungsfelder für eine Kooperation zwischen Wohnungsgenossenschaften und Kommunen (Mehrfachantworten waren möglich)



Wohnungsgenossenschaften  
als Partner

### Die Zukunft der sozialen Wohnraumversorgung

Der soziale Aspekt des Wohnens – dies wird aus den aktuellen Entwicklungen des Innenstadtwohnens deutlich – erfährt Konkurrenz durch andere Politikfelder. Vor diesem Hintergrund wie auch angesichts des tiefgreifenden soziodemografischen Wandels stellt sich die Frage nach den künftigen Anforderungen an die soziale Wohnraumversorgung.

→ Neue Herausforderungen in der sozialen Wohnraumversorgung

Dieses Thema hat das Difu im Anschluss an die 2009 abgeschlossenen Projekte auch in Abstimmung mit der Fachkommission Wohnungswesen des Deutschen Städtetages, in der das Difu als ständiger Gast mitarbeitet, aufgegriffen.

Die Aktualität dieses Themas wird durch die 2010 anstehenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Ausgleichszahlungen für die Übertragung der alleinigen Kompetenz der Wohnraumförderung auf die Länder unterstrichen. Im

Rahmen der Föderalismusreform wurde eine Zahlung des Bundes von jährlich 518 Mio. Euro an die Länder bis zum Jahre 2013 festgeschrieben. Für die Zeit danach steht eine Anschlussregelung hinsichtlich Höhe und Zweckbindung an. Das Difu begleitet diesen Prozess seit Ende 2009. Die inhaltlichen Vorarbeiten fließen unter anderem in die Konzeption der Difu-Fortbildungsveranstaltung »Kommunale Strategien zur Sicherung der sozialen Wohnraumversorgung« ein, die im Mai 2010 stattfindet.

Weitere Forschungsaktivitäten mit Bezug zum Themenbereich »Wohnen« umfassen die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme (Forschungsschwerpunkt REFINA des Bundesministeriums für Bildung und Forschung), den Stadtbau Ost, die Programmbegleitung »Soziale Stadt« sowie – perspektivisch – die Wohnraumversorgung von Migrantinnen und Migranten.

Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Vorträge des Difu zum Themenbereich Wohnen finden Sie unter »Daten und Fakten«.





v.l.n.r.: Klaus J. Beckmann, Bettina Reimann, Kerstin Landua, Antje Seidel-Schulze, Christa Böhme, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Maja Arlt, Holger Floeting, Beate Hollbach-Grömig

Dem Themenfeld Bevölkerung und Soziales bringen die Kommunen in den letzten Jahren wachsende Aufmerksamkeit entgegen. Wirtschaftliche Restrukturierung, wachsende soziale Ungleichheit und Armut, Migration, der soziodemografische Wandel und der Wandel der Sicherheitslage in urbanen Räumen erfordern von den Städten Aktivitäten, die den sozialen Zusammenhalt und die stadt- wie sozialräumliche Integration fördern. Zudem machen es Prozesse der sozialen und ethnischen Segregation unabdingbar, dass sich die Politik stärker auf benachteiligte Quartiere und auf besonders gefährdete und bedürftige Bevölkerungsgruppen orientiert. Wichtige Handlungsfelder für eine hierauf ausgerichtete Stadtentwicklung sind Integration, Jugendhilfe, (Aus-)Bildung, demografischer Wandel, Gesundheitsförderung und Kriminalprävention.

## Integration von Migrantinnen und Migranten

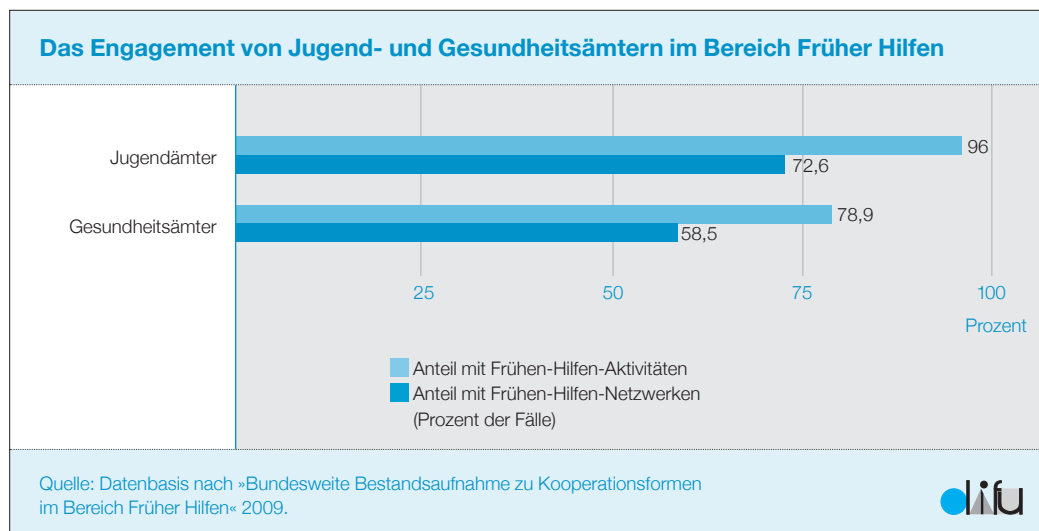
(Soziale) Integration ist ein Thema, das sich nicht auf Zuwanderer beschränkt. Deren Integration stellt jedoch für die Städte eine besondere – und mit Blick auf die demografische Entwicklung künftig wachsende – Herausforderung dar. Wie die Ergebnisse der laufenden Programmbegleitung zur Sozialen Stadt (siehe »Bundestransferstelle Soziale Stadt«) und bereits abgeschlossener

Projekte mit Difu-Beteiligung (etwa Verbundprojekt »Zuwanderer in der Stadt«) zeigen, kommt hierbei der stadt- oder sozialräumlichen Integration besondere Bedeutung zu.

Forschung, Beratung und Fortbildungsangebote des Difu zu Integration unter besonderer Berücksichtigung stadträumlicher Integrationspolitik zielen gleichermaßen in zwei Richtungen: auf die Ermittlung und Herausstellung von Potenzialen und Chancen einerseits und auf den Umgang mit Problemen andererseits. Berücksichtigt werden hierbei das Zusammenleben in ethnisch gemischten Stadtteilen, Stabilisierungsperspektiven in Quartieren mit hohem Zuwandereranteil, die Weiterentwicklung des Bund-Länder-Programms »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt« mit stärkerer Gewichtung des Handlungsfeldes Integration von Zuwanderern sowie die Verknüpfung des Themas Integration mit Wohnen, (Aus-)Bildung, Beschäftigung, Alterung und Gesundheit.

Schwerpunkte der Forschungstätigkeiten des Difu im Bereich Migration waren 2009 die Themenfelder Ethnische Ökonomie und Wohneigentumsbildung von Migranten. Sie wurden und werden auch im Rahmen kleinerer Projekte und von Fortbildung vertieft. Im Dialog mit Kommunen werden Handlungsspielräume zur Stärkung der hiermit verbundenen Potenziale ausgelotet.

→ Im Fokus 2009: Ethnische Ökonomie und Wohneigentumsbildung von Migranten



## Jugend- und Gesundheitsämter und Frühe Hilfen

Das Difu kooperiert im Rahmen einer Vorstudie zur Wohneigentumsbildung von Migrantinnen und Migranten mit dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) Dortmund. Untersucht wird, inwieweit eine solche Eigentumsbildung dazu beiträgt, ethnisch segregierte Stadtteile zu stabilisieren.

**Veröffentlichungen:** Reimann, Bettina: Handlungsfeld Wohnen, in: Mund, Petra, und Bernhard Theobald (Hrsg.): Kommunale Integration von Menschen mit Migrationshintergrund – ein Handbuch, Berlin 2009, S. 260–266.

Reimann, Bettina, und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje: Selbständigkeit von Migranten – ein Motor für die Integration? Bedingungen und Perspektiven, in: Gesemann, Frank, und Roland Roth (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen, Wiesbaden 2009, S. 497–515.

Floeting, Holger: Selbständigkeit von Migranten und informelle Netzwerke als Ressource für die Stadtentwicklung, in: Yildiz, Erol, und Birgit Mattausch (Hrsg.): Urban Recycling. Migration als Großstadt-Ressource, Bauwelt Fundamente, Basel/Gütersloh 2009, S. 52–62.

→ Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe

## Kinder, Jugendliche und Bildung

Wie das Difu seine Schwerpunkte legt, wird ganz wesentlich durch das Ziel bestimmt, zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Gemeinden beizutragen. Dementsprechend werden Themen und Probleme des kommunalen Verwaltungshandelns bearbeitet, die aktuell in der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt werden, und solche, die einen eher zukunftsbezogenen Charakter für die Gemeindeentwicklung aufweisen. Aber auch zentrale Handlungsfelder des Bundes betreffen die Aufgaben der Kommunen. Sowohl die am kommunalen Bedarf orientierte Aktualisierung der Forschungsthemen als auch die Bedeutung der Zusammenarbeit mit dem Bund haben dazu geführt, der »Kinder- und Jugendhilfe« als Themenfeld am Difu ein stärkeres Gewicht zu verleihen.

→ Forschungsprojekt zu Frühen Hilfen

Spürbar ist vor allem der öffentliche Druck auf die Jugendämter, ihr »staatliches Wächteramt« (noch) konsequenter als bisher auszuüben. Angesichts der vorhandenen Entwicklungsdynamik hat sich aber auch der Bedarf an permanenter Fortbildung und Qualifizierung der leitenden Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe in vielen Bereichen erhöht.

Der Themenbereich wird am Difu zum einen von der »Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe« (AGFJ) getragen, zum anderen nahm im Juni 2008 das Forschungsprojekt »Bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich Früher Hilfen« seine Arbeit auf.

Die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe führt mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) regelmäßig bundesweite Fachtagungen und Workshops zu neuen Anforderungen an die Jugendhilfe durch und bearbeitet ein breites Themenspektrum. Näheres dazu wird im Berichtsteil C »Fortbildung« erläutert.

Das Difu-Forschungsprojekt zur Bestandsaufnahme Früher Hilfen wird im Auftrag des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen durchgeführt und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Ende 2009 wurden auf Grundlage einer postalischen Befragung aller Jugend- und Gesundheitsämter vorhandene Kooperationsformen und Vernetzungsstrategien kommunaler Steuerungsbehörden untersucht. Im Rahmen einer zweiten Befragungswelle ist für 2010 geplant, die aktuelle Angebotsstruktur der vor Ort vorhandenen Maßnahmen und Projekte im Bereich Früher Hilfen zu ermitteln. Auf der Fachtagung der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im November 2009 wurden hierzu Beispiele aus der kommunalen Praxis vorgestellt und diskutiert.

**Veröffentlichungen:** Landua, Detlef, und Maja Arlt: Netzwerke im Bereich Frühe Hilfen verstärkt: Umfrageergebnisse, in: Difu-Berichte, H. 3/2009, S. 13.

Landua, Detlef, und Kerstin Landua: Damit Frühe Hilfen nicht zu spät kommen ... Themenfeld Kinder- und Jugendhilfe am Difu wird erweitert, in: Difu-Berichte, H. 3/2008, S. 2–3.

## Prävention und Gesundheitsförderung

Kommunen sind zentrale Orte der Prävention und Gesundheitsförderung, hängt doch Gesundheit wesentlich von der Qualität der Lebensbedingungen ab. Prävention und Gesundheitsförderung verstehen sich heute als integraler Bestandteil kommunaler Gesamtpolitik und sind mit Bereichen wie Stadtentwicklung, Soziales, Jugend, Bildung und Umwelt eng verbunden. Die Umsetzung dieses komplexen Verständnisses in praktisches kommunales Handeln erweist sich jedoch nicht immer als einfach. Vor diesem Hintergrund haben Forschung und Analyse zu den Themen Prävention und Gesundheitsförderung vor allem die Ziele, den gegenwärtigen Stand der Bemühungen um eine zeitgemäße lokale Gesundheitspolitik aufzuzeigen und kritisch zu betrachten, strategische Ansätze, wie kommunale Prävention und Gesundheitsförderung implementiert werden kann, aufzubereiten und gute Beispiele zu ermitteln und bekannt zu machen.

2009 hat das Difu das im August 2006 gestartete und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Forschungsprojekt »Mehr als gewohnt: Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung« abgeschlossen. Untersucht worden war, wie Gesundheitsförderung in benachteiligten Quartieren und die wissenschaftliche Begleitung eines solchen Ansatzes gelingen können. Dabei flossen auch Erkenntnisse aus der beim Difu angesiedelten Bundestransferstelle Soziale Stadt zur Weiterentwicklung des Bund-Länder-Programms im Hinblick auf das Handlungsfeld Gesundheitsförderung sowie die Erfahrungen der im Jahr 2002 gegründeten und beim Difu angesiedelten »Arbeitsgruppe gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung (AGGSE)« ein.

**Veröffentlichungen:** Bär, Gesine, Christa Böhme und Bettina Reimann: Gesundheitsförderung und Stadtteilentwicklung, in: Kuhn, Detlef, Ingrid Papies-Winkler und Dieter Sommer (Hrsg.): Gesundheitsförderung mit sozial Benachteiligten. Erfahrungen aus der Lebenswelt Stadtteil, Frankfurt am Main 2009, S. 249–259.

Bär, Gesine, Christa Böhme und Bettina Reimann: Kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung im Stadtteil, Berlin 2009 (Difu-Arbeitshilfe).

Reimann, Bettina, Christa Böhme und Gesine Bär: Mehr Gesundheit im Quartier. Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung, Berlin 2010 (Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 9).

2009 hat das Difu die Organisation und Betreuung des ein Jahr zuvor ausgeschrieben vierten



Bundeswettbewerbs »Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention« im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) fortgeführt und den Wettbewerb zum Abschluss gebracht. Mit dem Schwerpunkt »Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort« war ein Thema gewählt worden, das eine ausgesprochen große Zahl von Kommunen zur Teilnahme motivierte. Zehn der insgesamt 123 Städte, Gemeinden und Landkreise wurden am 29. Juni 2009 in Berlin für ihre vorbildlichen Aktivitäten zur Suchtprävention für Kinder und Jugendliche ausgezeichnet. Die Preise wurden durch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Sabine Bätzing und die BZgA-Direktorin Dr. Elisabeth Pott verliehen. Alle Wettbewerbsbeiträge und die Wettbewerbsdokumentation können im Internet auf der Webseite [www.kommunale-suchtpraevention.de](http://www.kommunale-suchtpraevention.de) abgerufen werden.

**Veröffentlichung:** Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Bundeswettbewerb »Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention. Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort«. September 2008 bis Juni 2009. Dokumentation. Im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Berlin 2009 (Difu-Sonderveröffentlichung).

## Demografischer Wandel

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ist – wie auch in vielen anderen Industriestaaten – rückläufig. Sterbefallüberschuss, weniger Zuwanderung, niedrige Geburtenraten und eine noch weiter steigende Lebenserwartung führen dazu, dass die Bevölkerung zurückgeht und altert. Die demografischen Veränderungen betreffen vielfältige Politikfelder: den Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme, den Wohnungsmarkt, die Bereitstellung technischer und sozialer Infrastruktur, Stadt- und Regionalplanung sowie öffentliche Finanzen.

Die konkreten Auswirkungen des demografischen Wandels variieren zwischen den Regionen, aber auch innerhalb von Regionen, kleinräumig zwischen Städten und Gemeinden und selbst zwischen den Stadtteilen einer Stadt. Bundesweit ist ein Auseinanderdriften der regionalen Entwicklungspfade festzustellen – Regionen mit positiver natürlicher Bevölkerungsentwicklung und positivem Wanderungssaldo stehen schrumpfende Regionen gegenüber. Wachsende und schrumpfende Räume können dabei sehr nah beieinander liegen.

→ 4. Bundeswettbewerb Kommunale Suchtprävention

→ Gesundheitsförderung in benachteiligten Quartieren

Diese Entwicklungen erfordern es, dass sich Städte, Gemeinden und Regionen mit den Konsequenzen auseinandersetzen. Die Ursachen können sie dabei nur in geringem Maße selbst beeinflussen, von den Folgen sind sie aber unmittelbar betroffen. Immer mehr Kommunen haben daher begonnen, Konzepte und Strategien für den Umgang mit einer zunehmend älteren und mancherorts auch bereits »schrumpfenden« Bevölkerung zu entwickeln. Themenzugang und Handlungsansätze sind in den einzelnen Kommunen und Regionen allerdings je nach Dringlichkeit der Probleme unterschiedlich, hängen darüber hinaus von der Bereitschaft der Politik ab, entsprechende Diskussionen zu führen.

→ Forschungsprojekt zum kommunalen Umgang mit dem demografischen Wandel

Vor diesem Hintergrund wurde im Sommer 2009 das Projekt »Herausforderungen des demografischen Wandels bewältigen: Kommunale Erfahrungen und Ansätze« initiiert. Es verfolgt das Ziel, die für verschiedene Aspekte des demografischen Wandels entwickelten Handlungsansätze und Strategien zu ermitteln und aufzubereiten. Die Untersuchung wird am Beispiel von sieben Fallstudienstädten (Bielefeld, Dresden, Gera, Köln, München, Münster und Wolfsburg) durchgeführt, methodisch fußt sie auf Vor-Ort-Expertengesprächen und weitergehenden Literaturanalysen. Auf Basis der Projektbefunde und -erfahrungen werden abschließend Empfehlungen für den künftigen Umgang mit den verschiedenen Facetten des demografischen Wandels formuliert, die auch für andere Städte verwertbar sind.

### Sichere Städte und Gemeinden

→ Neue Anforderungen an städtische Sicherheitspolitik

Sicherheit und Ordnung in Städten und Gemeinden werden – meist bezogen auf aktuelle Anlässe – in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Reale Sicherheitslage und öffentliche Wahrnehmung unterscheiden sich oftmals. Die Sicherheitslage in urbanen Räumen ist im Wandel: Das Gefühl von (Un-)Sicherheit in den Städten verändert sich,

ebenso die Arbeitsteilung der Sicherheitsakteure. Neue technische Instrumente (z. B. Videoüberwachung, globale Fernerkundung) können Sicherheitsaufgaben unterstützen, werden aber auch teilweise als Bedrohung der Privatsphäre wahrgenommen.

Die kommunalen Aufgaben in Bezug auf die Sicherheit in der Stadt sind in den letzten Jahren gewachsen – nicht zuletzt weil sich in der Praxis Aufgaben auf die kommunale Ebene verlagern. Sie konzentrieren sich im Wesentlichen auf die Gefahrenabwehr – z. B. Erteilung und Entziehung von Gewerbeerlaubnissen für Gaststätten und Spielhallen, Festlegung von Sperrbezirken, Unterbringung von Obdachlosen, Umgang mit Jugendschutz und Versammlungsrecht –, auf Maßnahmen der Städtebaupolitik – z. B. Festlegung von Nutzungsstrukturen, Vermeidung von städtebaulichen Angsträumen –, auf die Gestaltung von Rahmenbedingungen zur Kriminalprävention wie Sozial-, Jugend-, Familien-, Wohnungs-, Bildungs-, Kultur- und Beschäftigungspolitik. Damit wird deutlich: Sichere Städte und Gemeinden sind nicht nur ein Thema für Sicherheitsakteure, sondern gerade auch ein soziales Thema und eine Frage der Stadtentwicklung.

**Veröffentlichungen:** Floeting, Holger: Sicherheit in den Städten – welchen Beitrag können globale Fernerkundungssysteme leisten?, in: Lingner, Stephan, und Wolfgang Rathgeber (Hrsg.): Globale Fernerkundungssysteme und Sicherheit. Beiträge durch neue Sicherheitsdienstleistungen?, Europäische Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen, Bad Neuenahr-Ahrweiler 2009, S. 35–50.

Floeting, Holger: Privacy, Public Life and Security Technologies – An Urban Perspective, in: Cas, Johann (Hrsg.): Privacy Enhancing Shaping of Security Research and Technology – A Participatory Approach to Develop Acceptable and Accepted Principles for European Security Industries and Policies (PRISE), Institute of Technology Assessment, Austrian Academy of Sciences, Vienna 2009, S. 129–142.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Bevölkerung und Soziales finden Sie unter »Daten und Fakten«.



v.l.n.r.: Rüdiger Knipp, Arno Bunzel, Christa Rothäusler, Franciska Frölich von Bodelschwingh, Wolf-Christian Strauss, Stefanie Hanke

Im Themenfeld Politik, Verwaltung und Recht stehen Fragen der politischen und administrativen Prozesse in den Städten im Fokus. Politik und Verwaltung sind sowohl Adressaten als auch Gegenstand der wissenschaftlichen Arbeit des Difu. Das Verhältnis von Politik und Verwaltung ist dabei ein zentraler Aspekt im Zusammenhang mit verschiedenen Fragestellungen.

Das Institut beschäftigt sich seit vielen Jahren im Rahmen seiner Forschungs- und Fortbildungsaktivitäten mit aktuellen verwaltungswissenschaftlichen Entwicklungen. Die Kommunalverwaltungen haben in den letzten drei Jahrzehnten ihr Leitbild sukzessive erweitert und sich von der Ordnungsgemeinde über die Dienstleistungsgemeinde zur Bürgerkommune entwickelt. Dabei haben sie großen Wert darauf gelegt, Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns zu verbessern. Dies bedeutete nicht nur eine Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten und Handlungsnotwendigkeiten, sondern auch die Implementierung neuer Steuerungsinstrumente beim Übergang von homogenen hierarchischen zu komplexen dezentralisierten Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen (vgl. auch Beitrag »Steuerung und Aufgabenorganisation«).

Das Recht ist ein zentraler Steuerungsmodus, der nicht nur den Rahmen für die Gestaltung der Stadtentwicklung absteckt, sondern gleichzeitig

Gestaltungsoptionen eröffnet. Rechtliche Instrumentarien werden – häufig durch europäische Vorgaben veranlasst – ständig weiterentwickelt und an sich wandelnde und neue Aufgaben angepasst. Das Difu begleitet diese Prozesse durch wissenschaftlich fundierte und praxisorientierte Beratung im Vorfeld und im Nachgang von Gesetzgebungsverfahren sowie durch die Vermittlung von Umsetzungswissen in die kommunale Praxis. Ein essentieller Baustein hierbei sind Rechtstatsachenforschung, Planspiele und Praxistests sowie die Erstellung von Arbeitshilfen. Neben der Weiterentwicklung des Raumordnungsrechts und des Städtebaurechts (Baugesetzbuch, Baunutzungsverordnung) stehen unter anderem das Naturschutzrecht, insbesondere das Artenschutzrecht, das Recht der Umweltprüfung, das Immissionsschutzrecht sowie die Berührungspunkte zum Bauordnungsrecht im Blickpunkt. Besonderes Augenmerk wird ebenso auf das Kommunal- und Wirtschaftsrecht, insbesondere das Vergabe- und Beihilferecht, gelegt.

## Politik(beratung)

Neben der Bearbeitung von Forschungsprojekten, der Durchführung von Seminaren und Vortragsveranstaltungen sowie der Wissensvermittlung in Form von Print- und Online-Veröffentlichungen wirken die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des

Difu maßgeblich durch Mitarbeit und Leitung in Gremien von Akademien, Forschungsgesellschaften und Beiräten wie auch in Ausschüssen und Kommissionen der kommunalen Spitzenverbände an der Politikberatung mit – in Städten und Gemeinden, in Bund und Ländern. Die vielfältigen Mitgliedschaften und Gremientätigkeiten (vgl. Berichtsteil E) zeigen das Engagement und die direkten wie indirekten Leistungen der Politikberatung. Außerdem entfalten vielfältige Vorträge, Redebeiträge und Moderationen auf Podien und anderen Veranstaltungen eine Breitenwirkung. Politikberatung des Difu findet ihren Ausdruck auch im Zusammenhang mit der Ausgestaltung von Programmen und Gesetzen von kommunaler Relevanz.

Im Jahr 2009 sind besonders hervorzuheben der Vorsitz von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann im Beirat für Raumordnung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie seine Mitgliedschaft und sein Vorsitz im Wissenschaftlichen Beirat des BMVBS.

### Verwaltungsmodernisierung

→ Umfrage zur Baunutzungsverordnung

Das Difu unterstützt die Kommunen aktiv bei der Bewältigung der notwendigen Modernisierungsprozesse in der Verwaltung. So war im Berichtszeitraum das Qualitätsmanagement als Erfolgsfaktor einer leistungsstarken Verwaltung ebenso Gegenstand von Seminarveranstaltungen wie Finanzierung und Verwertung kommunaler Liegenschaften.

**Veranstaltungen:** Qualitätsmanagement – Strategischer Erfolgsfaktor einer leistungsstarken Verwaltung, 11.–12.5.2009, Berlin, Difu in Kooperation mit Governance International, Birmingham, UK.

Immobilienmanagement: Finanzierung und Verwertung kommunaler Liegenschaften, 19.–20.10.2009, Berlin, Difu in Kooperation mit Management Consulting Eleonore Pöll/MECP.

In einem vom Oberprüfungsamt für den Höheren Technischen Verwaltungsdienst – angesiedelt beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung – beauftragten Projekt werden am Difu Erfordernisse, Bedarfe sowie Stärken und Schwächen einer Ausbildung zum Höheren Technischen Verwaltungsdienst durch eine Absolventenbefragung und durch Fokusgruppengespräche mit Vertreterinnen und Vertretern potenzieller Einstellungsinstitutionen geklärt. Die Ergebnisse werden die Grundlage bilden für Vorschläge zur inhaltlichen und organisatorischen Weiterentwicklung der Referendarausbildung.

### Arbeitshilfe im Städtebaurecht

Um die Akteure der kommunalen Praxis bei der Bewältigung städtebaulicher Aufgaben und im

Umgang mit den sich wandelnden rechtlichen Anforderungen zu unterstützen, werden vom Difu regelmäßig Arbeitshilfen erarbeitet und herausgegeben. Diese vermitteln strategisches und instrumentelles Wissen und bieten den Aufgabenträgern in den Kommunen praktische Handlungsempfehlungen für die notwendige Anpassung ihrer Praxis. Häufig kann dabei auf Ergebnisse von Forschungsprojekten zurückgegriffen werden. Genutzt werden zudem die vielfältigen Kontakte zu Bauverwaltungen im gesamten Bundesgebiet sowie der Erfahrungsschatz kommunaler Praktikerinnen und Praktiker, die als Autorinnen und Autoren gewonnen werden. Im Jahre 2009 wurde die Arbeitshilfe »Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche« erarbeitet und veröffentlicht. 2009 wurde auch mit der Erarbeitung einer Arbeitshilfe »Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch« begonnen.

**Veröffentlichung:** Bunzel, Arno, Heinz Janning, Stephan Kruse und Gerd Kühn: Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche, Berlin 2009 (Difu-Arbeitshilfe).

### Weiterentwicklung des Städtebaurechts

Der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien von 2009 sieht vor, das Baugesetzbuch (BauGB) insbesondere mit Blick auf die Erfordernisse des Klimaschutzes und der Innenentwicklung anzupassen und weiterzuentwickeln sowie die Baunutzungsverordnung (BauNVO) umfassend zu überprüfen. Die damit thematisch umrissene Novellierung des Städtebaurechts griff das Difu gleich in zwei Projekten auf.

Auf Anregung des Bau- und Verkehrsausschusses des Deutschen Städtetages (DST) führte das Institut gemeinsam mit dem DST eine bundesweite Umfrage zum Novellierungsbedarf der Baunutzungsverordnung (BauNVO) durch. Den Ausgangspunkt bildete ein Diskussionspapier des Difu zum Novellierungsbedarf der BauNVO, das im Bau- und Verkehrsausschuss sowie in mehreren Fachkommissionen des DST überwiegend Zustimmung fand.

Die Befragung hat unter anderem gezeigt: Es existiert ein breites Spektrum von Fragen, die im Rahmen der nun bevorstehenden Diskussion um eine Novellierung der BauNVO zu prüfen sind. Einer der Schwerpunkte der zu führenden Novellierungsdebatte ist demnach die Steuerung des Einzelhandels, die für viele Städte Anlass zu einer notwendigen Weiterentwicklung der BauNVO gibt. Im Kern geht es den Städten dabei um die Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche. Der zweite zentrale Anknüpfungspunkt für die Überlegungen, die BauNVO zu novellieren, ist die Förderung bzw. Erleichterung der Innenentwicklung. Dabei geht es vor allem um die Lockerung des Gebietstypenzwangs in bestimmten qualifizierten Fallkonstellationen sowie um

die sich aus § 17 Abs. 2 und 3 BauNVO ergebenden Restriktionen einer auch in Großstädten angemessenen städtebaulichen Dichte. In den Kontext der Förderung der Innenentwicklung gehören auch die Flexibilisierung des Mischungsverhältnisses im Mischgebiet sowie die Erleichterung der Zulässigkeit von Wohnen in Kerngebieten – beide Änderungen wurden jeweils von einer größeren Zahl der befragten Städte angeregt. Ein klares Votum gab es zudem dafür, einen bundeseinheitlichen Vollgeschossbegriff einzuführen. Insgesamt ist in Anbetracht der Vielzahl der zu Tage geförderten und sich zum Teil auch widersprechenden Änderungswünsche an den Wert einer stabilen Rechtslage für Rechts- und Investitionssicherheit zu erinnern. Das Problem der Schichtenbebauungspläne scheint die Praxis dabei allerdings weniger zu schrecken als von vielen befürchtet.

**Veröffentlichung:** Novellierungsbedarf bei der BauNVO. Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik und des Deutschen Städtetages, <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=G1LZUY70>

Das zweite 2009 im Themenbereich Städtebaurecht begonnene Projekt trägt den Kurztitel »Berliner Gespräche zum Städtebaurecht«. Dabei sollen eine Gesprächsreihe zur Novellierung des BauGB konzipiert und durchgeführt und die Ergebnisse systematisch aufbereitet werden. Auftraggeber ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung über das Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Wie bei früheren Gesetzgebungsvorhaben sollen frühzeitig die Erfahrungen ausgewiesener Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis genutzt werden, um Regelungserfordernisse zu erkennen sowie Relevanz und Auswirkungen der in Betracht gezogenen Regelungen besser zu erfassen. In der Vergangenheit wurden zu diesem Zweck häufig Expertenkommissionen eingesetzt, deren Ergebnisse eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung der Gesetzentwürfe darstellten. Eine entsprechende Funktion soll auch der neuen Veranstaltungsreihe zukommen. Mit ihr werden verschiedene Rechtsfragen, die für die geplante Novelle relevant sind, zur Diskussion gestellt. Die erarbeiteten Empfehlungen und sonstigen Ergebnisse sollen in einem Tagungsband dokumentiert werden. Es ist geplant, die Gesprächsreihe im November 2010 abzuschließen.

## Städte im europäischen Verfassungssystem

EU-Gesetzgebung und Politik, die ihren Ausdruck unter anderem im Rahmen diverser Förderprogramme finden, beeinflussen Erfordernisse und Gestaltungsspielräume des kommunalen Handelns immer mehr. In diesem Zusammenhang stellt sich eine Reihe von Fragen:

- In welcher Weise ist die kommunale Ebene verfassungsrechtlich in die Strukturen und Verfahren der EU eingebunden?
- Wie sind diese Strukturen und Verfahren praktisch ausgestaltet?
- Genügt die Einbindung der kommunalen Ebene den praktischen Erfordernissen der Berücksichtigung kommunaler Interessen auf EU-Ebene?
- Und falls Letzteres nicht der Fall ist: Wie kann die Einbindung rechtlich und praktisch besser gelingen als bisher?

Ein zentrales Anliegen dabei ist die Wahrung des im deutschen politischen System verfassungsrechtlich verankerten Prinzips der kommunalen Selbstverwaltung. Es räumt der demokratischen Entscheidungsebene auf örtlicher Ebene in allen Bereichen der lokalen Angelegenheiten einen zentralen Stellenwert ein.

Die hier angesprochenen Fragen wurden in einem Symposium aufgegriffen, das gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag bereits 2008 durchgeführt worden war. Seine Ergebnisse wurden dann im Berichtsjahr veröffentlicht. Der Band macht die Beiträge des im Rahmen des Projekts durchgeführten Expertengesprächs, die Ergebnisse einer Expertenbefragung zum Thema und weiterführende Empfehlungen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. Eine der Schlussfolgerungen: Gemeinsame und vorrangige Voraussetzung für erfolgreiches Handeln der Kommunen im europäischen Politiksystem ist, dass anstehende Probleme frühzeitig erkannt und analysiert werden. Nur so können erfolgreiche Lösungsstrategien erarbeitet und gegebenenfalls nötige Daten rechtzeitig erhoben werden. Aus dieser Erkenntnis resultiert der Vorschlag, als konzertierte Maßnahme der kommunalen Spitzenverbände ein periodisch einzuberufendes hochrangig besetztes Expertengremium zu etablieren. In ihm sollen aktuelle kommunalwissenschaftliche und -politische Themen mit europäischer Relevanz beraten und Empfehlungen ausgearbeitet werden.

**Veröffentlichungen:** Beckmann, Klaus J., Arno Bunzel und Gerd Schmidt-Eichstaedt (Hrsg.): Städte im europäischen Verfassungssystem. Dokumentation des gemeinsamen Symposiums des Deutschen Städtetages und des Deutschen Instituts für Urbanistik am 28. Mai 2008 in Berlin, Berlin 2009 (Difu-Impulse, Bd. 2).

Beckmann, Klaus J., Arno Bunzel, Gerd Schmidt-Eichstaedt (Editors): Cities and Towns in the European Constitutional System. Report Documenting the Joint Convention of the German Association of Cities and Towns and the German Institute of Urban Affairs, Berlin, 28 May 2008, <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=TR2EYHO7>

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Politik, Verwaltung und Recht finden Sie unter »Daten und Fakten«.

→ Europäische Entwicklungen frühzeitig erkennen

→ Berliner Gespräche zum Städtebaurecht



v.l.n.r.: Beate Hollbach-Grömig, Antje Seidel-Schulze, Holger Floeting, Nadine Dräger, Daniel Zwicker-Schwarm, Busso Grabow

Kommunale Wirtschaftspolitik ist für die deutschen Städte und Gemeinden ein wichtiges Handlungsfeld. Es hat in den letzten Jahren, bedingt durch den Wandel wichtiger Rahmenbedingungen wie Globalisierung, ökonomischer und technologischer Strukturwandel, europäische Normensetzung und demografische Entwicklung, viele Veränderungen durchlaufen. Um Städte als Wirtschafts- und Arbeitsorte zukunftsfähig zu gestalten, muss kommunale Wirtschaftspolitik einen Beitrag zur Bearbeitung ökologischer Herausforderungen wie Klimawandel und Klimaschutz, sozialer Problemlagen in vielen Stadtquartieren und zum Funktionserhalt in Stadt- und Ortsteilzentren leisten.

→ Veränderte Rahmenbedingungen kommunaler Wirtschaftspolitik

→ Innovationsorientierte Wirtschaftsförderung über Grenzen hinweg

Neben traditionellen Aufgaben der Wirtschaftsförderung und der Standortpolitik, wie der Bestandspflege oder der Gewerbeflächenentwicklung, ergeben sich neue Themenstellungen auf dem Weg in die Wissensgesellschaft und im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung. Wissen, Partnerschaften, Netzwerke und die adäquate Nutzung neuer Technologien gehören dabei zu den zentralen Ressourcen moderner und nachhaltiger Wirtschaftspolitik auf der kommunalen Ebene.

Im Berichtsjahr wurden vor allem Fragen der innovationsorientierten Wirtschaftsförderung und der Gewerbeflächenpolitik behandelt.

### Bessere transnationale Zusammenarbeit durch innovationsorientierte Wirtschaftsförderung

Innovationsorientierte Wirtschaftsförderung setzen bereits viele Regionen und Kommunen um. Sie unterstützen beispielsweise die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft, engagieren sich beim Aufbau von Technologie- und Gründerzentren oder fördern die Anwendung innovativer Technologien. Seit 2007 bietet das EU-Programm INTERREG IV B – es fördert die Zusammenarbeit zwischen den Städten, Regionen und Mitgliedstaaten der EU – mit der Förderpriorität »Innovation« verbesserte Möglichkeiten, solche Ansätze auch in transnationalen Projekten zu fördern.

Im Rahmen der laufenden Difu-Studie »Der Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU in Deutschland« – die Studie ist Teil des Aktionsprogramms »Modellvorhaben der Raumordnung« (MORO) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung – wurde im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) eine Analyse zu »guten Beispielen« innovationsorientierter INTERREG B-Projekte erarbeitet. Kommunale und regionale Akteure können in mehrfacher Hinsicht von solchen Projekten auf europäischer Ebene profitieren. So zeigen die zwölf untersuchten Fallbeispiele, wie mithilfe



ausländischer Erfahrungen die Programme und Instrumente der Innovationsförderung vor Ort verbessert werden konnten. Oft ermöglicht die Zusammenarbeit, innerhalb der Kooperationsräume in einzelnen Technologiefeldern die notwendige kritische Masse für neue Angebote der Innovationsförderung zu erreichen, inhaltliche Synergien zu nutzen und gemeinsame Marketingeffekte zu erzielen – etwa durch die Schaffung von transnationalen Clusterstrukturen. Auch für die Vorbereitung und Mobilisierung von Investitionen in die Innovationsinfrastruktur sowie für die Profilierung innovationspolitischer Themen und Anliegen vor Ort hat sich die Zusammenarbeit in europäischen INTERREG-Netzwerken aus Sicht der beteiligten Kommunen und Regionen positiv ausgewirkt.

Eine Fachveranstaltung, zu der das Difu im Dezember 2009 in Zusammenarbeit mit dem BBSR eingeladen hatte, zeigte Interessierten aus Kommunen und Regionen, wie sie INTERREG IV B für ihre Aktivitäten in der innovationsorientierten Wirtschaftsförderung nutzen können. Mehr als 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer informierten sich über die Möglichkeiten des Programms, tauschten sich über Projektideen und laufende Projekte aus und erhielten nützliche Tipps für die Antragstellung. In einer begleitenden Ausstellung präsentierten sich die nationalen Kontaktstellen der Programmräume Alpen-, Nordsee-, Ostseeraum, Nordwesteuropa und Mitteleuropa. Sie gaben in Beratungsgesprächen Informationen zu den jeweiligen Programmräumen von INTERREG.

Im Rahmen des Projekts wurde der praxisorientierte Leitfaden »Transnationale Perspektiven für eine innovationsorientierte Wirtschaftsförderung« erarbeitet. Die Broschüre informiert über ausgewählte INTERREG B-Projekte, die bisher im Bereich Innovation und Raumentwicklung erarbeitet wurden. Sie zeigt, wie beteiligte Akteure und jeweilige Zielgruppen von diesen Aktivitäten profitieren konnten. Zudem werden Tipps für Interessenten geboten, die eigene Projekte im Rahmen von INTERREG B planen.

**Veröffentlichung:** Zwicker-Schwarm, Daniel, Holger Floeting und Karsten Ruddigkeit: Transnationale Perspektiven für eine innovationsorientierte Wirtschaftsförderung. Wie Kommunen und Regionen INTERREG IV B nutzen können, Berlin 2009 (Difu-Sonderveröffentlichung); auch als Download abrufbar: <http://d-nb.info/1000663116/34>

### Gewerbeflächen – Aktivierung, Sicherung, Entwicklung

Die Standortanforderungen und Flächenbedarfe von Unternehmen unterliegen einem andauernden Wandel. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Sie reichen vom technologischen und ökonomischen Strukturwandel, veränderten Produktions- und Logistikkonzepten, neuen Ansätzen der Im-



Hohes Interesse an Fachveranstaltung und Begleitausstellung  
Foto: Harald Horster.

mobilienbewirtschaftung und -finanzierung bis hin zu einer Neugewichtung von räumlicher Nähe und Standortfaktoren. Kommunen sind daher aufgefordert, zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes und im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung ihre Konzepte, Planungen und Maßnahmen im Bereich der Gewerbeflächenentwicklung regelmäßig zu überprüfen und anzupassen.

In zwei Projekten hat sich das Difu im Jahr 2009 mit der Gewerbeflächenthematik befasst. Mit der beispielhaften Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzepts Gewerbe zusammen mit dem Planungsbüro Spath + Nagel für die Landeshauptstadt Potsdam werden strategische Grundlagen für die Sicherung, Mobilisierung und Entwicklung von Gewerbeflächen sowie geeignete, umsetzbare Lösungsansätze entwickelt. In einem Projekt mit der Stadt Gera geht es um die Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government (»FLITZ – Flächen ins Netz«).

Die Landeshauptstadt Potsdam ist ein hervorragendes Beispiel, um abzuleiten, welche zukünftigen Anforderungen an Gewerbeflächen in der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft bestehen. Sie hat unter allen deutschen Städten den höchsten Anteil an Beschäftigten außerhalb des produzierenden Gewerbes.

Ausgangspunkt des Projekts FLITZ ist die Überlegung, dass für einen nachhaltigen Umgang mit den Flächen neben den klassischen Gewerbeflächen »auf der grünen Wiese« zunehmend auch wieder untergenutzte Gewerbeareale, Baulücken,

→ Neue Herausforderungen für die Gewerbeflächenpolitik

Wasserstadt Potsdam –  
Perspektive Wohnen oder  
Gewerbe?  
Foto: Busso Grabow.



Reservegrundstücke sowie Industrie- und Gewerbebrachen in den Blick genommen werden müssen. Ziel dieses im Rahmen des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA (Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement; vgl. auch den Beitrag zu REFINA oben) geförderten Vorhabens ist es, Gewerbeflächen im Bestand besser zu nutzen und wiederzuverwerten; Fallbeispiel ist die Stadt Gera. Innerstädtische Gewerbeflächenpotenziale sollen »aktiviert«, wiedergenutzt oder intensiver genutzt werden. Als Instrument dafür sollen im Wesentlichen E-Government-Lösungen entwickelt werden, also IuK-gestützte Maßnahmen (Softwarelösung, Web-Portal), die zur Vermarktung bzw. Wiedernutzung dieser Flächen beitragen können. Flankiert wurden diese Lösungen durch organisatorische Anpassungen und Prozessoptimierungen.

→ Weiterentwicklung des  
GIFPRO-Modells

Um den Gewerbeflächenbedarf abzuschätzen, wurden im Potsdam-Projekt die bisher bekannten Prognosemethoden weiterentwickelt: Elemente der »klassischen« GIFPRO-Prognose (GIFPRO = Gewerbe- und Industrieflächenprognose) wurden mit denen der beschäftigungsbezogenen Prognose nach dem »niederländischen Modell« zu einer trendbasierten, standortspezifischen Gewerbe- und Industrieflächenprognose (TBS-GIFPRO) verknüpft. Für die Prognose wurden alle gewerbebezogenen Wirtschaftszweige zu insgesamt acht Wirtschaftsgruppen gebündelt, die sich im Hinblick auf ihre Standortanforderung bzw. Standorteignung jeweils ähneln.

→ Fiskalische Wirkungen  
der Gewerbeflächen-  
politik

Für die unterschiedlichen Handlungsoptionen der Gewerbeflächenpolitik in Potsdam wurden in einem neu bzw. weiter entwickelten Berech-

nungsmodell die fiskalischen Wirkungen anhand von vier Szenarien verdeutlicht und beurteilt. Die Szenarien unterscheiden sich durch unterschiedlich hohe Aktivitätsniveaus und jeweils andere Schwerpunktsetzungen (Schwerpunkt bei einfachen Gewerbegebieten/Logistikstandorten oder bei Wissenschafts- und Technologiestandorten).

In beiden Projekten zeigt sich, wie lohnenswert aktive Handlungsansätze im Umgang mit den städtischen Gewerbeflächen(-potenzialen) sind. Schon die rein fiskalische Betrachtung (Szenarien) führt im Potsdam-Projekt zum Ergebnis, dass nachfragegerechte Investitionen in Gewerbeflächen langfristig lohnend sein können. In der Relation zwischen zusätzlichem Entwicklungsaufwand und Erträgen gibt es im Fall von Potsdam rechnerisch keine klare Präferenz für ein Abweichen vom bisherigen, eher auf höherwertige Gewerbeflächen sowie Wissenschafts- und Forschungsstandorte orientierten Angebotsprofil. Letztlich müssen – so das Ergebnis – weiche Beurteilungskriterien und politische Bewertungen richtungsbestimmend sein.

Auf Grundlage einer Stärken-Schwächen-Analyse, der fiskalischen Szenarien sowie bestimmter strategischer Leitlinien wurden für Potsdam sechs prioritäre Handlungsfelder und ihnen zugeordnete Einzelmaßnahmen formuliert: Einstieg in eine aktive Liegenschaftspolitik; Sicherung und Unterstützung der Entwicklung von spezifischen Flächenpotenzialen; Neuordnung, Profilierung und Aufwertung von räumlichen Schwerpunktbereichen; Unterstützung von Projektentwicklungen; Verbesserung der flächenbezogenen Information und Kommunikation sowie der projektbezogenen Verwaltungskooperation.

Im Geraer Projekt (FLITZ) liegen die Schwerpunkte genau auf den beiden letztgenannten Handlungsfeldern. Die in Gera realisierte Lösung zu Gewerbeimmobilien führt Informationen der verschiedenen Akteure (Stadtverwaltung, Makler, private Anbieter) zu Immobilienangeboten zusammen und stellt sie den Gewerbetreibenden auf attraktive Weise in einem Internet-Portal zur Verfügung. Der Mehrwert der Lösung gegenüber vielen anderen Portalen liegt unter anderem darin, dass sich der Geraer Prototyp speziell an lokale und regionale Nachfrager mit ihren vielfach kleinteiligen Bedarfen richtet. Darüber hinaus bietet das Geraer Portal den Nutzerinnen und Nutzern eine Reihe verschiedener weiterer Informationen, die bei der Bewertung der Angebote helfen sollen. Dazu zählen die kartografische Umfeldsuche, Hinterlegung der jeweiligen Bebauungspläne, Quartierrahmenpläne, Informationen zu Denkmalschutz, städtischen Entwicklungsflächen u. a. Zusätzlich wird es über das Portal möglich sein, bestimmte Entwicklungsschwerpunkte im Interesse der Stadt hervorgehoben zu bewerben.

In beiden Projekten sind viele der erarbeiteten Ergebnisse zwar fallspezifisch, im Grundsatz aber auch für andere Kommunen nutz- und übertragbar. Dies gilt vor allem für das konzeptionelle Vorgehen, die Ausgestaltung der vorgeschlagenen Instrumente sowie die organisatorischen und prozessualen Innovationen. Die Berichte zu beiden Projekten werden 2010 veröffentlicht und bieten damit Orientierungshilfen für ähnliche Problemlagen und Fragestellungen. Das Geraer Gewerbeimmobilienportal wurde Ende März 2010 freigeschaltet und zeigt anschaulich, wie eine lokal orientierte, auf breiter Kooperation basierende Börse im Netz aussehen kann.

**Veröffentlichung:** Zwicker-Schwarm, Daniel, Busso Grabow, Antje Seidel-Schulze: Flächen im Netz: IT-gestützte Erfassung und Vermarktung von Gewerbeimmobilien in deutschen Kommunen, Berlin 2009 (Difu-Papers).

### Seminare zu aktuellen Wirtschaftsförderungsthemen

Unter der Überschrift »Wissen und Kreativität – Schlagworte oder neue Ansätze für urbane Wachstumskonzepte?« wurde im November 2009 eine



→ Kooperation vieler Akteure

Zielplan: Gewerbeflächenentwicklung in räumlichen Schwerpunktbereichen  
Entwurf: Spath+Nagel.

Difu-Fachtagung durchgeführt, in der die Bedeutung von Wissen und Kreativität für die Erschließung lokaler und regionaler Entwicklungspotenziale in einer Vielzahl kommunaler Aufgabenfelder diskutiert wurde. Die Fachtagung setzte sich kritisch mit diesen neuen Ansätzen auseinander und stellte Praxisbeispiele neuer urbaner Wachstumskonzepte vor.

**Veröffentlichung:** Eine umfangreiche Seminardokumentation einschließlich weiterführender Links findet sich im Extranet des Difu.

Das Difu-Seminar »Kommunale Wirtschaftsförderung – Bilanz 2009 und Perspektiven« im Mai 2009 setzte sich mit den veränderten Rahmenbedingungen der kommunalen Wirtschaftsförderung auseinander: Globalisierung, Internationalisierung der Wirtschaft, verbunden mit einem sich fortsetzenden wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandel, Politik der EU und – aktuell – Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Veranstaltung ermöglichte in bewährter Weise einen bundesweiten Erfahrungsaustausch unter anderem zu den Themen Fachkräftemangel, Entwicklung untergenutzter Gewerbegebiete, Clusterentwicklung, regionale Kooperation, Einheitlicher Ansprechpartner, Migrantenunternehmen und nachhaltige Wirtschaft.

→ Gewerbeimmobilienbörse der Stadt Gera unter [www.gera.de](http://www.gera.de)

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Wirtschaft finden Sie unter »Daten und Fakten«.

→ Wissen und Kreativität als Entwicklungspotenzial



v.l.n.r.: Stefan Schneider,  
Antje Seidel-Schulze,  
Busso Grabow

Die Finanzsituation der Kommunen hat sich infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 rapide verschlechtert. Weiter wachsende Sozialausgaben stehen im Kontrast zu stark rückläufigen Steuereinnahmen. Dass dennoch mehr als im Jahr 2008 investiert wurde, liegt ausschließlich an den zusätzlichen, im Rahmen des Konjunkturpakets II finanzierten Investitionen. Auch wenn durch diese Finanzspritzen die Kommunen befähigt werden, in den Jahren 2009 und 2010 verstärkt Investitionen vor allem im Bildungsbereich und bei der energetischen Sanierung vorzunehmen, bleibt der Investitionsrückstand in vielen Infrastrukturbereichen erheblich und verschärft sich mittelfristig weiter. Da die Städte und Gemeinden zumindest in den nächsten Jahren aber wieder stärker mit Finanzierungsengpässen rechnen müssen, stellt sich als zentrale Frage, wie der infrastrukturelle Rahmen der Daseinsvorsorge gesichert werden kann.

Im Jahr 2009 befasste sich das Difu im Themenbereich Finanzen und Investitionen vor allem mit den Themen Public Private Partnership (PPP), Strategisches Investitionsmanagement, Folgekosten und -erträge von Investitionen sowie mit dem Zusammenhang von kommunaler Finanzsituation und Investitionstätigkeit. Die hier angesprochenen Themen zur Finanzierung und zum Management von Investitionen werden in enger Verzahnung mit den umfassenderen Fragen zur

Zukunft der kommunalen Infrastruktur (vgl. Beitrag im Themenfeld »Infrastruktur«) behandelt.

### Public-Private-Partnership-Projekte

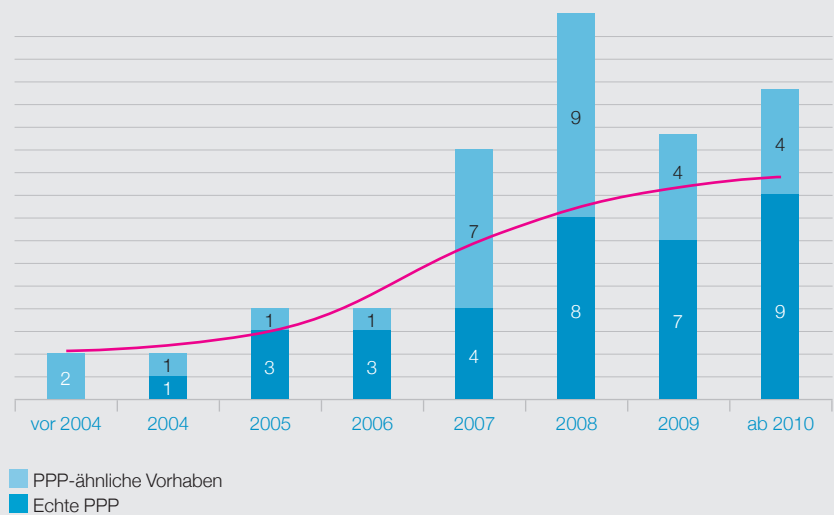
In der 2008 veröffentlichten Difu-Studie zum kommunalen Investitionsbedarf 2006 bis 2020 wurden verschiedene Optionen vorgestellt, den erheblichen kommunalen Investitionsrückstand abzubauen. Unter anderem wurden Public-Private-Partnership-Projekte (PPP- oder ÖPP-Projekte) als integrierter Strategieansatz diskutiert, in dem prozessuale, organisatorische und finanzwirtschaftliche Konzepte unter einem Dach vereint sind. Die Studie enthält neben allgemeinen Aussagen auch Überlegungen dazu, welche kommunalen Infrastrukturbereiche besonders »affin« für die Realisierung von PPP-Projekten sind.

Um einen aktuellen Überblick über die Verbreitung von PPP zu erhalten, wurde Ende 2008/Anfang 2009 zum zweiten Mal nach 2005 eine flächendeckende Befragung zu Stand und Perspektiven von PPP-Infrastrukturprojekten in Deutschland durchgeführt. Den Auftrag dazu hatte die ehemalige PPP Task Force im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) erteilt.

Ergebnis ist, dass etwa ein Viertel der befragten Kommunen und Länder in den nächsten fünf Jah-

## PPP-Projekte in der Nutzungsphase

- Inzwischen insgesamt mehr als hundert Projekte in der Umsetzung
- Stärkerer Anstieg in den letzten Jahren flacht sich wieder ab



Quelle: PPP-Umfrage des Difu, November/Dezember 2008.



ren eines oder mehrere PPP-Vorhaben anstoßen und umsetzen wollen. Bei den größeren Städten ist es sogar jede zweite, die zukünftige PPP-Vorhaben ins Auge fasst. PPP-Projekte finden sich derzeit am ehesten in den Bereichen Schulen sowie Sport, Freizeit, Touristik, gefolgt von Verwaltungsbauten und Verkehrsprojekten. Diese Bereiche werden auch in Zukunft die wesentlichen Schwerpunkte bilden.

Damit ist in diesem Zeitraum alleine bei den Kommunen ein Gesamtvolumen bei PPP-Vorhaben in Höhe von etwa 8,4 Milliarden Euro denkbar. Hinzu kommen noch die Maßnahmen von Bund und Ländern, mit einem PPP-Potenzial von rund 5,8 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren. Trotz dieser beachtlichen Zahlen ist eine gewisse »Abkühlung« des PPP-Marktes offensichtlich. Teilweise ist diese Entwicklung sicherlich auf die Finanzkrise zurückzuführen. Auch wenn man diese spezifische Sondersituation berücksichtigt, sind nach den Ergebnissen der Difu-Umfrage im kommunalen Bereich oder bei Bund und Ländern keine großen Steigerungsraten bei den PPP-Investitionen gegenüber dem aktuellen Stand zu erwarten.

Sollten PPP-Projekte in Zukunft eine stärkere Rolle bei der Investitionstätigkeit von Bund und Ländern spielen, ist neben weiteren Orientierungshilfen, Beratungsangeboten und Standardisierungen nach Meinung des Difu eine wissenschaftlich seriöse und unabhängige Evaluation der laufenden Projekte notwendig, deren Ergebnisse dokumentiert werden müssten. Die Beschreibung von guten Beispielen würde die Akteure für weitere Projekte motivieren, und auch weniger erfolgreiche Vorhaben könnten den Erfahrungsschatz mit wichtigen Hinweisen bereichern.

**Veröffentlichung:** Grabow, Busso, Stefan Schneider und Antje Seidel-Schulze: PPP-Projekte in Deutschland 2009 – Erfahrungen, Verbreitung, Perspektiven. Ergebnisbericht, Berlin 2010 (Difu-Sonderveröffentlichung).

PPP als integrierte Beschaffungsstrategie

## Strategisches Investitionsmanagement als neuer Ansatz

Wachsende Anforderungen und knappe Ressourcen führen dazu, dass Kommunen notwendige Investitionen nicht immer – zumindest nicht immer sofort – durchführen können. Die Folge ist ein zum Teil erheblicher Investitionsrückstand. Investitionen zu unterlassen kann dabei massive Auswirkungen z. B. auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Sicherheit der Bevölkerung und den Schutz der Umwelt haben. Aufgrund der häufig langfristigen Auswirkungen von Investitionsentscheidungen müssen Prioritäten gesetzt und die jeweiligen Investitionen strategisch aufeinander abgestimmt werden. Den Rahmen dafür kann ein strategisches Investitionsmanagement bilden, welches den Lebenszyklusansatz, kostenminimierende Unterhaltungsstrategien, Modernisierungsstrategien sowie Ansätze für eine flexiblere Nutzung zu einem wirksamen Instrumentarium vereint.

→ Abkühlung des PPP-Marktes

Konzeption und Ausgestaltung dieses neuen Instruments sind ein wichtiges aktuelles Forschungsthema für das Difu. Dazu wurde eine Vorstudie bei einem Kooperationspartner des Difu, INFA-ISFM e.V., in Auftrag gegeben, auf deren Basis ein Seminar konzipiert wurde, das dann im März 2010 stattfand. Ansatz und Möglichkeiten eines strategischen Investitionsmanagements sollen in den nächsten Jahren im Difu in den einzelnen Facetten vertieft behandelt werden.

## Folgekosten und -erträge der Infrastrukturpolitik

→ Kosten und Erträge der ...

... Entwicklung von Verkehrsinfrastruktur

... Entwicklung von Gewerbeflächen

Im Projekt »Abschätzung und Bewertung der Verkehrs- und Kostenfolgen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen« (vgl. Themenfeld »Mobilität«) wurde ein handhabbares, anwendungsgereignetes Tool zur Abschätzung der verkehrsinfrastrukturellen Folgekosten für Kommunen und Aufgabenträger entwickelt.

Fiskalische Wirkungen der Gewerbeflächenpolitik wurden im Projekt »Stadtentwicklungskonzept Gewerbe Potsdam« (vgl. Themenfeld »Wirtschaft«) auf der Basis unterschiedlicher Szenarien rechnerisch abgeschätzt. Dabei wurde das Rechenmodell aus dem Difu-Projekt »Zur fiskalischen Wirkungsanalyse von unbebauten und bebauten Flächen und deren Nutzungsveränderungen unter besonderer Berücksichtigung von Naturschutzflächen« (veröffentlicht 2007 unter dem Titel »Neue Baugebiete – Gewinn oder Verlust für die Gemeindekasse« in der Reihe Edition Difu – Stadt Forschung Praxis) weiterentwickelt. Eine rein fiskalische Betrachtung führt im Projekt zum Ergebnis, dass Investitionen in Gewerbeflächen langfristig lohnend sein können – vorausgesetzt, es besteht entsprechende Nachfrage.

... Siedlungsentwicklung

Im Rahmen der Projektübergreifenden Begleitung des Förderschwerpunkts REFINA durch das Difu (vgl. auch »Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA« im Anschluss an Themenfeld »Städtebau und Stadtentwicklung«) wurde eine Publikation herausgegeben, in der die im Förderschwerpunkt entwickelten Werkzeuge und Modelle zur Kosten-Nutzen-Betrachtung (bzw. der Folgekostenbetrachtung) der Siedlungsentwicklung dokumentiert sind. Die in den

→ Selbst notwendige Investitionen unterbleiben

Beiträgen des Bandes vorgestellten Werkzeuge und Modelle bieten ein breites Einsatzspektrum bei formellen und informellen Planungen im Zusammenhang mit der Siedlungsentwicklung.

**Veröffentlichung:** Preuß, Thomas, und Holger Floeting (Hrsg.): Folgekosten der Siedlungsentwicklung. Bewertungsansätze, Modelle und Werkzeuge der Kosten-Nutzen-Betrachtung, Berlin 2009 (Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA Bd. III).

## Kommunal финанzen und Investitionen

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise kam das abrupte Ende des Aufwärtstrends in den kommunalen Kassen. Vor dem Hintergrund der strukturellen Herausforderungen der Kommunen durch Klimawandel, demografische Entwicklung, aber auch durch hartnäckige Sockelarbeitslosigkeit und damit verbundene soziale Probleme müssen die Finanzierung und die finanzpolitischen Instrumente von Kommunen neu überdacht werden. Die Einschätzungen der Städte und Gemeinden hierzu sowie insbesondere zur aktuellen finanziellen Situation bilden dafür eine wichtige Grundlage.

Mit dem Ziel, hierüber ein aktuelles Bild zu erhalten, beauftragte die KfW Bankengruppe das Difu, im April 2009 eine Befragung von Städten und Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern durchzuführen. Der Deutsche Städtetag (DST) und der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) unterstützten die Studie in der Durchführung. Die Ergebnisse der Befragung spiegeln die kommunalen Einschätzungen im Sommer 2009 wider.

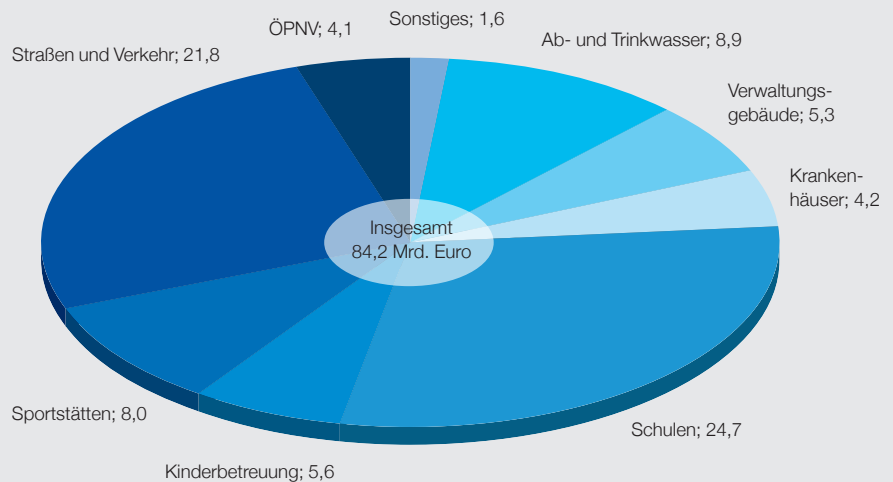
Die Ergebnisse belegen den hohen Investitionsrückstand. Sie zeigen, dass etwa in finanzschwachen Kommunen selbst dringende Infrastrukturin-



Kosten für Beräumung, Erwerb und Erschließung von Gewerbeflächen  
Foto: Spath + Nagel.

## Investitionsrückstand nach Infrastrukturbereichen

Einschätzung der Städte und Gemeinden  
Angaben in Mrd. Euro



Quelle: Kommunalbefragung 2009, durchgeführt vom Difu im Mai/Juni 2009.



vestitionen nicht mehr oder nur noch in unzureichendem Ausmaß getätigt werden können. Grundsätzliche Abhilfe, auch das ergab die Befragung, würden eine bessere Finanzausstattung, eine Modifizierung des Finanzausgleichs und eine striktere Ausgestaltung des Konnexitätsprinzips (»Wer bestellt, zahlt«) erfordern.

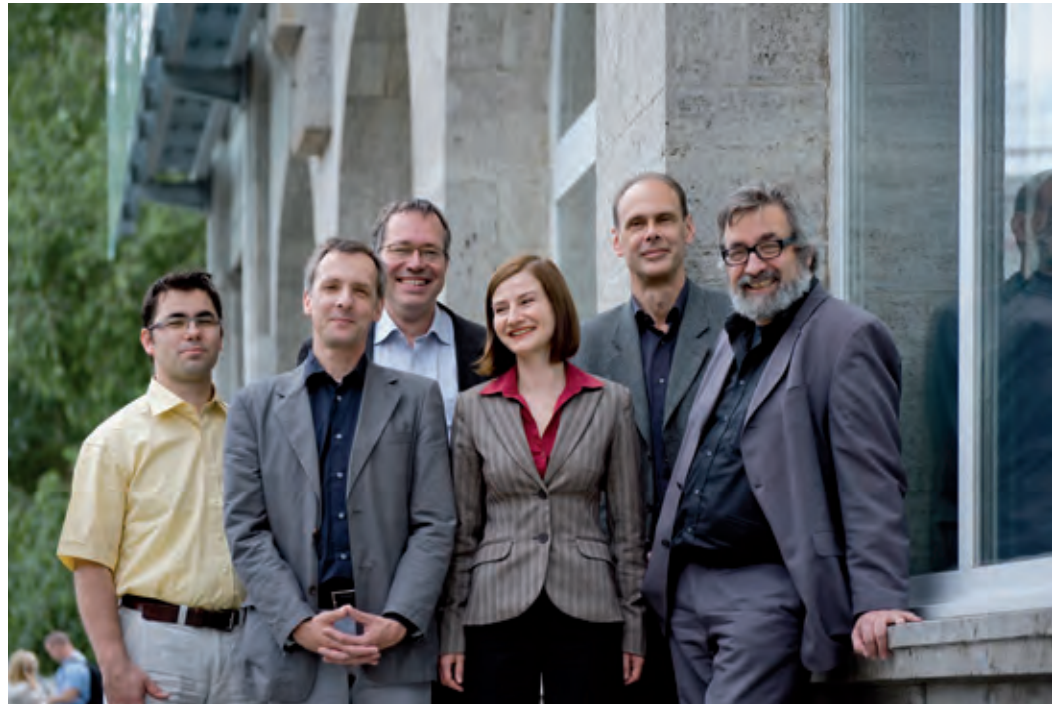
Angesichts der vielfältigen Probleme ist davon auszugehen, dass der Handlungs- und Investitionsbedarf auf kommunaler Ebene weiter zunehmen wird. Es ist daher wichtig, sich auch zukünftig ein aktuelles und zutreffendes Bild über Lage, Probleme und Perspektiven der Kommunen zu machen. Deshalb hat sich die KfW Bankengruppe entschlossen, die Kommunalbefragung fortan jährlich durchzuführen und das Difu für die drei

Jahre 2010 bis 2012 mit der Durchführung zu beauftragen. Dieses neue KfW-Kommunalpanel wird einen wesentlichen, empirisch fundierten Beitrag zur Analyse der kommunalen Problem- und Handlungsfelder leisten. Dadurch kann die Suche nach Lösungen und Ansätzen, die die Nachhaltigkeit der kommunalen Aktivitäten sichern, unterstützt werden. Die Ergebnisse der nächsten Befragungsrunde sollen im Herbst 2010 veröffentlicht werden.

**Veröffentlichung:** KfW-Bankengruppe (Hrsg.) (Bearb.: Difu): KfW-Kommunalbefragung 2009, Frankfurt am Main 2010.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Finanzen und Investitionen finden Sie unter »Daten und Fakten«.

[Investitionsrückstand auf der kommunalen Ebene](#)



v.l.n.r.: Stefan Schneider, Jens Libbe, Tilman Bracher, Stefanie Hanke, Busso Grabow, Klaus J. Beckmann

→ Infrastrukturen – ein kommunales Thema von hoher Aktualität

Das Thema Infrastruktur – seit langem ein wichtiges Arbeitsfeld des Difu – erfährt in jüngerer Zeit erhöhte Aufmerksamkeit: Gerade die Weiterentwicklung kommunaler Infrastruktursysteme gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die Städte und ihre Infrastrukturbetreiber sehen sich vor zahlreichen ordnungspolitischen, materiellen, organisatorischen und technisch-betrieblichen Herausforderungen. Viele wichtige Infrastrukturmaßnahmen drängen, sind teilweise überfällig.

## Grundlegender Wandel der infrastrukturellen Rahmenbedingungen

→ Planungsunsicherheit durch veränderte Rahmenbedingungen

Konnten in der Vergangenheit städtebauliche und naturräumliche Gegebenheiten als für die Infrastrukturplanung relativ stabile Rahmenseetzungen betrachtet werden, hat sich dies im Zeitalter des globalen Klimawandels durchaus geändert. Hinzu kommt, dass der demografische Wandel in Verbindung mit abnehmendem Verbrauch und sich verändernder Nachfrage zu Anpassungsmaßnahmen zwingt – dies bei den technischen Anlagen und Netzen genauso wie bei den sozialen Versorgungsangeboten. Aus diesen Veränderungen resultieren erhebliche Unsicherheiten für die Planung.

Weitere Herausforderungen bestehen durch die Wettbewerbspolitiken der Europäischen Union

mit ihren verschärften Ausschreibungsregelungen. Zugleich wird die »Landschaft« der kommunalen Leistungserbringung zunehmend heterogener: unterschiedliche öffentliche oder auch öffentlich-private Kooperationsformen bestehen nebeneinander. Tendenzen einer Rekommunalisierung im Bereich der Stadtwerke stehen weitere Privatisierungen in anderen Sektoren – Beispiel: kommunale Krankenhäuser – gegenüber. Die Marktstrukturen verändern sich infolge von Konzentration und Kommerzialisierung auf der einen, durch räumliche Ausdifferenzierung der Angebote auf der anderen Seite.

Hinzu kommt, dass die Investitionsbedarfe auf zunehmend begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten treffen. Auch wenn gegenwärtig im Zuge des Konjunkturpakets II die Kommunen in die Lage versetzt werden, verstärkt Investitionen vor allem in die Bildung und die energetische Sanierung vorzunehmen, so bleibt doch der Investitionsrückstand in vielen Infrastrukturbereichen erheblich – und verschärft sich weiter, wie entsprechende Difu-Analysen belegen. Finanzielle Spielräume zu schaffen, wird zur Aufgabe eines »strategischen Investitionsmanagements«, bei dem der Lebenszyklusansatz, kostenminimierende Unterhaltungsstrategien, Modernisierungsstrategien sowie innovative Ansätze der Infrastrukturbereitstellung zu einem Instrumentarium vereint werden.



**Veröffentlichungen:** Die Zukunft der kommunalen Infrastrukturen. Themenheft (Verantwortlich: Jens Libbe), Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK), H. II/2008, Berlin 2009.

Grabow, Busso, Stefan Schneider und Antje Seidel-Schulze: PPP-Projekte in Deutschland 2009, Berlin 2009 (Difu-Sonderveröffentlichung).

## Infrastrukturdienstleistungen differenzieren sich aus

In allen Infrastrukturbereichen differenzieren sich gegenwärtig die Angebote und Bedarfe aus: kleinstmöglich, quantitativ und qualitativ. Nicht zuletzt neue technologische Lösungen bieten unübersehbare Chancen für die Neuauslegung vorhandener Infrastrukturen. Dies zeigt sich unter anderem im Bereich der Strom- und Wärmeversorgung. Dort werden regenerative Energiequellen und Energieeffizienz gleichermaßen durch entsprechende Programme gefördert. Infolge dieser technologischen Sprünge – dies wird immer deutlicher – sind Infrastrukturkonzepte, die auf großen Einheiten oder weitgehend uniformer Angebotsmenge und -qualität beruhen, nicht mehr hinreichend geeignet, die an sie gerichteten Anforderungen zu erfüllen. So wird beispielsweise für die Wärmeversorgung nicht mehr überall eine Gas- oder Fernwärmeleitung benötigt. Bei deutlich verringerten Raumwärmebedarfen werden stattdessen semi- und dezentrale Versorgungslösungen immer wichtiger. Ein anderes Beispiel sind Modelle für die Schulnetz- und Schulstandortentwicklung, die an die jeweilige Situation vor Ort angepasst sind – als Reaktion auf klein- und großräumige Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, etwa im ländlichen Raum.

Systemintegration, Fehlerfreundlichkeit (bei technischen Infrastrukturen) und Multifunktionalität (im Bereich der sozialen Infrastrukturen) lauten die Stichworte, mit denen gegenwärtig neuartige Versorgungskonzepte beschrieben werden. Der Trend hin zu eher dezentralen Anlagen, flexibleren Lösungen und damit gebäude- oder quartiersbezogener Bereitstellung und Vernetzung ist in allen Infrastrukturbereichen unübersehbar. Beispiele: Wärmeversorgung auf Einzelhaus- oder Blockebene, Nahwärmenetze für die Raumheizung, dezentrale Abwassersysteme, flexible Bedienformen des ÖPNV und Stärkung der Nahmobilität (Rad fahren, zu Fuß gehen), Einbindung der Schule im Stadtteil sowie Filialschulen und -arztpraxen.

Die stärkere Ausdifferenzierung der Formen der Leistungserbringung ist mit einer größeren Unübersichtlichkeit der Angebots-, Eigentums- und – technischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen – Regelungsformen verbunden. Zentralisierte Einheitslösungen sind immer weniger angemessen. Zentralisierung wie Dezentralisierung bedingen dabei teilweise auch einen »Pfadwechsel« in der

Bereitstellung der Infrastruktur, wobei die Situation häufig nicht eindeutig ist. Transformationsprozesse im Sinne ganz neuer Bereitstellungsformen sind teilweise ausgeprägt, wie im Beispiel der Energieversorgung; in anderen Fällen hingegen, etwa im Abwasserbereich, sind sie gegenwärtig nur punktuell festzustellen. Sie werden sich insbesondere in den technischen Infrastrukturen über Jahrzehnte hinweg vollziehen. Oft liegen die Lösungen zwischen dem tradierten System und (radikal) neuen Lösungen.

Neue Ver- und Entsorgungskonzepte untersucht das Difu seit einigen Jahren gemeinsam mit seinen wissenschaftlichen Partnern in der Forschungskooperation netWORKS. Im Projekt »Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft« konnte deutlich gemacht werden, dass Abwasser eine wertvolle Ressource ist, die erhebliche Möglichkeiten der Energierückgewinnung bietet. Durch entsprechende Infrastrukturplanung unter Nutzung neuartiger Sanitärsysteme lassen sich erhebliche Effizienzpotenziale heben. Ihren Niederschlag fanden diese Ergebnisse 2009 beispielsweise im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Hamburg. In einem vom Difu organisierten Labor unter dem Thema »Ressource Wasser: Klimaanpassung und Energieeffizienz« wurden siedlungswasserwirtschaftliche Lösungen für das geplante Stadtquartier »Klimahäuser Haulander Weg« entwickelt.

**Veröffentlichungen:** Internationale Bauausstellung Hamburg GmbH und Forschungsverbund netWORKS (Hrsg.): Ressource Wasser: Klimaanpassung und Energieeffizienz. Dokumentation der Fachtagung 5. und 6. November 2009, Hamburg und Berlin 2010.

Felmeden, Jörg, Thomas Kluge, Matthias Koziol, Jens Libbe, Bernhard Michel und Ulrich Scheele: Öko-Effizienz kommunaler Wasser-Infrastrukturen. Bilanzierung und Bewertung bestehender und alternativer Systeme, Berlin 2010 (netWORKS-Paper Nr. 26).

## Neue Orientierungen für den städtebaulichen Entwurf werden benötigt

In dem Themenfeld mit seiner hohen Dynamik besteht weiterer Untersuchungsbedarf hinsichtlich der Frage, wie eine Versorgung mit Infrastrukturdienstleistungen auf hohem Niveau, zu vertretbaren Kosten und unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Standards sichergestellt werden kann. Zu prüfen ist aber auch, über welche Gestaltungsmöglichkeiten gerade die Kommunen in Wahrnehmung ihrer Baulast- und Aufgabenträgerschaft bei der Erfüllung dieser Versorgungsdienstleistungen verfügen.

Vor diesem Hintergrund hat das Difu im Auftrag der Wüstenrot Stiftung 2009 ein Projekt zum Thema »Infrastruktur und Stadtentwicklung« durchgeführt und jene Determinanten, die absehbar die Bereitstellung technischer und sozialer Infra-

→ Trend hin zu dezentraleren und flexibleren Lösungen

→ Chancen durch neue technologische Lösungen

→ Die Herausforderung: Sicherstellung von Infrastrukturdienstleistungen auf hohem Niveau

→ Integrierte Betrachtung von Stadtentwicklung und Infrastruktur

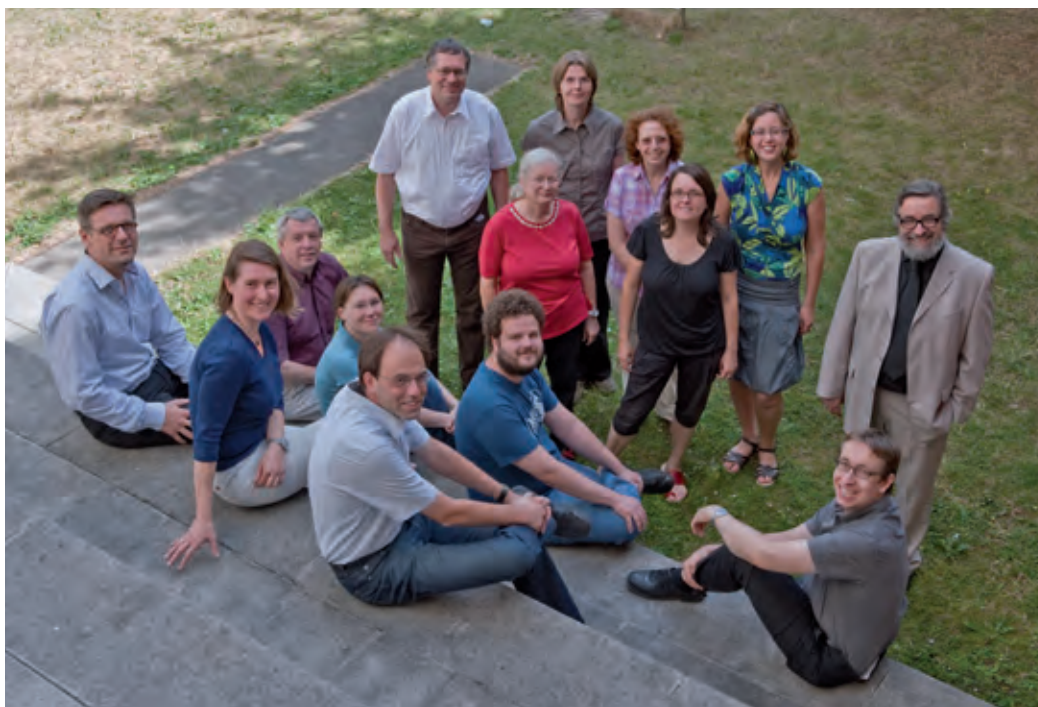
struktur verändern werden, erhoben. Herausforderungen für unterschiedliche Sektoren wurden dargelegt. In einer zweiten Phase wird dieses Projekt im Jahr 2010 fortgesetzt werden mit dem Ziel, quantitative und qualitative Orientierungswerte für den städtebaulichen Entwurf in unterschiedlichen Gebietstypen zu formulieren. Unterlegt wird diese Studie mit zahlreichen Fallbeispielen für neue infrastrukturelle Angebotsformen.

Wichtig wird es sein, dass die Kommunen ihrerseits Vorstellungen über ihre mittel- und langfristig gewünschten Infrastruktursysteme entwickeln und gemeinsam mit den Infrastrukturbetreibern abgestimmte Konzepte entwerfen. Für die Neuausrichtung der kommunalen Infrastrukturan-

bote bedarf es einer integrierten und reflexiven Planung – orientiert am Leitwert der Nachhaltigen Entwicklung im Sinne energieeffizienter, stoffstromarmer und sozial verantwortlicher Daseinsvorsorge. Die Kommunen auf diesem Weg zu unterstützen, ist die zentrale Aufgabe des Difu im Themenbereich für die kommenden Jahre.

**Veröffentlichung:** Libbe, Jens, und Hadia Köhler: Infrastruktur und Stadtentwicklung. Herausforderungen und Handlungsoptionen für technische und soziale Infrastrukturen sowie daraus resultierende Schlussfolgerungen für Infrastrukturplanung und städtebauliche Orientierungen. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Urbanistik und der Wüstenrot Stiftung, Berlin 2010 (Edition Difu – Stadt Forschung Praxis; im Erscheinen).

Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Vorträge des Difu zum Themenbereich Infrastruktur finden Sie unter »Daten und Fakten«.



v.l.n.r. (stehend): Tilman Bracher, Doris Becker, Simone Harms, Johanna Theunissen, Anne Klein-Hitpaß, Sara van Boeckhout, Klaus J. Beckmann

v.l.n.r. (sitzend): Wulf-Holger Arndt, Ulrike Schillemeit, Jörg Thiemann-Linden, Christina Berwind, Jürgen Gies, Tobias Mettenberger, Arne Koerdt,

Mobilität sichert ökonomischen Wohlstand und Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen, das heißt am kommunalen Leben. In den Städten ergeben sich gleichzeitig Synergien wie auch Konflikte aus Dichte, Mischung/Nähe und Vielfalt, mit all ihren Vor- und Nachteilen. Während die (Innen-)Städte in der Folge des Ausbaus von Straßen, Bahnanbindungen und Flughäfen immer besser erreichbar werden, beeinträchtigt der motorisierte Individualverkehr mit seinem Flächenbedarf, mit Lärm, Abgasen, Unfallgefahren, Trennwirkung und der Einschränkung der Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum die Lebensqualität vor Ort. Gleichzeitig steigt der Handlungsdruck im Klimaschutz und in der Klimafolgenbewältigung (vgl. hierzu auch Themenfeld »Kommunaler Umweltschutz«). Ohne einen stärkeren Beitrag des Verkehrs in den Kommunen wird es nicht gelingen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber dem Niveau von 1990 wesentlich zu reduzieren. Beiträge zur Flächensparsamkeit (vgl. hierzu auch »Nachhaltige Ressourcenwirtschaft« und »Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA«), zur Reduktion von NO<sub>x</sub>- und Partikelemissionen sind ebenso unverzichtbar.

## »Krise als Chance: Neue Prioritäten in der Verkehrspolitik«

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren vielfältigen ökonomischen Auswirkungen hat die Bundesregierung veranlasst, Konjunkturpakete zu verabschieden, die neben einer Nachfragestimulation ausgeprägte Investitionselemente enthalten. Der Frage, wie Investitionen in Verkehrsinfrastrukturen in langfristige Wachstumseffekte überführt werden können, ist das Difu – als Projektpartner des Instituts für Verkehrswirtschaft der Universität Köln sowie des Instituts für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung des Karlsruher Instituts für Technologie – im Projekt »Krise als Chance: Neue Prioritäten in der Verkehrspolitik« nachgegangen. Wesentlich erscheint eine Strategie der Priorisierung, die sowohl grundlegende Qualitätsverbesserungen im Gesamtverkehrssystem ermöglicht, als auch Chancen zu einer Neuorientierung des Verkehrssystems in Bezug auf Nachhaltigkeitsziele bietet. Die Projektergebnisse wurden in Empfehlungen an den Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zusammengefasst. Das Projekt wurde 2009 abgeschlossen.

## Planspiel »Interkommunale Verkehrs- entwicklungsplanung in der Region München«

Aufgrund der regionalen Verflechtungen lassen sich Stadt- und Verkehrsprobleme nicht mehr innerhalb der Kernstädte isoliert lösen. Die unterschiedlichen Kooperationsmodelle von Stadtregionen zur interkommunalen Verkehrsentwicklungsplanung waren Gegenstand eines Planspiels, welches im Auftrag der Landeshauptstadt München und in Kooperation mit der TU Hamburg-Harburg sowie der BMW Group in der Region München durchgeführt wurde. Im Rahmen dieses Planspiels konnte gezeigt werden, wie die gemeinsame Erarbeitung von Zielen, Maßnahmen und Szenarien der Verkehrsentwicklungsplanung durch Kernstadt und Umlandgemeinden möglich ist. Als förderlich für das Funktionieren der Kooperation hat sich die Gleichberechtigung unter den beteiligten Gemeinden und Akteuren erwiesen. Die im Planspiel praktizierte Verhandlung »auf gleicher Augenhöhe« schaffte Vertrauen und förderte die Kommunikation.

Die Ergebnisse des vom Difu moderierten Planspiels basieren auf den Ausarbeitungen der Planspieler und den Diskussionen in den Planspiel-Workshops. Diese wurden zusammengefasst und analysiert, um Erkenntnisse über den Planungsprozess zu gewinnen und Schlüsse für die reale Planungspraxis zu ziehen.

**Veröffentlichung:** Korte, Ludwig, und Michael Lehm-brock: Planspiel Interkommunale Verkehrsentwicklungsplanung in der Region München. Dokumentation, Berlin 2009 (Difu-Impulse, Bd. 5/2009).

## Projekt »Abschätzung und Bewertung der Verkehrs- und Kostenfolgen von Bebauungs- und Flächennutzungs- plänen für den ÖPNV«

Flächenwachstum und abnehmende Siedlungsdichte werden sich in vielen Regionen bei stagnierender und abnehmender Bevölkerung zukünftig kostensteigernd auf Bau, Unterhalt, Erhaltung und Betrieb von technischer und sozialer Infrastruktur auswirken. Im Forschungsprojekt »Verkehrs- und Kostenfolgen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen für den ÖPNV« des Forschungsprogramms Stadtverkehr, das gemeinsam mit dem Büro Planersocietät (Dortmund) bearbeitet und vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) betreut wird, entsteht ein praxisorientiertes Tool (vgl. Abb. S. 45). Mit ihm kann die kommunale Bauleitplanung die verkehrsinfrastrukturellen Folgekosten für Kommunen und Verkehrsunternehmen abschätzen – auf der gesamtgemeindlichen Ebene (Flächennutzungsplanung) wie der baugebietsbezogenen Ebene (Bebauungsplanung). Durch erhöhte Kostentransparenz sollen eine integrierte Verkehrs- und Siedlungs-

wicklung gefördert sowie ein Beitrag zu einer effizienten Siedlungsentwicklung geleistet werden. Dazu werden die Zusammenhänge zwischen der Bebauungs- und Siedlungsstruktur, dem infrastrukturellen Ausbaustandard und der Bedienungsqualität des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) abgebildet. Auf dieser Basis können die Kosten der infolge von Siedlungsentwicklung erforderlichen ÖPNV-Angebote ermittelt werden.

Die Ergebnisse dieses bis 2010 laufenden Vorhabens werden in Form eines Handlungsleitfadens zur Verfügung gestellt werden. Außerdem wird ein handhabbares, anwendergeeignetes Tool zur Abschätzung der verkehrsinfrastrukturellen Folgekosten für Kommunen und Aufgabenträger zum Download im Internet vorbereitet.

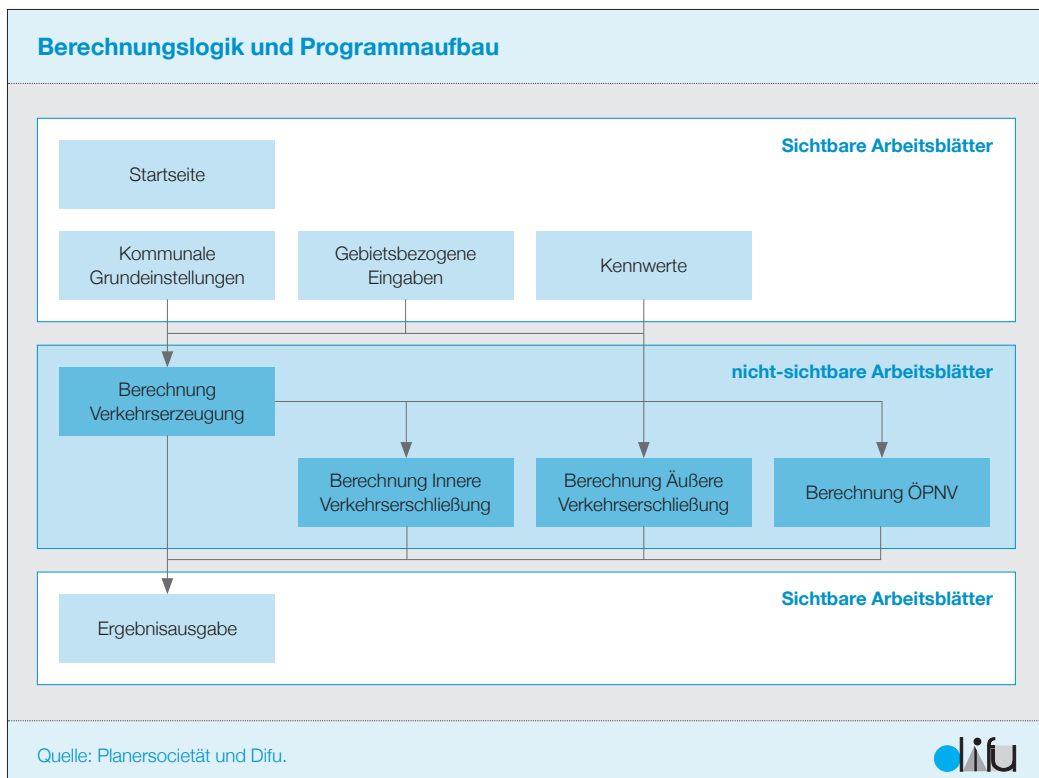
## AG Nahverkehrsplan

Als Rückgrat der städtischen Mobilität – und um die Abhängigkeit der Bevölkerung vom Besitz eines privaten Pkw aufzulösen – ist ein dichtes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln in den Mittel- und Großstädten unverzichtbar. Für die Kommunen gehört der ÖPNV zur »Daseinsvorsorge« und dient, wo er Automobilität erspart und mit schadstoffarmen Fahrzeugen betrieben wird, dem Umweltschutz. Obwohl in Deutschland bereits Mitte der 1990er-Jahre infolge von Bahnreform und Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs der »Nahverkehrsplan« als neues Instrument eingeführt wurde, ist der politische und rechtliche Rahmen der Nahverkehrsplanung nach wie vor nicht gefestigt.

Die konkrete Bestimmung der ausreichenden Verkehrsbedienung ist von den Aufgabenträgern des ÖPNV zu beschließen und im Nahverkehrsplan festzulegen. Unsicherheit besteht zum Beispiel in allen Fragen zur Regelung des »Wettbewerbs im ÖPNV«. Nicht nur auf europäischer Ebene ist das Was, Wann und Wie der Vergabe und Genehmigung von ÖPNV-Leistungen umstritten. Auch auf kommunaler Ebene bestehen häufig erhebliche Zielwidersprüche: zwischen den Anforderungen des Stadtkämmerers, den Verpflichtungen der Stadt als Eigentümer eines Verkehrsunternehmens und den Zielen der Verkehrsplanung. In einigen Bundesländern werden außerdem derzeit die ÖPNV-Gesetze und damit auch wesentliche Grundlagen der Nahverkehrsplanung überarbeitet.

Die vielfältigen Planungsansätze und Aufgabenzuschnitte der bisher erstellten Nahverkehrspläne zeigen: Der Erfahrungsaustausch über die Gemeindegrenzen und über die Verkehrsverbünde und Regionen hinweg ist noch nicht ausreichend. Im Rahmen der Arbeitsgruppe »Nahverkehrsplanung« der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) »ÖPNV-Aufgabenträger der kommunalen Spit-

→ Handlungsleitfaden  
und Tool für die Praxis  
in der Entwicklung



Systemstruktur des Werkzeugs zur Verkehrsfolgenabschätzung

zenverbände« wurde unter Mitwirkung des Difu ein Leitfaden zur Nahverkehrsplanung erarbeitet. Er soll den Akteuren in Politik und Planungspraxis in den Kommunen und Verkehrsunternehmen als Orientierungshilfe für die Erarbeitung und Fortschreibung ihrer Nahverkehrspläne dienen. In der Arbeitsgruppe, die den Leitfaden bearbeitet, wurden die unterschiedlichen Ausgangslagen und Anforderungen ländlicher und urbaner Räume zusammengeführt, so dass mit dem Leitfaden nun allgemein gültige Schlussfolgerungen für eine problemadäquate Ausgestaltung der Nahverkehrsplanung abgeleitet werden können.

**Veröffentlichung:** Bundesarbeitsgemeinschaft ÖPNV der kommunalen Spitzenverbände (Hrsg.): Leitfaden Nahverkehrsplanung – eine Orientierungshilfe für Planungspraktiker und Entscheidungsträger – Stand Juni 2009, erarbeitet von der AG 1 (Nahverkehrsplanung) der Bundesarbeitsgemeinschaft ÖPNV der kommunalen Spitzenverbände.

### Einfaches und wirtschaftliches Parkraummanagement

Die Bewirtschaftung von Stellplätzen im öffentlichen und privaten Raum ist als kleinräumiges und über die Parkgebühr selektiv wirkendes Steuerungsinstrument der Verkehrsplanung anerkannt. Bewirtschaftung der Straßenparkplätze und Begrenzung des privaten Stellplatzbaus haben mehrere Ziele: den Autoverkehr in ausgewählten Stadtquartieren verringern, den Berufspendelverkehr in die Innenstadt eindämmen, die Erreichbarkeit für Kunden und Besucher in ausgewählten Situationen verbessern.

Das Berliner Mischprinzip (Parkautomat mit Vignetten für Bewohner/Betriebe) ist in ganz Deutschland verbreitet und spielt in der Berliner Stadt- und Verkehrsplanung eine große Rolle, lässt sich jedoch oft nur schwer umsetzen. »Parken« ist ein sehr mit Konflikten beladenes und teilweise auch in der politischen Auseinandersetzung emotionalisiertes Dauerthema. Vor diesem Hintergrund wurde am Beispiel »Parkraummanagement in Berlin« im Rahmen von Planspielen demonstriert, wie typische Hemmnisse beseitigt werden können und welchen Beitrag weiterentwickelte oder neue Maßnahmen zur Lösung städtischer Verkehrsprobleme leisten können. Das Vorhaben wurde vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) im Rahmen der Initiative Mobilität 21 gefördert und vom Difu gemeinsam mit der VMZ Berlin Betreibergesellschaft mbH, der LK Argus GmbH und dem Bezirksamt Mitte von Berlin durchgeführt. Die Projektergebnisse beziehen sich einerseits auf methodische Grundlagen – Ermittlung der Hemmungsfaktoren, Identifizierung der Verkehrs- und Umweltfolgen von Stellplatzbau – und auf Verfahren der Verwaltungsorganisation (Planspiele), andererseits folgen aus ihnen praxisorientierte Hinweise zur Gestaltung und Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung wie Zonenbeschilderung und Vignettenvergabe. Sie wurden in einem abschließenden Workshop vorgestellt und diskutiert. Einer der beteiligten Bezirke hat seine Pläne zur Parkraumbewirtschaftung in der Folge konkretisiert und setzt diese nun um.

**Veröffentlichung:** Lehmbruck, Michael, und andere: Einfaches und wirtschaftliches Parkraummanagement. Eine Fallstudie in Berlin, Berlin 2010 (Difu-Impulse Bd. 2/2010).

→ Neue Erkenntnisse durch Planspiele

## Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans

Aus sozialen Gründen, aber auch solchen des Klimaschutzes, der Gesundheit (»aktive Bewegung«), des Umweltschutzes (kein Lärm, kaum Ressourcenverbrauch) und der städtebaulichen Verträglichkeit gilt es, das Potenzial des Radverkehrs auszuschöpfen und damit die vom Kfz-Verkehr ausgehenden Belastungen einzudämmen. Radfahren ist die nach dem Zufußgehen nächstliegende Möglichkeit, in städtischen Gebieten mobil zu sein. Umgesetzt werden muss eine radverkehrsfriendly Politik vor allem auf der kommunalen Ebene; sie obliegt aber auch den Ländern und dem Bund in deren Funktion als Gesetzgeber und Träger von Bundes- und Landesstraßen sowie den Verbänden und Unternehmen. Planung und Umsetzung der mit der Radverkehrsförderung verbundenen Aufgaben erfordern einen fundierten fachlichen Hintergrund. Dieser spielte bisher in der Ausbildung der mit der Radverkehrsplanung betrauten Berufsgruppen nur eine untergeordnete Rolle. In diesem Kontext unterstützt das Difu mit Förderung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans 2002 bis 2012.

→ Informationsaustausch auf nationaler und internationaler Ebene

→ Fahrradportal

In Kooperation mit dem Bund-Länder-Arbeitskreis »Fahrradverkehr«, der unter anderem um die kommunalen Spitzenverbände erweitert wurde, organisiert das Difu seit 2004 ein Internetportal [www.nationaler-radverkehrsplan.de](http://www.nationaler-radverkehrsplan.de) für Koordination und Wissensaustausch. Das »Fahrradportal« bietet eine Informations- und Kommunikationsplattform, fachliche Dokumente, wissenschaftliche Ergebnisse, Diskussionsforen, Termine, Neuigkeiten und Internetlinks für die Arbeitsebene des Bund-Länder-Arbeitskreises Fahrradverkehr sowie für weitere nationale Gremien (Arbeitskreise). Ziel ist es, über den Fortgang der Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans zu berichten und Rechtsvorschriften, Forschungsergebnisse, Veranstaltungen, Literatur, Statistiken und gute Beispiele zu dokumentieren. Zum Ende 2009 umfasste das Portal für die Fachöffentlichkeit (frei zugänglich) unter anderem 1 567 fachliche »Neuigkeiten«, 129 Praxisbeispiele, 831 Einträge in die Literaturlinkdatenbank sowie ein internationales Linkverzeichnis. Seit Beginn im Jahr 2004 wurden 282 Termine (Veranstaltungen, Wettbewerbe und Aktionen) angekündigt.

→ Fahrradakademie

Mit der »Fahrradakademie« bietet das Difu den Kommunen seit Juli 2007 ein umfangreiches Fortbildungsangebot zu Infrastrukturthemen, Kommunikationsmaßnahmen und zur StVO-Novelle (siehe auch unter C »Fortbildung« sowie unter G »Daten und Fakten«). In den ersten drei Jahren (2007–10) wurden 3 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in 76 Seminaren, Workshops, Konferenzen, Fachexkursionen an 38 Orten erreicht. Durch die jährliche Fahrradkommunalkonferenz

(2009 in Potsdam) und die Koordinierungsgruppe Radverkehr der kommunalen Spitzenverbände (Koko-Rad) werden Städte, Gemeinden und Landkreise mit dem Ziel eines effektiven Erfahrungsaustauschs und einer fundierten Meinungsbildung vernetzt. Die »Fahrradakademie« bietet somit Fortbildung, Motivation und Vernetzung der Akteure des Radverkehrs. Sie wird unterstützt vom Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie dem Deutschen Landkreistag.

Durch die Projekte des Nationalen Radverkehrsplans besteht ein umfassender Wissensfundus zur Förderung des Radverkehrs im Kontext nachhaltiger Stadtentwicklung, wie er international weitgehend unbekannt ist. Um in der Folge der Leipzig-Charta des EU-Ministerrats auch den Informationsaustausch zur Förderung des Radverkehrs auf der nationalen und internationalen Ebene voranzubringen und damit einen wesentlichen Impuls zur stärkeren Fahrradnutzung zu leisten, werden laufend Präsentationsunterlagen und Wissensdokumente erarbeitet. In den Reihen »Cycling Expertise« (auf Englisch) und »Forschung Radverkehr« (auf Deutsch) werden wesentliche Inhalte des Nationalen Radverkehrsplans, der technischen Regelwerke zum Radverkehr und der Praxis nach Einzelthemen strukturiert und in jeweils vierseitigen Veröffentlichungen ab dem Jahr 2010 vertrieben.

**Veröffentlichungen:** [www.nationaler-radverkehrsplan.de](http://www.nationaler-radverkehrsplan.de).  
Newsletter Fahrradportal – News Nr. 01/2009-24/2009.

## Öffentliche Fahrradverleihsysteme, Wettbewerb und Forschungsassistenz

Einen regelrechten Boom erleben derzeit in Kommunen weltweit moderne öffentliche Fahrradverleihsysteme. Dies bedeutet Veränderungen des Stadtbilds und der städtischen Mobilität – die »Velourution« in Paris oder Barcelona und London seien beispielhaft genannt. In Deutschland soll nun in einem Modellversuch geprüft werden, wie Leihradssysteme mit dem öffentlichen Verkehr (ÖV) verknüpft bzw. Fahrrad und öffentliches Nahverkehrssystem integriert werden können, um so ein qualitativ neues Verkehrsangebot zu schaffen. Im Verbund von Fahrrad und ÖV sollen ein hochwertiges und auf andere Städte und Gemeinden übertragbares Verkehrsangebot geschaffen, ein fahrradfreundliches Klima erreicht, die Verfügbarkeit von öffentlichen Fahrrädern aufgebaut und der motorisierte Individualverkehr reduziert werden.

Der im April 2009 vom BMVBS ausgelobte Wettbewerb »Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme – Neue Mobilität in Städten« wurde vom Difu inhaltlich und organisatorisch – gemeinsam mit dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt



Öffentliche Leihfahrräder  
in Barcelona.  
Foto: Tilman Bracher.

und Energie (WI) – vorbereitet. Die Kommunen waren aufgerufen, Ideen und Lösungsansätze zu entwickeln, wie ein solches öffentliches Fahrradverleihsystem im Verbund mit dem öffentlichen Verkehr aussehen könnte. Im Zeitraum von Oktober 2009 bis Ende 2012 werden zehn Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die ausgewählten Modellregionen sind Mainz, Nürnberg, Saarbrücken, Dresden, Kassel, der Landkreis Ostvorpommern, die Metropolregion Ruhr und Stuttgart sowie zusätzlich der Landkreis Grafschaft Bentheim.

Da bei der Verknüpfung des öffentlichen Verkehrs mit einem Fahrradverleihsystem sowie dessen tariflicher Integration verkehrspolitisches Neuland betreten wird, werden die ab 2010 in Betrieb ge-

henden Modellvorhaben wissenschaftlich evaluiert. Im Rahmen des Forschungsprogramms »Experimenteller Wohnungs- und Städtebau« (ExWoSt) wurden das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie und das Difu mit der Forschungsassistenz beauftragt.

**Veröffentlichungen:** Reutter, Oscar, Thorsten Koska, Tilman Bracher, Doris Reichel und andere: Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme. Neue Mobilität in Städten, Hrsg.: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Im Erscheinen).

<http://www.nationaler-radverkehrsplan.de/fahradverleihsysteme/>

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Mobilität finden Sie unter »Daten und Fakten«.

v.l.n.r.: Sigrid Künzel,  
Franziska Kausch,  
Andrea Wagner, Vera Lorke,  
Cornelia Rösler



Auch wenn die beherrschenden Themen des Jahres 2009 zweifellos die Wirtschafts- und Finanzkrise waren, hat dies den Stellenwert und die Notwendigkeit eines nachhaltigen Umgangs mit unserer Umwelt nicht beeinträchtigt. Zunehmend wächst auch die Erkenntnis, dass Investitionen in den Umweltschutz nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll sind. Beispiele hierfür sind Vorsorge durch Klimaanpassungsstrategien, Effizienzsteigerungen und Kostenreduzierung durch Energiemanagement, Rückführung von Stoffströmen oder Flächenmanagement. Gerade angesichts der angespannten finanziellen Situation, in der sich viele Kommunen befinden, ist dies ein wichtiger Grund, Umweltthemen auch weiterhin fest im Blick zu behalten und kommunale Projekte voranzubringen. Dabei ist das Aufgabenspektrum im kommunalen Umweltschutz weit gefächert. Neben Planungs- und Ordnungsaufgaben sind vermehrt langfristig orientierte Strategien im Sinne von Nachhaltigkeit und Daseinsvorsorge gefragt. Nur so können die Ziele der Gefahrenabwehr und des vorsorgenden Handelns gleichermaßen berücksichtigt werden.

## Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Durch Extremwetterereignisse – wie die Hitzesommer des vergangenen Jahrzehnts, die für Re-

kordtemperaturen in den Städten sorgten, oder Extremniederschläge, die in einigen Städten Überflutungen hervorgerufen haben – sind die Folgen des Klimawandels stärker als bisher in das Bewusstsein der Bevölkerung und in den Fokus der kommunalen Verantwortlichkeiten gerückt. Immer mehr Kommunen beginnen damit, sich mit Fragen der Klimaanpassung zu beschäftigen. Insbesondere die großen Städte und Ballungszentren stehen vor großen Herausforderungen, da manche Folgen des Klimawandels hier deutlicher zu spüren sind. Bereits heute liegen die durchschnittlichen Temperaturen in städtischen Gebieten mit hoher Bevölkerungs- und Bebauungsdichte höher als im Umland. Auch sind die Auswirkungen von zunehmenden Starkregenereignissen in dicht bebauten Gebieten oftmals gravierender und die Schäden meist höher als außerhalb der Städte. Aus diesen Gründen müssen sich Städte und Ballungszentren verstärkt auf die Anpassung an die Folgen des Klimawandels einstellen.

Um die Städte bei diesen neuen Herausforderungen zu unterstützen, hat das Difu 2009 gemeinsam mit der Abteilung für angewandte Klimatologie und Landschaftsökologie der Universität Duisburg-Essen und dem Forschungsinstitut für Wasser und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen (FiW e.V.) und unter Federführung des Regionalverbands Ruhr einen Leitfaden entwickelt. Mit dem beispielhaft auf das Ruhrgebiet zugeschnitte-

→ Leitfaden zum Klimawandel für die Kommunen

→ Neue Herausforderungen durch den Klimawandel



nen »Handbuch Stadtklima« sollen vor allem die kommunalen Umwelt- und Planungsämter darin unterstützt werden, Problemfelder zu identifizieren, die sich aus den zu erwartenden klimatischen Änderungen ergeben. Überdies soll gezeigt werden, wie Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Städten und Ballungsräumen konkret aussehen können. Auftraggeber des Handbuchs ist das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNLV).

Das Handbuch wurde zunächst auf theoretischer Ebene erarbeitet und anschließend mit den zwei Modellstädten Bottrop und Dortmund im Rahmen von Werkstätten mit Beteiligung unterschiedlicher Fachressorts erprobt. In der Runde der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Modellstädten wurde die Anwendbarkeit der im Handbuch aufgeführten Maßnahmen auf die jeweilige Kommune diskutiert und geprüft. Ergebnisse und Anregungen aus dem Praxistest sowie aus zusätzlichen Telefoninterviews in anderen Städten wurden in das Handbuch integriert. Somit konnten wertvolle Hinweise aus der kommunalen Praxis in die jeweiligen Kapitel einfließen. Das Handbuch zeigt zahlreiche konkrete Lösungsmöglichkeiten und ist damit ein Werkzeugkasten, der wichtige Instrumente für eine klimawandelgerechte Stadtplanung und -entwicklung enthält. Es unterstützt damit nicht nur Ruhrgebietsstädte, sondern zeigt generell Wege zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels für dicht bebaute und besiedelte Städte und Ballungsräume auf.

**Veröffentlichung:** Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Handbuch Stadtklima, Maßnahmen und Handlungskonzepte für Städte und Ballungsräume zur Anpassung an den Klimawandel, Bearbeitung durch: Dr. Monika Steinrücke, Regionalverband Ruhr, Dr. Dirk Düttemeyer, Abt. Angewandte Klimatologie und Landschaftsökologie der Universität Duisburg-Essen, Jens Hasse, Forschungsinstitut für Wasser- und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen, Cornelia Rösler und Vera Lorke, Deutsches Institut für Urbanistik, Düsseldorf 2010.

## Kommunales Energiemanagement

Das kommunale Energiemanagement, das vor allem in den frühen 1990er-Jahren in vielen großen Kommunalverwaltungen eingeführt wurde, war von Anfang an darauf ausgerichtet, den Energieverbrauch und die damit verbundenen Kosten zu reduzieren. Durch ein effizientes Energiemanagement, in dessen Fokus der sparsame und nutzerfreundliche Einsatz von Wärme, Kälte, Strom und auch Wasser steht, kann ein hohes Kosteneinsparungspotenzial erschlossen werden.

Um den fachlichen Austausch von kommunalen Energiebeauftragten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Energiemanagements zu fördern



→ Praxistest für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel

Foto eines Workshops im Rahmen des 14. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten  
Foto: Cornelia Rösler.

und zu unterstützen, richtet das Difu gemeinsam mit einer Gastgeberstadt, dem Arbeitskreis »Energieeinsparung« des Deutschen Städtetages und den kommunalen Spitzenverbänden seit 1995 jährlich den Deutschen Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten aus. Mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Kommunen der gesamten Bundesrepublik und 20 unterschiedlichen Workshops dient der Kongress zugleich der Fortbildung, dem Informationstransfer und dem Erfahrungsaustausch der Praktikerinnen und Praktiker aus den Kommunen.

Der 14. Deutsche Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten fand am 27. und 28. April 2009 in Münster mit über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt, sein Themenschwerpunkt: »Kooperationen im kommunalen Energiemanagement«. Geboten wurden umfangreiche Informationen, Erfahrungsaustausch und Diskussionen über aktuelle Rahmenbedingungen, Maßnahmen und Projekte des kommunalen Energiemanagements. Auf dem Fachkongress wurden auch zu weiteren bedeutenden Themen des kommunalen Energiemanagements neue Verfahren, Ansätze und Beispiele aus der Praxis der Energiebeauftragten im Rahmen der Workshops vorgestellt und diskutiert: Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Kommunales Energiemanagement in kleinen und mittleren Kommunen, Energie im Gebäudemanagement, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.

→ 14. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

→ Gründe für ein Energiemanagement in Kommunen

**Veröffentlichung:** Cornelia Rösler (Hrsg.): Kooperationen im kommunalen Energiemanagement. Dokumentation des 14. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten am 27./28. April 2009 in Münster, Berlin 2010 (Difu-Impulse, Bd. 1/2010).

## Nutzung erneuerbarer Energien durch Kommunen

→ Notwendigkeit des Einsatzes erneuerbarer Energien in Kommunen

Entwicklungen und Einsatz von erneuerbaren Energien unterliegen zurzeit einer großen Dynamik. Eine Ursache dafür besteht zum einen im Klimawandel, der spätestens seit dem Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) im Jahr 2007 erneut die Aufmerksamkeit auf die herausragende Bedeutung des Klimaschutzes gelenkt hat. Wichtige Beweggründe sind zum anderen die weiterhin steigenden Preise für Strom, Gas und Öl sowie die damit verbundene Notwendigkeit der Energieeinsparung und der möglichst effizienten Nutzung der Energieressourcen sowie die Substitution fossiler Energieträger. In vielen Städten konnte bereits in den vergangenen Jahren durch kommunales Energiemanagement nachweislich der Einsatz von Wärme, Strom und Gas kontinuierlich reduziert und damit die kommunalen Haushalte entlastet werden. Zugleich wurden dadurch Ressourcen geschont und die Luftbelastung sowie der Ausstoß von Treibhausgasen vermindert, so dass ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden konnte. Dies allein reicht jedoch zur notwendigen Reduzierung der Treibhausgasemissionen nicht aus. Daher werden in den Kommunen verstärkt auch erneuerbare Energien eingesetzt.

→ Praxisleitfaden zu erneuerbaren Energien in Kommunen

→ Erneuerbare Energien: Eine Chance für Kommunen

Die Kommunen übernehmen dabei nicht nur die Rolle als Moderatorin für private Klimaschutz-Investitionen, sie verfügen selbst über ein großes Potenzial für den Einsatz erneuerbarer Energieträger. Zu denken ist hier beispielsweise an die

Nutzung einer Vielzahl von Gebäudedächern kommunaler Liegenschaften für die Solarenergie oder auch an Möglichkeiten, die sich aus der Verwertung von Biomasse ergeben. Grundsätzlich besteht Einigkeit darin, dass der Einsatz erneuerbarer Energien verstärkt werden muss. Die Vorteile wurden von den Kommunen längst erkannt: Versorgungssicherheit, hoher Imagegewinn und Beschäftigungseffekte vor allem für das lokale Handwerk. Da die Nutzung erneuerbarer Energien meist durch dezentrale Anlagen erfolgt, bietet sich hier zudem die Chance einer Erneuerung bzw. Stärkung der kommunalen Rolle in der Energieversorgung, und zugleich eröffnet sich ein großes Potenzial an Kooperationen, das es noch auszuschöpfen gilt. Hierbei sind die Stadtwerke ebenso gefordert wie die Kommunalverwaltungen, gemeinsame – auch regionale – Strategien zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund hat das Difu im Rahmen eines vom Umweltbundesamt geförderten Projekts die Möglichkeiten der Kommunen zur Nutzung erneuerbarer Energien untersucht und in einem Praxisleitfaden dargestellt. Im Vordergrund standen dabei weniger Fragen der Plausibilität, als vielmehr konkrete Fragen der Realisierung. Daher wurden neben den erforderlichen Grundlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien erfolgreich realisierte Praxisprojekte recherchiert, ausgewertet und dokumentiert, die andere Kommunen zur Nachahmung anregen können. Zu untersuchen war ebenso, welche Hemmnisse den kommunalen Handlungsspielraum einschränken und damit einer Ausweitung der Nutzung von erneuerbaren Energieträgern entgegenstehen könnten. Zugleich wurden Potenziale identifiziert, wie beispielsweise in Kooperation mit unterschiedlichen Partnern eine gemeinsame Realisierung von Projekten erzielt werden kann. Die Ergebnisse des Projekts wurden so aufbereitet, dass sie den verantwortlichen Stellen in den Kommunen (Politik und Verwaltung) als praxisnahe Arbeitshilfe dienen können: Sie erleichtern die Suche nach geeigneten Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energien, tragen zur Entscheidungsfindung bei der Wahl der geeigneten Maßnahmen bei und motivieren mit anschaulichen Beispielen zu eigenem Handeln.

**Veröffentlichung:** Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Nutzung erneuerbarer Energien durch die Kommunen. Ein Praxisleitfaden, Autorinnen: Vera Lorke und Cornelia Rösler, Köln 2010.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Umwelt finden Sie unter »Daten und Fakten«.



Im Aufwind: Windenergie  
Foto: Cornelia Rösler.

# Kommunaler Umweltschutz

## Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz



v.l.n.r.: Anna Hogrewe-Fuchs, Vera Lorke, Maic Verbücheln, Cornelia Rösler, Sigrid Künzel, Ulrike Vorwerk

Kommunen spielen eine bedeutende Rolle, um einen wirkungsvollen Klimaschutz in Deutschland zu erreichen. Zwar tragen sie aufgrund ihrer hohen Nutzungsvielfalt zur Entstehung schädlicher Emissionen bei, durch vielfältige Maßnahmen sorgen sie jedoch auch in erheblichem Maße für deren Vermeidung oder Verringerung. Kommunen gehören daher zu den wichtigsten Zielgruppen der Nationalen Klimaschutzinitiative, mit der das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) durch die Steigerung von Energieeffizienz und die Nutzung regenerativer Energien Potenziale für den Klimaschutz kostengünstig realisieren will. Zusätzlich sollen innovative Ideen und zukunftsweisende Klimaschutztechnologien durch Modellprojekte unterstützt werden und zur Nachahmung anregen. Um den Kommunen eine Ansprechpartnerin zur Seite zu stellen, die speziell auf ihre Fragen und Bedürfnisse bei der Erreichung dieser Ziele eingeht, wurde mit Unterstützung des BMU im Sommer 2008 beim Difu die »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« eingerichtet. Sie arbeitet bundesweit und widmet sich folgenden Aufgaben:

- Öffentlichkeitsarbeit zum BMU-Förderprogramm,
- Vorbereitung und Durchführung der Wettbewerbe »Kommunaler Klimaschutz«,
- Beratungs- und Serviceleistungen zum kommunalen Klimaschutz.

### Beratung zum Klimaschutz

Mit der »Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative« hat das BMU ein speziell auf die Bedürfnisse von Kommunen ausgerichtetes Förderprogramm aufgelegt. Gefördert werden die Erstellung von Klimaschutzkonzepten und die begleitende Beratung bei deren Umsetzung, die Anwendung klimaschützender Technologien mit vergleichsweise geringer Wirtschaftlichkeitsschwelle sowie Modellprojekte zum Klimaschutz.

Bis Ende 2009 hat die »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« über 2 200 Beratungen durchgeführt. Die konstant hohe Nachfrage nach Beratungsleistungen, aber auch die Tatsache, dass Intensität und Dauer der einzelnen Beratungen zugenommen haben, zeigt, dass hier mit der Servicestelle eine Einrichtung geschaffen wurde, die sich optimal an den Bedürfnissen der Kommunen ausrichtet.

Um das BMU-Programm in der (Fach-)Öffentlichkeit noch weiter bekannt zu machen, hat die »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« im Jahr 2009 unterschiedliche Veranstaltungen angeboten und das Förderprogramm auf zahlreichen Tagungen und Kongressen in ganz Deutschland vorgestellt.

→ Beratungsangebot zum Klimaschutz intensiv genutzt

## Wettbewerb »Kommunaler Klimaschutz«

Womit kann man besser auf vorbildlichen Klimaschutz aufmerksam machen als mit guten Beispielen? 2009 hat die Servicestelle in Kooperation mit dem BMU und den kommunalen Spitzenverbänden den ersten Wettbewerb »Kommunaler Klimaschutz« ausgerichtet. Teilnehmen konnten Kommunen und Regionen aus ganz Deutschland, die mit erfolgreich realisierten Maßnahmen, Strategien oder Aktionen in besonderem Maße dazu beigetragen haben, Treibhausgase zu reduzieren. In jeder dieser drei Kategorien prämierte die Jury, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des BMU, der kommunalen Spitzenverbände und des Umweltbundesamtes (UBA), drei gleichwertige Gewinner aus insgesamt 221 Bewerbungen. Als Preisgeld standen insgesamt 240 000 Euro zur Verfügung, die wieder in Klimaschutzprojekte investiert werden müssen.

## Informationen rund um den kommunalen Klimaschutz

Mit der Einrichtung der Servicestelle steht auch ein speziell auf Kommunen ausgerichtetes Internetangebot zur Verfügung. Neben einer Vielzahl vertiefender Informationen zum Förderprogramm finden Interessierte hier auch Hinweise zu Veranstaltungen sowie weitere Informationen rund um den kommunalen Klimaschutz.

**Veröffentlichung:** Deutsches Institut für Urbanistik, Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz (Hrsg.): Kommunaler Klimaschutz 2009. Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte (Bearb.: Anna Hogrewe-Fuchs, Ulrike Vorwerk), Köln 2010.

Veranstaltungen und Vorträge der »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« finden Sie unter »Daten und Fakten«.



v.l.n.r.: Maic Verbücheln,  
Andrea Wagner, Sigrid Künzel

Die Bedeutung des Forschungsgebietes der nachhaltigen Ressourcenwirtschaft ergibt sich aus ökologischen wie ökonomischen Gründen. Einerseits gehen nicht unerhebliche negative Auswirkungen auf die Umwelt von der Ressourceninanspruchnahme aus, andererseits können durch die Einsparung von primären Rohstoffen (Material und Energie) und die Optimierung der Flächennutzung Erlöse erzielt bzw. Kosten minimiert werden.

Kommunen haben die Möglichkeit, durch geeignete Maßnahmen in den Bereichen Stoffstrommanagement, Abfallwirtschaft, Flächenmanagement und Flächenkreislaufwirtschaft einen wichtigen ökologischen und ökonomischen Beitrag zu leisten. Beispielhaft zu nennen sind hier die Rückführung von Sekundärmaterialien (Siedlungs-, Bauabfälle) in den Wirtschaftskreislauf, die Nutzung von Sekundärbrennstoffen bei der Energieversorgung oder die Minimierung und Optimierung der Flächeninanspruchnahme.

## Kommunen als Stoffstrommanager

Die umweltschonende Entsorgung von Abfällen wird zunehmend nicht mehr als alleiniges originäres Ziel der Abfallwirtschaft postuliert. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen wird die Abfallwirtschaft immer stärker im Kontext der Rückführung von Abfallstoffen in den Wirtschafts-

kreislauf betrachtet. Abfall – und hier besonders ausgewählte Fraktionen – wird somit zunehmend als »primäre« Ressource angesehen. Im Rahmen dieser Entwicklung gelangt das Instrument des (regionalen) Stoffstrommanagements stärker in den Fokus der abfallwirtschaftlichen Betrachtungen.

Die Änderung der Abfallwirtschaft hin zu einer Ressourcenwirtschaft ist mit neuen Herausforderungen für die kommunale Handlungsebene verbunden. Im Vordergrund stehen folgende Fragen:

- Welche Verantwortung besitzt die Kommune für das Stoffstrommanagement?
- Welche Steuerungsmöglichkeiten existieren oder können entwickelt werden?
- Welche Ziele müssen aus ökologischer und ökonomischer Sicht verfolgt werden?
- Wie können Win-Win-Situationen bei der Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Herstellern, Rücknahmesystemen und privater Abfallwirtschaft erreicht werden?
- Wie kann der kommunale Verantwortungsbereich an den Schnittstellen mit Herstellern, Rücknahmesystemen und privater Abfallwirtschaft abgegrenzt werden?
- Welche direkten und indirekten Einflussmöglichkeiten hat die Kommune?

Diese und weitere Fragen aus den Perspektiven der verschiedenen Akteure wurden im Jahr 2009

→ Zunehmende Bedeutung  
des Abfalls als Ressource

In Sammelboxen eingesam-  
melte Gasentladungslampen  
aus Haushalten  
(Quelle: Stadt Krefeld).



auf einem Difu-Seminar beantwortet. Vorhandene Ansätze und Erfahrungen wurden ebenso diskutiert wie Potenziale und Entwicklungstrends.

**Difu-Veranstaltung:** »Kommunen als Stoffstrommanager – die Abfallwirtschaft auf neuen Wegen«, gemeinsames Seminar der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und des Deutschen Instituts für Urbanistik am 7.–8. Mai 2009 in Köln. Seminarleitung: Maic Verbücheln (Difu) und Otto Huter (DST).

### Optimierung des Rücklaufs von Gasentladungslampen

Ökologische und ökonomische Aspekte spielen auch bei der Optimierung der Sammlung von Gasentladungslampen (z. B. Energiespar- oder Leuchtstofflampen, bedingt durch ihren umwelt- und gesundheitsschädlichen Inhaltsstoff Quecksilber) eine wichtige Rolle. Für die Sammlung der Gasentladungslampen aus Haushalten sind die Kommunen z. B. über Wertstoffhöfe verantwortlich. Bürgerinnen und Bürger haben zudem die Möglichkeit, bei Vertragssammelstellen ausgewählter Händler Altlampen abzugeben. In der Vergangenheit zeigte sich jedoch deutlich, dass die ordnungsgemäß eingesammelte Menge von Gasentladungslampen noch verbessert werden könnte und sollte. Für das Jahr 2008 wurde in Deutschland eine Sammelquote von weniger als 40 Prozent des Aufkommens ermittelt.

Der Rücklauf aus Haushalten wird als besonders niedrig eingeschätzt. Energiesparlampen werden in Haushalten erst seit kurzer Zeit genutzt. Somit stellen sie für die Verbraucherinnen und Verbraucher einen relativ neuen Stoffstrom dar, wodurch im Hinblick auf ihre fachgerechte Entsorgung mitunter noch erhebliche Informationsdefizite beste-

hen. Problematisch ist auch die so genannte Tonnengängigkeit von Energiesparlampen (falsche Entsorgung über die Restmülltonne aus Bequemlichkeit). Mit der Einführung des »Glühlampenverbots« ist klar, dass das Aufkommen dieses Stoffstroms jedoch weiter steigen wird.

Vor diesem Hintergrund hat das Difu im Auftrag verschiedener Kommunen und des Rücknahmesystems der Hersteller »Lightcycle« die Rückläufe von Gasentladungslampen mittels einer Statusquo-Analyse in verschiedenen Kommunen (Hamburg, München, Stuttgart etc.) untersucht und Optimierungsvorschläge zur Erhöhung des Rücklaufs erarbeitet. Als Ergebnis wurde ein Modell entwickelt, mit dem Kommunen eine gasentladungslampenspezifische Stoffstromanalyse durchführen können. Zusätzlich wurde eine Sammlung von »Good practice«-Beispielen erstellt. Die Analyse ergab außerdem, dass für einen verbesserten Rücklauf die Aktionsbereiche Informationsbereitstellung, Infrastruktur und Anreize eine besonders große Bedeutung einnehmen.

**Veröffentlichung:** Verbücheln, Maic: Optimierung von Stoffströmen – am Beispiel von Gasentladungslampen, Köln 2009 (Difu-Impulse, Bd. 6/2009).

### Validierung der abfallwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in NRW

Das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNLV) hat im Jahr 2009 erstmals den Entwurf eines Abfallwirtschaftsplans – Teilplan Siedlungsabfälle (AWP) vorgelegt. Im AWP werden wichtige Rahmenbedingungen der Abfallwirtschaft in NRW formuliert. Insgesamt



Ablaufzyklus eines Flächenmanagements

bestanden erhebliche Unsicherheiten und grundlegend unterschiedliche Einschätzungen der Betroffenen über die Folgen eines in dieser Weise gefassten neuen AWP. Im Rahmen dieser Entwicklungen hat die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen des Verbandes kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (VKS im VKU) mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen das Difu beauftragt, die voraussichtlichen Auswirkungen des geplanten landesweiten AWP zu validieren und hierbei die Vereinbarkeit der Vorgaben mit der abfallwirtschaftlichen Realität zu überprüfen. Ein Fokus wurde auf den möglichen Wegfall bestehender verbindlicher Zuweisungen von Siedlungsabfällen zu Müllverbrennungsanlagen in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln und die zu erwartenden Auswirkungen auf Kostenstruktur und Entwicklung der Abfallgebühren gelegt.

Die Analyse konnte trotz des sehr kurzen Untersuchungszeitraums einen ersten Ausblick auf die Folgewirkungen geben. Die Ergebnisse zeigen, dass es zu Veränderungen auf dem Markt für Beseitigungsabfälle kommen wird, die Auswirkungen auf das Preis- und Gebührenniveau und auf die Entsorgungsstrukturen haben. Es wurden verschiedene Aspekte identifiziert, bei denen eine tiefgehende inhaltliche Vorbereitung des AWP empfohlen wird. Auf einer Veranstaltung der kommunalen Spitzenverbände hat das Difu dem MUNLV die Ergebnisse der Studie vorgestellt.

**Veröffentlichung:** Bunzel, Arno, und Maic Verbücheln: Validierung der abfallwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und Entsorgungsanlagenbetreiber in NRW – Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse, im Auftrag des VKS im VKU Nordrhein-Westfalen mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen, Köln/Berlin 2009.

## Flächenmanagement und Flächenkreislaufwirtschaft

Das kommunale Flächenmanagement dient der quantitativen und qualitativen Optimierung der Flächennutzung sowie der Baulandbereitstellung und folgt dabei städtebaulichen, ökologischen, sozialen und ökonomischen Belangen. Flächenmanagement ist dabei langfristig und vorausschauend angelegt. Strategisch setzt es auf der Ebene der Flächennutzungsplanung an und ermöglicht die Entwicklung und Mobilisierung von Flächen auf Basis räumlicher und zeitlicher Prioritätensetzungen.

Flächenmanagement schließt Elemente der Flächeninformation, der Kommunikation, der Kooperation und der Finanzierung sowie der Steuerung und Gestaltung von Prozessen im aktiven Zusammenwirken der relevanten Akteure ein und dient damit einer nachhaltigen Flächen- und Siedlungspolitik. In jüngerer Vergangenheit wird in Anbetracht der vielfältigen über die einzelne Kommune hinausreichenden räumlich-funktionalen Verflechtungen der Anspruch formuliert, ein regionales Flächenmanagement zu etablieren.

Die Flächenkreislaufwirtschaft ist ein zentraler Strategieansatz zur Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und damit geeignet, die flächenpolitischen Nachhaltigkeitsziele des Bundes mit einer Doppelstrategie aus Qualitätssteuerung – Schonung des Außenbereichs durch Innenentwicklung sowie Aufwertung von Siedlungsflächen – und Mengensteuerung – Begrenzung der Neuinanspruchnahme von Flächen – zu erreichen. Eine derartige Strategie verfolgt vorrangig und systematisch die Ausschöpfung von Potenzialen

→ Etablierung eines regionalen Flächenmanagements

→ Tiefgreifende Veränderungen bei den Beseitigungsabfällen in NRW möglich

len der Bestandsentwicklung und der Wiedernutzung von Brachflächen. Sie setzt konsequent an der Innenentwicklung (unter anderem Brachenrecycling, Dichteerhöhung, Baulücken, Mehrfachnutzungen) an. Der gesamte Nutzungszyklus von Planung, Nutzung, Nutzungsaufgabe, Brachliegen und Wiedereinbringen von Gebäuden und Flächen wird in den Mittelpunkt gestellt.

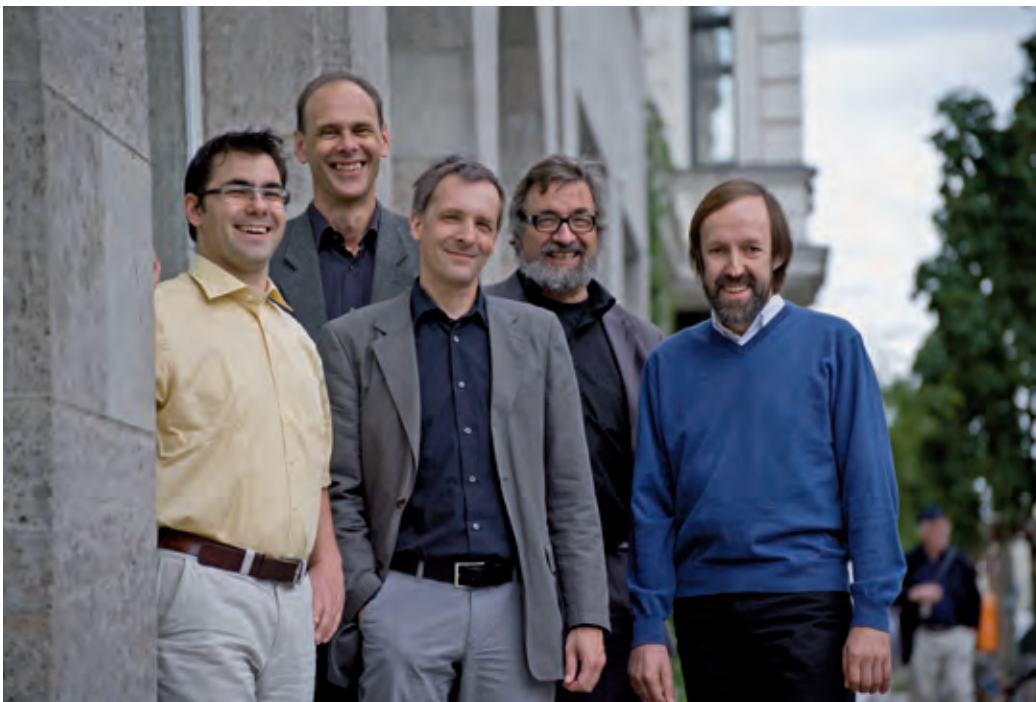
Ausgehend vom abgeschlossenen Difu-Forschungsvorhaben »Fläche im Kreis« (ExWoSt-Forschungsfeld) und der Phase III der Forschungskooperation zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der United States Environmental Protection Agency (U.S. EPA)

zum Thema Flächenmanagement und Flächenrecycling wurden vielfältige Forschungsaktivitäten entwickelt, z. B. im Förderschwerpunkt REFINA (siehe oben »Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA«), und zahlreiche Veröffentlichungen zum Themenfeld Flächenmanagement und Flächenkreislaufwirtschaft realisiert.

**Veröffentlichung:** Preuß, Thomas, und Stephanie Bock: Neue Wege im Flächenmanagement – Forschungs- und Praxisansätze aus REFINA, in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Sonderheft »Flächenmanagement im Wandel«, Berlin 2009, S. 56–70.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich finden Sie unter »Daten und Fakten«.





v.l.n.r.: Stefan Schneider, Busso Grabow, Jens Libbe, Klaus J. Beckmann, Rüdiger Knipp

Aufgaben- wie Organisationsstrukturen der Kommunen sind seit Beginn der 1990-Jahre einem Reformprozess unterworfen. Im Hinblick auf die »Binnenmodernisierung« wurde unter anderem durch Einführung von Elementen des Neuen Steuerungsmodells (NSM) ein wichtiger Lernprozess in Politik und Verwaltung ausgelöst. In der Folge werden einerseits – deutlicher als erwartet – die Schwächen dezentraler Selbststeuerung und ökonomischer Anreizsysteme wahrgenommen, andererseits ergeben sich Verbesserungen des Service-niveaus und der Kundenorientierung.

Im Hinblick auf die »Außenmodernisierung« ist die Situation unübersichtlicher. Ohne die bereits anhaltende Auslagerung von Aufgaben und die Einbindung privater Dritter wie auch die Stärkung wettbewerblicher Elemente ist die Bandbreite der kommunalen Daseinsvorsorge – so scheint es – nicht mehr aufrecht zu erhalten. Dies wirft zugleich aber erhebliche Steuerungs- und Legitimationsprobleme auf.

Das Difu nimmt in seinen Forschungs- und Fortbildungsaktivitäten beide Entwicklungen auf, die Ausdruck veränderter politischer, gesellschaftlicher, demografischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sind.

Ein Schwerpunkt der Forschungsaktivitäten mit Blick auf »Binnenmodernisierung« lag darin, sich

mit den Anforderungen an die zukünftige Ausgestaltung der Leistungs- und Serviceangebote unter sich verändernden Rahmenbedingungen wissenschaftlich auseinanderzusetzen (Projekt ServiceStadt Berlin 2016; Projekt Pro Diskurs).

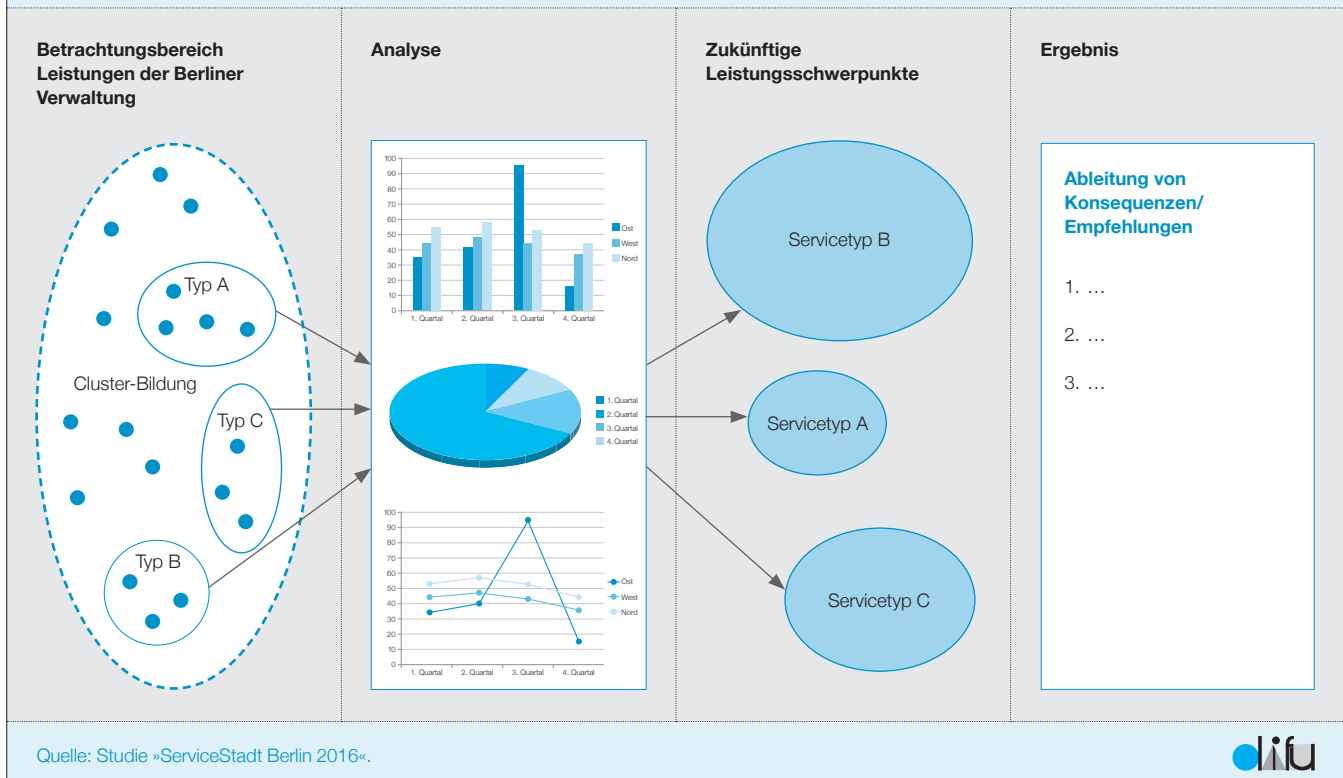
In Berlin ist die »Binnenmodernisierung« mittlerweile weit vorangeschritten. Das Difu griff auf dieser Grundlage in einer gemeinsam mit der Berliner Senats- und Bezirksverwaltung erarbeiteten Studie »ServiceStadt Berlin 2016« drei wichtige Fragen auf:

- Wie werden sich die Rahmenbedingungen der Erstellung öffentlicher Leistungs- und Serviceangebote mittelfristig entwickeln?
- Wie sollten die Städte angesichts der zu erwartenden Veränderungen aufgestellt sein?
- Welche konkreten Schritte müssen dazu bereits heute eingeleitet werden?

Als Ausgangsbasis wurde das umfangreiche Leistungs- und Serviceangebot der Berliner Bezirksverwaltungen und der Hauptverwaltung analysiert – unter Zuhilfenahme der jeweiligen im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung entwickelten Produktkataloge. Anhand einer Stichprobe von 150 Serviceangeboten wurden unter Verwendung von zwölf ausgewählten Kriterien einzelne Serviceleistungen zu insgesamt 20 Servicetypen zusammengefasst. Durch die gewählte Herange-

→ ServiceStadt Berlin 2016

## Durch die Definition von Servicetypen wird die vorhandene Komplexität reduziert und handhabbar gemacht



### Innovative Methode: Definition von Servicetypen

hensweise, mit der ein völlig neuer Weg beschritten wurde, konnten der Untersuchungsgegenstand handhabbar gemacht und die Struktur der Serviceangebote zutreffend abgebildet werden. Darüber hinaus wurden so die Grundlagen für praxisrelevante Aussagen und die Beurteilung neuer Produkte geschaffen.

Der innovative methodische Ansatz ist nicht nur auf die speziellen Berliner Ausgangsbedingungen anwendbar, sondern auch auf andere Kommunen übertragbar. Im Gegensatz zu bislang vorliegenden vergleichbaren Untersuchungen wurden in die Untersuchung alle Rahmenbedingungen einbezogen, die sich klassischerweise auf die künftige Ausgestaltung der Serviceangebote auswirken. Berücksichtigt wurden zum einen jene Rahmenbedingungen, die von den Kommunen kaum beeinflusst werden können – zu nennen sind hier etwa der demografische Wandel oder Veränderungen der natürlichen Umwelt. Die Anpassung der Servicelandschaft kann hier nur reaktiv bzw. präventiv sein. Einbezogen wurden zum anderen auch die Rahmenbedingungen, bei denen Verwaltung und Politik zumindest in Teilbereichen gestaltend Einfluss nehmen können.

→ Corporate Governance und Rekommunalisierung

Im Ergebnis wurden 14 programmatische Handlungsfelder ermittelt, deren Umsetzung nicht nur mit einem veränderten Verständnis politischer Entscheidungsfindung und demokratischer Legitimation einhergehen muss, sondern auch die Veränderung traditionell verankerter Verwaltungspro-

zesse und die Begründung einer neuen Verwaltungskultur einschließt. Darüber hinaus werden konkrete Handlungsempfehlungen gegeben, wie sich die gewonnenen Erkenntnisse operativ umsetzen lassen.

Die Studie unterstützt somit alle Akteure, die sich mit der Entwicklung einer zumindest mittelfristigen Modernisierungsstrategie beschäftigen – auf der Grundlage einer ganzheitlichen Betrachtung sämtlicher relevanten Einflussfaktoren und unter Berücksichtigung lokal und regional unterschiedlicher Ausgangsbedingungen.

Im laufenden Projekt »Pro Diskurs« werden die Ergebnisse für einen Berliner Bezirk konkretisiert und Vorschläge zur Umsetzung entwickelt.

**Veröffentlichung:** Grabow, Busso, Rüdiger Knipp und Stefan Schneider: ServiceStadt Berlin 2016 – Anforderungen an die zukünftige Ausgestaltung der Leistungs- und Serviceangebote im Land Berlin unter sich verändernden Rahmenbedingungen, Berlin 2009 (Difu-Impulse, Bd. 3/2009).

Bezogen auf Aspekte der »Außenmodernisierung« lag der Schwerpunkt der Difu-Aktivitäten 2009 in der Politikberatung und in Vortragstätigkeiten. Fragen der Steuerung und des Rückbezugs ausgelagerter Einheiten und selbstständiger kommunaler Betriebe/Unternehmen standen dabei ebenso im Fokus wie Standards für Beteiligungsunternehmen und Entscheidungskriterien für die Rückübertragung bzw. Rekommunalisierung von Leistungen.

Das Difu trägt auch weiterhin der empirischen Vielfalt in den Kommunen Rechnung. Die Möglichkeiten der Einflussnahme in unterschiedlichen Formen der kommunalen Leistungserbringung bilden auch künftig einen wichtigen Bezugsrahmen der Institutsarbeit. Das Difu wird vor allem Beispiele veränderter Festlegungen kommunaler Leistungserbringung empirisch untersuchen, um Erkenntnisse zu deren weiterer Ausgestaltung zu gewinnen (vgl. Beiträge »Politik, Verwaltung und Recht« sowie »Infrastruktur« im Berichtsteil B »Forschung«). Dabei stehen Arbeitsabläufe, Pro-

zessorganisationen und Beteiligungen bzw. Kooperationen zwischen öffentlichen Akteuren wie zwischen öffentlichen und privaten Akteuren gleichermaßen im Mittelpunkt der Betrachtung. Dies zeigt sich beispielhaft im Projekt »Bestandsaufnahme Frühe Hilfen«, in dem Kooperations- und Vernetzungsformen zwischen Jugend- und Gesundheitsämtern sowie zu privaten Trägern untersucht werden (vgl. Berichtsteil B, »Bevölkerung und Soziales«), und im Projekt »Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen« (Berichtsteil B, »Städtebau und Stadtentwicklung«).





# Fortbildung

Difu-Veranstaltungen

Fahrradakademie

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

# Difu-Veranstaltungen

Fortbildung für die kommunale Praxis war auch 2009 eine zentrale Aufgabe des Instituts. Über seine Fortbildungsangebote stellt das Difu umfassende Kontakte zu den Kommunen her, die Fortbildungsveranstaltungen sind zudem durch den Transfer aktueller Forschungsergebnisse eine wichtige Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis. Das Difu ist damit ein kompetenter und verlässlicher Partner gerade der kommunalen Handlungsträger (Rat und Verwaltung) in Deutschland. Um diesen Anspruch aufrechtzuerhalten, wurden die in den letzten Jahren entwickelten Fortbildungsformate themenorientiert weiterentwi-

ckelt und an die Anforderungen der kommunalen Kundschaft angepasst.

Die Produktpalette 2009 beinhaltet das Difu-Veranstaltungsprogramm, in dessen Rahmen »Berlin-Seminare«, Fachtagungen sowie Regionalseminare durchgeführt wurden, das Ansprechpartnertreffen (Jahrestreff der Difu-Zuwender), die einer breiten, meist lokalen Fachöffentlichkeit zugänglichen Difu-Dialoge, das auf spezielle Zielgruppen ausgerichtete Veranstaltungsangebot der Fahrradakademie und die Fachtagungen der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ).





v.l.n.r.: Sylvia Bertz, Gerd Kühn, Ina Kaube, Bettina Leute, Rüdiger Knipp

Im Rahmen des Difu-Veranstaltungsprogramms wurden im Jahr 2009 insgesamt 31 Veranstaltungen durchgeführt, an denen 1495 Fachleute teilnahmen. Diese kamen vorwiegend aus den jeweils zuständigen Fachverwaltungen deutscher Kommunen, aber auch aus kommunalen Vertretungskörperschaften (»Räten«), städtischen Gesellschaften und Unternehmen sowie kommunalnahen Einrichtungen, Länder- und Bundesministerien, staatlichen Mittelbehörden, aus den Kammern, Planungsbüros und weiteren Einrichtungen. Die Veranstaltungen 2009 teilten sich wie folgt auf: 25 Seminare, die zum ganz überwiegenden Teil in Berlin stattfanden, drei Fachtagungen, ein Kongress, ein Symposium und der 39. Interkommunale Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung.

Das Spektrum der meist zweitägigen Seminare und Fachtagungen unter dem Dach des Difu-Veranstaltungsprogramms für das Jahr 2009 umfasste in gewohnter Weise eine Vielzahl kommunalpolitischer Themen- und Aufgabenfelder. So griffen die Veranstaltungen eine ganze Reihe von Themen der Stadtentwicklung/Stadtplanung, des Planungsrechts, der kommunalen Wirtschaftsförderung, der Bildungs-, Verkehrs-, Umwelt- und Finanzpolitik auf. Im Fokus waren daneben die Energiepolitik, Verwaltungsmodernisierung, Infrastrukturplanung und die Sicherung zentraler Versorgungsbereiche.

Auf eine starke Nachfrage stießen wie in den Vorjahren Veranstaltungsreihen, in denen zu einem wiederholt behandelten Themenstrang jeweils aktuelle Fragen bearbeitet werden. Beispiele hierfür waren 2009 die Reihen »ÖPNV im Wettbewerb« (51 Teilnehmerinnen und Teilnehmer) und »Kommunale Wirtschaftsförderung« (53 Teilnehmerinnen und Teilnehmer). Auch der jährlich veranstaltete Energiebeauftragtenkongress sowie die Tagung »Veranstaltungshallen und Arenen« (im Zweijahresrhythmus angeboten) waren mit 187 bzw. 116 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut besucht.

Im Jahr 2009 hat das Difu-Veranstaltungsprogramm insbesondere bei den Führungs- und Fachkräften aus den Kommunalverwaltungen, städtischen Gesellschaften und Unternehmen sowie kommunalnahen Einrichtungen weiter an Bedeutung gewonnen. Geschuldet ist dies vor allem seiner Aktualität sowie der thematischen und methodischen Weiterentwicklung zum Treffpunkt für Vermittlung und Austausch auch ressortübergreifender Fachkenntnisse und Lösungen. In diesem Zusammenhang zu nennen ist auch seine Rolle für den Aufbau und die Nutzung von informellen Kontakten, die weit über die einzelnen Veranstaltungen hinausreichen.

Eine vollständige Auflistung des Difu-Veranstaltungsprogramms 2009 finden Sie in der Veranstaltungsübersicht im Teil G »Daten und Fakten« dieses Jahresberichts.

# Difu-Veranstaltungen

## Difu-Dialoge und Ansprechpartnertreffen: von öffentlich bis exklusiv



v.l.n.r.: Sybille Wenke-Thiem,  
Cornelia Schmidt

Die Zukunft der Städte beschäftigt viele Menschen. Als gemeinnütziges Institut ist das Difu kein »closed shop«, daher bietet es nicht nur kostenpflichtige Fortbildungsveranstaltungen für Fachleute der Kommunen und ihres Umfelds an. Zu der jeweils im »Wintersemester« angebotenen Veranstaltungsserie »Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte« lädt das Difu die interessierte Öffentlichkeit ein und zieht damit jährlich mehrere Hundert »Stadt-Interessierte« ins Haus.

In der offenen Vortrags- und Dialogreihe werden neue Erkenntnisse zu verschiedenen stadtrelevanten Themen im Rahmen von Vorträgen zur Debatte gestellt und anschließend diskutiert. Die Gäste kommen aus Bundes- und Landesverwaltungen, Bezirksämtern, Stadtverwaltungen, anderen öffentlichen und privaten Einrichtungen sowie den Medien. 2009 wurden umstrukturierungs- und umzugsbedingt drei der üblicherweise sechsmal jährlich angebotenen Dialoge durchgeführt.

Für die über 100 dem Institut als Zuwender verbundenen Städte und Verbände bietet das Difu

einmal jährlich exklusiv ein zweitägiges Jahrestreffen an. Bei der in wechselnden Städten stattfindenden gebührenfreien Fortbildungsveranstaltung werden jeweils Workshops sowie Kurzvorträge zu verschiedenen aktuellen stadtrelevanten Themen angeboten.

2009 fand das »Ansprechpartnertreffen« in Leipzig statt; Workshopthemen waren »Einzelhandel und Stadtentwicklung«, »Kommunale Infrastruktur« und »ServiceStadt Berlin 2016«, in Kurzvorträgen wurden die Themen »Urban-Audit – Ergebnisse und Entwicklungen« sowie »Der Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung« beleuchtet. Neben dieser inhaltlichen Arbeit in Workshops und Vorträgen mit Diskussion nahm der Erfahrungsaustausch einen wichtigen Raum ein.

Eine Übersicht über die Difu-Dialoge 2009 finden Sie in der Veranstaltungsübersicht im Teil G »Daten und Fakten« dieses Jahresberichts. Das Ansprechpartnertreffen ist im Difu-Extranet dokumentiert.





v.l.n.r.: Thomas Weber,  
Johanna Theunissen, Arne  
Koerd, Simone Harms

Die Fahrradakademie bietet seit 2007 mit Förderung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände Fortbildungen für kommunale Akteure im Bereich Radverkehrsplanung an. Im Jahr 2009 wurden 28 Veranstaltungen in 14 Bundesländern sowie in Dänemark durchgeführt.

Sowohl der Umfang als auch die Vielfalt des Programms konnten gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich gesteigert werden. Das Themenspektrum reicht von Tiefbau über die Verkehrssicherheit bis hin zu strategischen Fragen und zu Aspekten der Kommunikation.

Ein Schwerpunkt lag 2009 in Fortbildungen zur Novelle der Straßenverkehrsordnung sowie der entsprechenden Verwaltungsvorschrift. Es wurden dazu eine Fachkonferenz sowie in Kooperation mit den Bundesländern neun eintägige Fachseminare durchgeführt.

Neben der Fortbildung liegt eine zentrale Aufgabe der Fahrradakademie in der Vernetzung der Akteure. Wichtigstes Vernetzungsinstrument sind die jährlichen Fahrradkommunalkonferenzen. Sie dienen dem Erfahrungsaustausch zwischen den öffentlichen Verwaltungen.

Insgesamt wurden die Veranstaltungen von über 1600 Fachleuten besucht. Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat sich damit gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Gemäß externer Evaluation konnte gleichzeitig deren Zufriedenheit mit dem Fortbildungsangebot noch einmal verbessert werden. Die Fahrradakademie hat sich damit weiter als Schlüsselakteur im Bereich Radverkehrsförderung etabliert.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen im Rahmen der Fahrradakademie finden Sie im Teil G »Daten und Fakten« dieses Jahresberichts.

# Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)



v.l.n.r.: Dörte Jessen,  
Rita Rabe, Kerstin Landua,  
Anne Taubert, Katrin Adam

Das Projekt »Organisation von Fachtagungen zu neuen Anforderungen an die Jugendhilfe im vereinigten Deutschland« wird seit nunmehr fünfzehn Jahren durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Es setzte seine Arbeit auch im Jahr 2009 erfolgreich und gut integriert in das Deutsche Institut für Urbanistik fort.

Das zentrale Anliegen, mit den jährlich fünf Tagungen Kooperation und Vernetzung zwischen Jugendhilfe und anderen Institutionen zu fördern, wurde auch 2009 weiter verfolgt und ist zu einem bestimmenden Leistungsmerkmal der Veranstaltungen geworden. Zudem sind die Veranstaltungen der AGFJ eine wichtige Schnittstelle, um politische Handlungsschwerpunkte des BMFSFJ sowie gesetzliche (Neu)Regelungen zu vermitteln und den Erfahrungstransfer zwischen BMFSFJ und kommunaler Praxis zu unterstützen. 2009 nahmen insgesamt 703 Personen an den Veranstaltungen der AGFJ teil. Mit den nachfolgenden Ver-

öffentlichungen der Tagungsdokumentationen in der projekteigenen Schriftenreihe »Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe« werden die Tagungsergebnisse einer breiten Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht. 2009 wurden insgesamt 2 472 Tagungsdokumentationen bestellt bzw. vertrieben.

Es kann bilanziert werden, dass der Bedarf bei Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe weiterhin sehr groß ist, sich über aktuelle Fragestellungen und neue Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe interdisziplinär und unter Einbeziehung bundesweiter Erfahrungen auszutauschen, voneinander zu lernen und diese Synergieeffekte dann gewinnbringend für die eigene Arbeit vor Ort in der Kinder- und Jugendhilfe einzusetzen.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen der AGFJ finden Sie im Teil G »Daten und Fakten« dieses Jahresberichts.



# Wissensmanagement

Veröffentlichungen/Redaktion

Internet, Datenbanken und IuK-Technik





v.l.n.r.: Klaus-Dieter Beißwenger, Angelika Meller, Patrick Diekelmann

Das Difu veröffentlichte 2009 39 Titel (2008: 34) – in seinen eigenen Publikationsreihen sowie in Projekt- und externen Reihen, z. B. den »Beiträgen aus der REFINA-Forschung« oder als »BBSR-Online-Publikation«. Hinzu kommen fünf Veröffentlichungen zur Kinder- und Jugendhilfe; sie wurden von der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGF) betreut und herausgegeben, die seit 2009 in das Difu integriert ist. Adressaten aller Difu-Veröffentlichungen sind vor allem Verwaltung und Rat der Städte, darüber hinaus Verbände und Organisationen, Medien, Hochschulen und die (Fach-)Öffentlichkeit.

Die weitaus meisten der Difu-Publikationen wurden in der Redaktion betreut: Das Spektrum der Arbeit reicht dabei in aller Regel von der Kommunikation mit den Autorinnen und Autoren über die im engeren Sinne redaktionelle Bearbeitung – die zu vermittelnden Inhalte werden zielgruppengerecht konzipiert und »aufbereitet« – bis zu Layout und Gestaltung sowie Planung, Organisation und Kontrolle von Herstellung und Dissemination als Print- und/oder Online-Publikation.

## Difu-Arbeitshilfen

In der Reihe Difu-Arbeitshilfen – im Mittelpunkt steht die praxisorientierte Vermittlung von handlungsbezogenem Orientierungswissen – wurden 2009 drei Titel veröffentlicht:

- ▣ Kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung im Stadtteil
- ▣ Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune. 3., vollständig neu bearbeitete und erheblich erweiterte Auflage
- ▣ Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche

## Difu-Impulse

In den sechs Bänden der Difu-Impulse des Jahres 2009 wird ausführlich aus den laufenden Forschungs- und Fortbildungsaktivitäten des Instituts berichtet:

- ▣ Optimierung von Stoffströmen in Kommunen – am Beispiel von Gasentladungslampen
- ▣ Planspiel Interkommunale Verkehrsentwicklungsplanung in der Region München
- ▣ Klimaschutz im Stadtverkehr: 40 Prozent weniger CO<sub>2</sub> – (k)ein Problem?
- ▣ ServiceStadt Berlin 2016
- ▣ Städte im europäischen Verfassungssystem
- ▣ Klimaschutz und kommunales Energiemanagement

## Difu-Papers

In fünf Ausgaben der Difu-Papers, eine davon in englischer Sprache, werden kommunalrelevante

Vielfalt der Difu-Publikationsreihen



Forschungsergebnisse in komprimierter Form und aktuell vermittelt:

- Kommunen und ihre Beratungsbedarfe in ausgewählten europäischen Ländern
- Lebenszufriedenheit in europäischen Städten
- Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft
- Flächen im Netz: IT-gestützte Erfassung und Vermarktung von Gewerbeimmobilien in deutschen Kommunen
- Making the Follow-up Costs of Settlement Development Transparent

### Difu-Sonderveröffentlichungen

Die Sonderveröffentlichungen dokumentieren in der Regel die Erträge aus »kleineren« difu-»interne« und drittmittelgeförderten Forschungsprojekten.

- ■ Transnationale Perspektiven für eine innovationsorientierte Wirtschaftsförderung – Wie Kommunen und Regionen INTERREG IV B nutzen können
- PPP-Projekte in Deutschland 2009 – Erfahrungen, Verbreitung, Perspektiven. Ergebnisbericht
- ■ 4. Bundeswettbewerb Kommunale Suchtprävention – Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort. Dokumentation
- Ergebnisbericht zum Projekt »Bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich Früher Hilfen«
- Difu goes Europe. Kommunen und ihre Beratungsbedarfe in ausgewählten europäischen Ländern
- Cities and Towns in the European Constitutional System

→ Veröffentlichungen in größeren Projekten der Auftrags- und Begleitforschung

### Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS)

Das im Difu-Eigenverlag publizierte Periodikum griff in seinen beiden Halbjahresheften 2009 folgende Themen auf:

- Tiere in der Stadt (Heft II/2009)
- Städte in Südeuropa (Heft I/2009)

→ Zeitschriften im Eigenverlag

### Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK)

Die Schwerpunktthemen der 2009 erschienenen Ausgaben der Deutschen Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK) waren:

- Prekarität, Segregation und Armut im Sozialraum (Heft II/2009)
- Kommunale Bildungspolitik (Heft I/2009)
- Die Zukunft der städtischen Infrastrukturen (Heft II/2008), 2009 erschienen

→ Von der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe betreute Publikationen

### German Journal of Urban Studies

Die ins Englische übersetzten Titel der DfK-Hefte erschienen online als Volltexte des German Journal of Urban Studies:

- Precarity, Segregation, and Poverty in the Social Space (No. II/2009)
- Local Government Educational Policy (No. I/2009)
- The Future of Urban Infrastructures (No. II/2008), 2009 veröffentlicht

### Dokumentationsserien

2009 erschienen drei Ausgaben in den vom Arbeitsbereich Wissensmanagement betreuten Dokumentationsserien. Die Serie »Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung« dokumentiert nicht im Buchhandel erhältliches Schrifttum wie Gutachten, Forschungs- und Planungsdokumente aus Verwaltung und Wissenschaft. Die Serie »Kommunalwissenschaftliche Dissertationen« weist einmal im Jahr Promotionsarbeiten mit kommunalem Bezug nach. Die in beiden Serien nachgewiesene Literatur ist auch in der Literaturdatenbank ORLIS enthalten (siehe D »Wissensmanagement – Internet, Datenbanken, IuK-Technik«).

### Bundestransferstelle Soziale Stadt

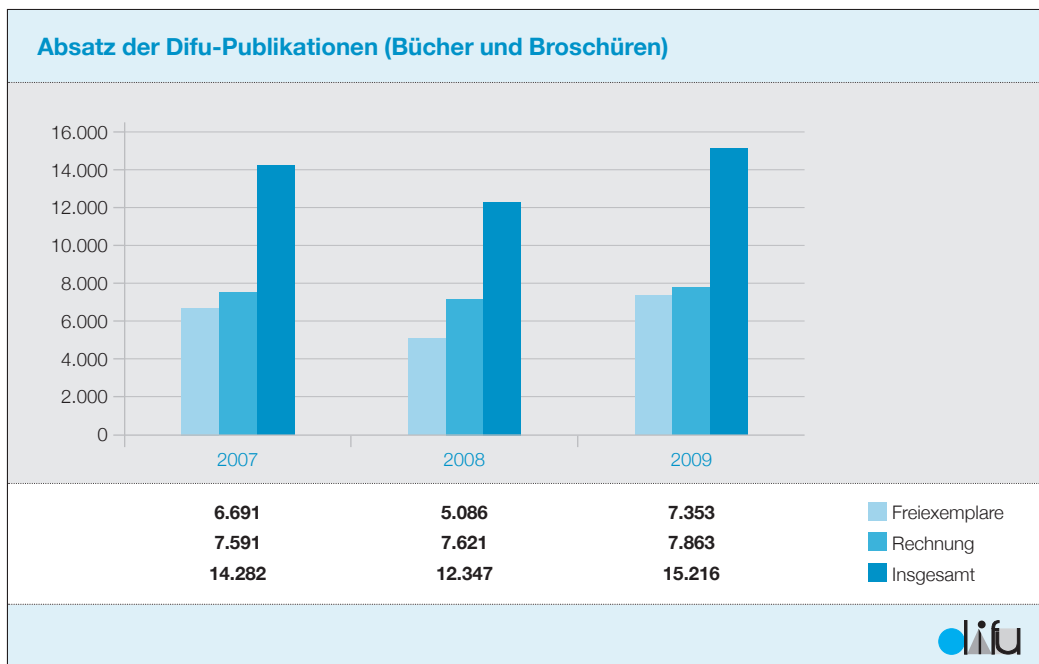
- ■ Jubiläumskongress 10 Jahre Soziale Stadt
- ■ Soziale Stadt info 23 – Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Themenheft: Engagement von Akteuren vor Ort

### REFINA – Projektübergreifende Begleitung

- ■ Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren. Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA Band IV
- ■ Folgekosten der Siedlungsentwicklung – Bewertungsansätze, Modelle und Werkzeuge der Kosten-Nutzen-Betrachtung. Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA Band III
- ■ Flächenpost – nachhaltiges Flächenmanagement in der Praxis: 11 Ausgaben

### Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

- Vom Willkommensbesuch zum verpflichtenden Hausbesuch. Veränderte Auftragslage für die Jugendhilfe (durch das Kinderschutzgesetz)? Band 73
- Das Jugendamt im Spiegel der Medien. Hilfen und Hinweise im Umgang mit Medien/Krisenmanagement. Band 72



- ▣ Kinder- und Jugendhilfe (nicht) nur für Deutsche?! Interkulturelle Arbeit im Sozialraum. Band 71
- ▣ Frühe Hilfen interdisziplinär gestalten. Zum Stand des Aufbaus Früher Hilfen in Deutschland. Band 70
- ▣ KINDERarmut + KinderARMUT? Lebenssituationen und Zukunftsperspektiven von Kindern und Familien in Deutschland – Konsequenzen für die Jugendhilfe. Band 69

#### BBSR-Online-Publikationen mit Difu-Autorenschaft

- ▣ Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen. BBSR-Online-Publikation 37/09
- ▣ Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen – Anhangband. BBSR-Online-Publikation 37A/09
- ▣ Der Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung. BBSR-Online-Publikation 35/09

#### Die Veröffentlichungen im Jahresvergleich

Im Zeitreihen-Vergleich der Printproduktionen (Bücher und Broschüren, ohne »kleine« Formen

wie z. B. Newsletter) zeigt sich: 2009 wurden insgesamt mehr Printexemplare abgesetzt als in den Jahren 2008 und auch 2007. Vor allem zugenommen hat die Abgabe von gedruckten Publikationen aus den »großen« Drittmittelprojekten. Da diese vertragsgemäß zumeist kostenlos vertrieben werden, hat sich insgesamt das Verhältnis von verkauften zu Freiexemplaren zugunsten Letzterer etwas verschoben.

Die oben aufgeführten Online-Publikationen stehen für alle Interessierten kostenfrei zum Download bereit (»open access«). Darüber hinaus stellt das Difu seinen Zuwendern exklusiv Online-Angebote über das Difu-Extranet zur Verfügung.

Die Gesamteinnahmen (ohne die AGFJ-Publikationen) lagen mit rund 103 000 Euro auf demselben überdurchschnittlich hohen Niveau wie 2008 und 2007 (2006: 96 000 Euro). Diese Summe enthält wie immer auch Einnahmen, die vom Arbeitsbereich Wissensmanagement für einige seiner Dokumentationsprodukte erzielt wurden.

Unter »Veröffentlichungen 2009« in Teil G »Daten und Fakten« sind alle Publikationen von Difu-Autorinnen und Difu-Autoren (Difu-Eigenverlag und externe Verlage) nach Themenbereichen aufgelistet.

→ »Open Access« zu den Online-Veröffentlichungen

→ BBSR-Veröffentlichungen 2009, vom Difu bearbeitet

→ Einnahmen aus Veröffentlichungen stabil

→ Absatz der Printprodukte gestiegen

# Internet, Datenbanken und IuK-Technik



oben v.l.n.r.: Tony Retschei, Peter Gröning, Susanne Plagemann, Steffen Ehlers, Christine Grabarse, Jörg Schumacher, Doris Reichel

unten v.l.n.r.: Beatrixe Albrecht-Thiessat, Rita Gräber, Christine Bruchmann, Christina Berwind

Im Bereich Wissensmanagement werden alle Internetangebote des Instituts, die Difu-Datenbanken und die Bibliothek sowie die IT- und Kommunikationsinfrastruktur des Difu betreut.

Das Jahr 2009 stellte für den Bereich bedingt durch den bevorstehenden Umzug des Difu an seinen neuen Standort in Berlins Mitte eine besondere Herausforderung dar: Parallel zu den regulären Tätigkeitsfeldern wurde das »Projekt Difu-Umzug« in einem engen Zeitrahmen technisch und organisatorisch geplant und umgesetzt.

## Internet

→ Difu-Homepage nach Relaunch: modernes Layout und neue Funktionen

Die Internetangebote des Difu bilden neben den Veröffentlichungen und der Fortbildung die dritte Säule im Serviceangebot des Instituts für seine Zuwender und die Fachöffentlichkeit. Das Internet-Team betreut mit der Instituts-Homepage und den vielfältigen Projekt-Websites insgesamt 14 Domains mit zusammen 24 Mio. Seitenaufrufen im Jahr 2009.

Zentrale Plattform ist die Homepage ([www.difu.de](http://www.difu.de)), die seit 1996 mit einem immer breiteren Informationsangebot besteht, deren Gestaltung aber nahezu unverändert blieb. 2009 wurde die Website einem umfassenden Relaunch unterzogen. In den Prozess waren alle Bereiche des Instituts ein-

gebunden, um deren spezifische Anforderungen und Informationsangebote zu berücksichtigen. Das Internet-Team hatte sich im Vorlauf für das Content-Management-System Drupal entschieden, das eine große Flexibilität und vielfältige Erweiterungsmöglichkeiten bietet.

Als wichtigste Neuerung bietet der Menüpunkt »Themenfelder« einen inhaltlichen Zugang. Mit ihm können Forschungsprojekte, Fortbildungsmöglichkeiten und Veröffentlichungen »in einem Rutsch« recherchiert werden. Weitere Verbesserungen wie eine Merktzettel-Funktion, individuelle RSS-Feeds oder die Suche runden das Angebot ab. Auch der Extranet-Zugang zu Exklusivinformationen für die Difu-Zuwender wurde komplett neu organisiert und nahtlos in den Webauftritt integriert.

Das Layout wurde der Difu-Außendarstellung angepasst, und das Internetangebot zeigt sich nun moderner und ansprechender als bisher.

Das Difu unterhält neben seiner Homepage als weiteres permanentes Webangebot »Kommunalweb – Portal für kommunale Forschung und Praxis« ([www.kommunalweb.de](http://www.kommunalweb.de)), das Internetquellen, Bücher und Veranstaltungen zu allen kommunalen Themen verzeichnet. Auch die Website des Vereins für Kommunalwissenschaften ([www.vfk.de](http://www.vfk.de)) wird vom Internet-Team betreut.





Von besonderer Bedeutung sind die Websites einer Reihe von großen Projekten am Difu, da sie die Kommunikation zwischen Institut und Fachöffentlichkeit unterstützen.

Aktuell unterhält das Difu eigenständige Websites zu den Projekten:

- Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe ([www.fachtagungen-jugendhilfe.de](http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de)),
- Bundestransferstelle »Soziale Stadt« – Internetangebot zum Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt« ([www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de)),
- Bundeswettbewerb »Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention« ([www.kommunale-suchtpraevention.de](http://www.kommunale-suchtpraevention.de)),
- Fahrradportal zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans ([www.nationaler-radverkehrsplan.de](http://www.nationaler-radverkehrsplan.de)),
- netWORKS-Group – Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft ([www.networks-group.de](http://www.networks-group.de)),
- REFINA – Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement ([www.refina-info.de](http://www.refina-info.de)),
- Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz ([www.kommunaler-Klimaschutz.de](http://www.kommunaler-Klimaschutz.de)),
- Urbandata – Europäische Vereinigung für Forschung und Information zur Urbanistik ([www.urbandata.org](http://www.urbandata.org)).

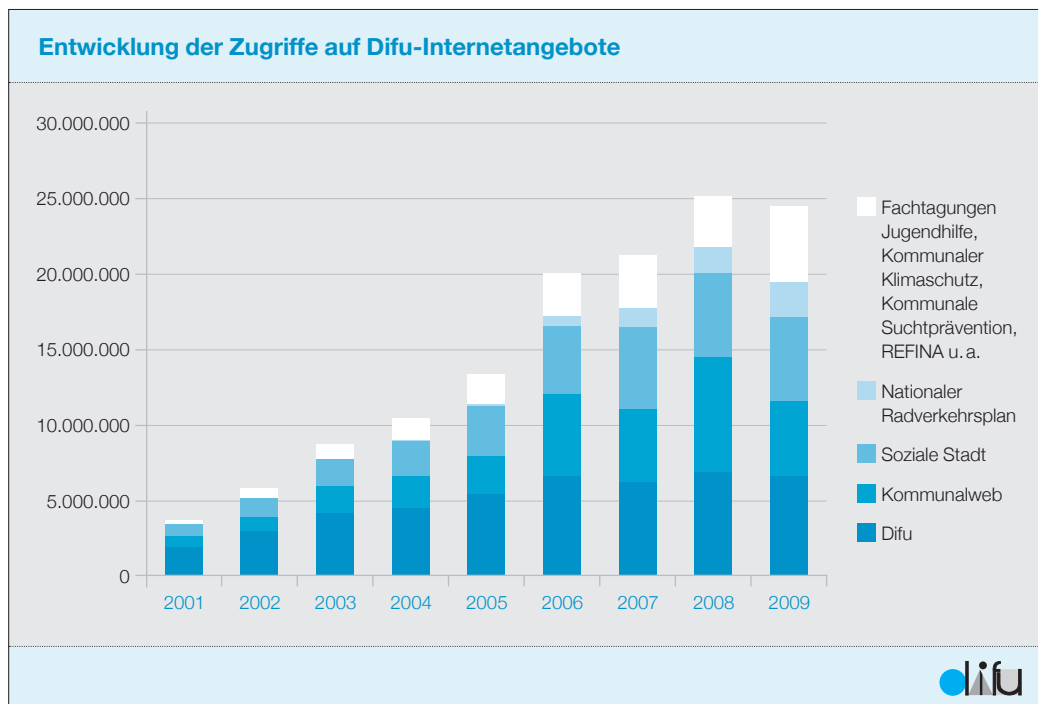
Die Webseiten vieler abgeschlossener Projekte werden nach wie vor angeboten, z. B. Bund-BIN – Bundesaktion »Bürger initiieren Nachhaltigkeit« ([www.bund-bin.de](http://www.bund-bin.de)), Ricarda – EU-Projekt zur Wissensbilanzierung regionaler Clusterinitiativen ([www.ricarda-project.org](http://www.ricarda-project.org)) oder Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung ([www.flaeche-im-kreis.de](http://www.flaeche-im-kreis.de)).

Die Internetangebote des Difu (insgesamt rund 18 000 Internetseiten) werden von der fachlich interessierten Öffentlichkeit aus Praxis und Forschung geschätzt und haben einen hohen Bekanntheits- und Nutzungsgrad. Die Nutzungshäufigkeit entspricht dem Vorjahresniveau: Durchschnittlich wurden pro Monat rund 1200 000 Webseiten (»Pageimpressions«) aufgerufen.

### Datenbanken und Bibliothek

Die Bibliothek erwirbt Literatur für die Arbeitsbereiche und Projekte (Monographien, Periodika, Loseblattsammlungen) und organisiert den Zeitschriftenumlauf (rund 400 Titel) im Institut. Aufgrund der engen Kooperation mit der Senatsbibliothek Berlin (SEBI) werden viele Werke und Zeitschriften, die das Difu im Rahmen des Schriftentausches erhält, an die SEBI abgegeben, womit die bundesweite Zugänglichkeit der Literatur für die Fachöffentlichkeit gewährleistet ist. Daher

→ Projektwebsites vermitteln Forschungsergebnisse in die kommunale Praxis



Zugriffe  
Difu-Internetangebote

wird kein eigener umfangreicher Präsenzbestand unterhalten.

Das Difu produziert zwei Datenbanken mit kommunalem Bezug:

- ORLIS dient dem Nachweis von Literatur: Zeitschriften, Büchern, Dissertationen und Materialien aus Kommunen und Forschung (sog. Graue Literatur). Der Gesamtbestand liegt bei etwa 315 000 Quellen mit rund 10 000 Neuzugängen im Jahr 2009.
- KommDEMOS ist ein Auskunftssystem zu kommunalen Umfragen, das besonderen Schwerpunkt auf die methodischen Aspekte von Umfragen legt. 2009 wurden 52 Umfragen neu aufgenommen, der Gesamtbestand liegt bei 2 100.

→ Difu an Virtueller  
Fachbibliothek beteiligt

→ Datenbankinhalte  
zunehmend mit Volltexten  
verlinkt

Ergänzt werden beide Datenbanken durch einen Volltextserver. [edoc.difu.de](http://edoc.difu.de) wird in Verbindung mit den beiden Nachweis-Datenbanken betrieben und enthält etwa 4 500 Volltextquellen, die in ORLIS und KommDEMOS verlinkt sind. Im Jahr 2009 sind 680 Dokumente neu hinzugekommen. Der Ausbau von Volltext-Downloads wird vor allem durch die Sammlung von Veröffentlichungen aus Kommunen realisiert.

→ Umzug zur Erneuerung  
der technischen  
Infrastruktur genutzt

Die Datenbanken werden für die Difu-Zuwander auf der Website des Instituts kostenlos angeboten. Andere Interessierte aus Forschung und Praxis können die Datenbanken kostenpflichtig beim Kooperationspartner Fraunhofer Informationszentrum Raum und Bau ([www.irb.fraunhofer.de](http://www.irb.fraunhofer.de)) und über das europäische Portal Urbadoc ([www.urbadoc.com](http://www.urbadoc.com)) nutzen.

Aus dem Inhalt der Literaturdatenbank ORLIS werden themenspezifische und im Internet kostenlos abrufbare Datenbanken für die Projekte »Bundestransferstelle Soziale Stadt« und »Fahrradportal zum Nationalen Radverkehrsplan«, für die Projektübergreifende Begleitung im Förderschwerpunkt »Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)« sowie für die »Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe« erstellt.

Das Difu beteiligt sich mit seiner Kompetenz auf dem Feld der wissenschaftlichen Information als Pilotpartner an dem DFG-geförderten Projekt »Virtuelle Fachbibliothek Verwaltungs- und Kommunalwissenschaften«, das sich primär an die Wissenschaft richtet. Es soll ein kooperatives Arbeiten über eine zeitliche und räumliche Distanz hinweg ermöglichen, damit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter Verwendung moderner Web 2.0-Technologien ortsunabhängig Literaturinformationen recherchieren, verwalten, beschaffen und andernorts wieder publizieren können.

### Informations- und Kommunikationstechnik

Das IT-Team betreut die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur des Instituts und die Mitarbeiterschaft an den beiden Standorten Berlin und Köln. Insgesamt umfasst dies das Netzwerk, die Arbeitsplätze und die Server-/Speicherinfrastruktur. Wichtige zentrale Anwendungen sind Virenschutz, Backup, Firewall, Groupware, Finanzbuchhaltung, Bibliothekssystem, Datenbanken und Internet (CMS, Web, Mail, DNS). Die Anwen-

der-PCs sind standardmäßig unter Windows XP mit Virenschutz, Webbrowser, Office, Groupware und Adobe Acrobat ausgestattet. Zusätzlich sind aufgabenbezogen diverse weitere Softwareprogramme im Einsatz wie z. B. SPSS oder die Adobe Creative Suite.

Die Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2009 waren umzugsbedingt:

- Ausbau des neuen Serverraums inklusive Klimatisierung, USV und Reserve,
- zukunftssichere Verkabelung und aktive Netzwerkkomponenten am neuen Standort,
- Ablösung des Drucker-, Fax- und Kopierer-

bestands durch Realisierung einer zentralen Multifunktionsdruckerlösung mit dem Ziel der Kostenreduzierung,

- ausfallsichere Internet-Anbindung zum Deutschen Forschungsnetz (DFN).

Weitere Projekte im Jahr 2009 waren:

- Beratung der Personalstelle beim Outsourcing Personalssoftware,
- Virtualisierung des Web- und Mailserver,
- Releasewechsel der Finanzsoftware,
- Installation der Adobe Creative Suite an Arbeitsplätzen mit Layoutaufgaben,
- Webzugriff auf den Groupware-/Mailserver.





# Organisation, Personal und Finanzen

Organisation/Organigramm

Institutsleitung und Geschäftsführung

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Personal

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Finanzen, Finanzierungsstruktur, Interne Services

## Organisationsstruktur, Themen, Kompetenzen

### Institutsleitung und Geschäftsführung

#### Themenfelder und Projekte

##### Zukunft der Städte und Stadtreionen

- Nationale Stadtentwicklungspolitik
- Kommunale Aufgabenerfüllung im Wandel
- Lokale und regionale Governance
- Interkommunale und internationale Kooperationen

##### AG Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

- Innovative Modelle kommunalen Verwaltungshandelns
- Dialog zwischen öffentlicher und freier Jugendhilfe
- Weiterentwicklung der Jugendhilfe in Deutschland

##### Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

##### Redaktion

#### Verwaltung

##### Finanzen

##### Personal

##### Interne Services

#### Wissensvermittlung

##### Bereich Fortbildung

- Seminare, Workshops
- Moderationen
- Tagungen, Kongresse
- Ausstellungen

##### Bereich Wissensmanagement

- Informationsdienste
- Datenbanken
- Internet/Extranet
- Informationstechnik
- Bibliothek

### Forschende Arbeitsbereiche und Themenfelder

#### Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales

- Städtebau, Stadtlumbau, Denkmalschutz, Baukultur
- Wohnen
- Bau- und Planungsrecht
- Soziale Ungleichheit/ stadträumliche Fragmentierung
- Familien- und Jugendhilfe
- Schule und (Aus-)Bildung
- Migration und Integration
- Prävention und Gesundheitsförderung
- Ältere Menschen in der Stadt

#### Bereich Wirtschaft und Finanzen

- Strategien kommunaler Wirtschaftspolitik in der Wissensgesellschaft
- Wirtschaft und nachhaltige Stadtentwicklung
- Investitionen und Finanzen
- Innovation und Technologien
- Steuerung und Aufgabenorganisation

#### Bereich Mobilität und Infrastruktur

- Infrastruktur/Daseinsvorsorge
- Verkehrsentwicklungsplanung
- Mobilitäts- und Verkehrsmanagement
- Rechtsfragen der Daseinsvorsorge und des Straßenverkehrs
- Öffentlicher Verkehr
- Fahrradverkehr, Fußverkehr

#### Bereich Umwelt

- Klimaschutz und Energiemanagement
- Anpassungsstrategien an den Klimawandel
- Stoffstrommanagement und Abfallwirtschaft
- Luftreinhaltung und Lärminderung
- Flächenkreislaufwirtschaft und Bodenschutz
- Gewässerschutz und Wasserwirtschaft
- Umweltrecht

### Querschnittskompetenzen

- Grundlagenforschung • Anwendungsbezogene Forschung • Gemeinnützige Gutachten und Beratung • Primärerhebungen • Sekundärstatistische Analysen
- Indikatoren und Monitoring • Evaluationen • Benchmarking • Prognosen • Szenarien • Planspiele • Wettbewerbe • Moderation und Mediation

# Institutsleitung und Geschäftsführung

E Organisation,  
Personal und Finanzen



v.l.n.r.: Klaus J. Beckmann, Christina Blödorn, Regina Haschke, Klaus-Dieter Beißwenger, Claudia Euler, Arno Bunzel, Anne Klein-Hitpaß, Cornelia Schmidt, Christoph Albrecht, Patrick Diekelmann, Stephan Matzdorf, Sybille Wenke-Thiem, Busso Grabow

Neben den Leitungsaufgaben ist bei der Institutsleitung und Geschäftsführung das übergreifende Themenfeld »Zukunft der Städte und Stadtregionen, Internationales« angesiedelt. Im Fokus stehen hierbei Arbeiten zur »Nationalen Stadtentwicklungspolitik«, zur »Kommunalen Aufgabenerfüllung im Wandel«, zur »Lokalen und regionalen Governance« sowie zu »Interkommunalen und internationalen Kooperationen« (Näheres zu den Aktivitäten der Institutsleitung und Geschäftsführung in Abschnitt A »Einleitung« sowie in Abschnitt B, »Politik, Verwaltung und Recht« und »Steuerung und Aufgabenorganisation«).

Über diese Forschungsthemen hinaus sind auch die Fortbildungsaktivitäten der »Arbeitsgruppe

Fachtagungen Jugendhilfe« (AGFJ) seit der Umstrukturierung des Instituts direkt in den Bereich der Institutsleitung integriert (Näheres zu den Aktivitäten der Arbeitsgruppe in Abschnitt C »Fortbildung«).

Die beiden Difu-Stabsstellen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichungen/Redaktion (Näheres zu Veröffentlichungen/Redaktion siehe unter Abschnitt D »Wissensmanagement«) sind als weitere zentrale Bereiche mit übergreifenden Aufgaben direkt der Institutsleitung angegliedert. Auch die zentralen Aufgaben der Verwaltung (Finanzen, Personal, Interne Services) sind direkt in den Bereich der Institutsleitung und Geschäftsführung integriert.



v.l.n.r.: Sybille Wenke-Thiem,  
Cornelia Schmidt

Im Rahmen seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit macht das Institut die Difu-Arbeitsergebnisse und -Fortbildungsangebote den Medien sowie der weiteren (Fach-)Öffentlichkeit bekannt. Ein wichtiges Instrument hierfür ist die vierteljährlich in einer Print- und Online-Fassung herausgegebene Zeitschrift »Berichte«, in der neben einem Standpunkt zu einem aktuellen kommunalrelevanten Thema stets Beiträge zu neuen Difu-Studien, Veranstaltungsangeboten und -berichten sowie weiteren Serviceangeboten des Difu veröffentlicht werden. Zusätzlich werden die Mediengruppen anhand von Pressemailings sowie über verschiedene Online-Dienste (neben dem Difu-eigenen Internetauftritt unter anderem auch über den »informationsdienst wissenschaft«) über Difu-Arbeitsergebnisse und -Veranstaltungen informiert.

Das Presseteam ist zudem Kontaktstelle für zahlreiche Medienanfragen der Print- und elektronischen Medien zu allen kommunalrelevanten Themen. So wurde über Difu-Forschungsergebnisse und -Fortbildungsaktivitäten auch im Jahr 2009 intensiv berichtet: Fernsehen und Hörfunk, überregionale und lokale Printmedien sowie zahlreiche Fachpressemagazine berichteten umfangreich über das Institut und seine Aktivitäten. Ausgewählte Ausschnitte aus Presseartikeln und Interviews mit Difu-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftlern werden stets in der Mediennachlese der von der Pressestelle redaktionell und grafisch

umgesetzten Zeitschrift »Berichte« sowie im Internet dokumentiert.

Auch für Anfragen aus Kommunen, der allgemeinen Öffentlichkeit oder Besuchergruppen steht das Presseteam zur Beantwortung bzw. Weitervermittlung zur Verfügung. Im Jahr 2009 informierten sich mehrere internationale Delegationen bei einem Besuch des Instituts über kommunale Themen, unter anderem eine Delegation der Ministerien für Wirtschaft, Planung und Regionalentwicklung sowie Inneres und Dezentralisierung der Republik Kamerun (am 13.2.2009, Vortrag zu den Grundzügen des deutschen Raumordnungsrechts; Dipl.-Ing. Franciska Frölich v. Bodelschwingh), zwei Delegationen des Hope Instituts, Seoul/Südkorea (am 26.8. und 7.12., Vortrag über das Programm Soziale Stadt, Diskussion zu Fragen der Städtebauförderung und der Stadterneuerung; Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss).

Der Difu-Internetauftritt ist das zentrale Informationsmedium nicht nur für die Medien, sondern auch für die kommunal interessierte Community allgemein, was sich auch an den stets hohen Abrufzahlen von Difu-Medieninfos und -Berichtartikeln zeigt. Neben Angaben über Veranstaltungen und Publikationen können umfangreiche Informationen – oft auch im Volltextformat – von der Difu-Homepage abgerufen werden. Folglich war die Vorbereitung für den komplett erneuerten



im Frühjahr 2010 freigeschalteten Difu-Internet-auftritt bereits 2009 eine sehr wichtige Aufgabe. In einem Difu-Arbeitssteam wurden Layout-, Funktionalitäts- und inhaltliche Fragen abgestimmt und entschieden (Näheres zum Internetangebot des Difu unter D »Wissensmanagement«).

Das Institut bietet neben seinen kostenpflichtigen Fortbildungsveranstaltungen auch öffentliche Ver-

anstaltungen zu aktuellen stadtrelevanten Themen an: »Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte« (siehe C »Fortbildung«). Jährlich werden im »Wintersemester« ca. sechs dieser kostenfreien Veranstaltungen angeboten. Für diese Veranstaltungsreihe und das jährliche Treffen der Difu-Ansprechpartnerinnen und -partner der Kommunen (siehe C »Fortbildung«) zeichnet das Difu-Presseteam verantwortlich.

## Personal

Nach der Phase der Umstrukturierung im Jahre 2008 konnte sich das Difu 2009 personell »in ruhiger Fahrwasser« begeben.

Die Überleitung der bislang unter dem rechtlichen Dach des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. (VfK) agierenden Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ) in die fachliche Verantwortung des Difu wurde für die fünf Mitarbeiterinnen mit Wirkung vom 1.1.2010 geplant und realisiert.

Insgesamt 41 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter traten im Jahr 2009 erstmals oder erneut in das Difu ein, mit drei Beschäftigten wurde ein unbefristeter Arbeitsvertrag geschlossen. 23 Männer und Frauen verließen das Institut in 2009, 20 da-

von wegen Ablaufs ihrer befristeten Arbeitsverträge. Drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden 2009 in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Per 31.12.2009 waren im Difu 108 Personen beschäftigt:

- 66 Frauen und 42 Männer,
- 51 in Voll- und 57 in Teilzeit,
- 62 unbefristet und 46 befristet,
- 57 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und 51 nicht wissenschaftliche Beschäftigte,
- 98 am Standort Berlin und zehn am Standort Köln.

E Organisation,  
Personal und Finanzen



v.l.n.r.: Adelheid Zeitel, Steffi Hauschild, Dagmar Kath

E-Mail:	vorname.nachname@difu.de	Dipl.-Ing. Franciska Frölich	
Internet:	www.difu.de	v. Bodelschwingh	-245
Telefon:	030/39001-Durchwahl	Stadtentwicklung, Wohnungspolitik, Planungsrecht, Städtebau	
<b>Institutsleitung/Geschäftsführung</b> Durchwahl		Dipl.-Geogr. Gregor Jekel	-190
Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann	-214	Stadtentwicklung, Wohnungspolitik	
Geschäftsführer und Wissenschaftlicher Direktor		Dipl.-Soz. Detlef Landua	-196
Privatdozent Dr. Arno Bunzel	-238	Kooperationsformen kommunaler Steuerungs- behörden, Jugendhilfeforschung	
Prokurist		Dr. rer. soc. Bettina Reimann	-191
Dipl.-Ing. Claudia Euler	-217	Integrationspolitik, gesundheitsfördernde Stadtentwicklung, integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung	
Assistentin des Wissenschaftlichen Direktors		Christa Rothäusler	-200
Dr. rer. pol. Busso Grabow	-248	Raumordnung, städtebauliche Planung	
Prokurist		Viola Sano	-237
Regina Haschke	-215	Bereichsassistentin	
Assistentin des Wissenschaftlichen Direktors		Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss	-296
Dipl.-Geogr. Anne Klein-Hitpaß	-204	integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung, Stadterneuerung	
Wissenschaftliche Assistentin		Dr.-Ing. Angela Uttke	-270
<b>Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit</b>		Städtebau, Stadtentwicklung und -gestaltung, Baukultur	
Cornelia Schmidt	-208		
Bereichsassistentin, Sachbearbeiterin		<b>Bereich Wirtschaft und Finanzen</b>	
Sybille Wenke-Thiem	-209	Nadine Dräger	-202
Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit		Bereichsassistentin	
<b>Stabsstelle Redaktion</b>		Dr. phil. Holger Floeting	-221
Klaus-Dieter Beißwenger	-282	lokale und regionale Innovationspolitik, wirtschaftlicher Strukturwandel, kommunale Wirtschaftspolitik	
Redakteur		Dr. rer. pol. Busso Grabow	-248
Christina Blödorn	-188	Bereichsleiter	
Layout		Kommunale Wirtschaftspolitik, empirische Wirtschaftsforschung, E-Government, Stadtmarketing, PPP	
Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann	-254	Dr. rer. nat. Beate Hollbach-Grömig	-293
Redakteur		Kommunale Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, interkommunale Kooperation, demographischer Wandel	
<b>Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales</b>		Dipl.-Kfm. (FH) Stefan Schneider	-261
Dipl.-Soz. Maja Arlt	-195	Kommunale Investitionen, PPP, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung	
Kooperationsformen kommunaler Steuerungs- behörden, Jugendhilfeforschung		Dipl.-Sozialwiss. Antje Seidel-Schulze	-198
Dr. rer. pol. Stephanie Bock	-189	Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung, Stadtentwicklung, Statistik	
Stadt- und Regionalentwicklung, internationaler Kontext, Gender Mainstreaming, Begleitforschung		Dipl.-Verwaltungswiss.	
Dipl.-Ing. Christa Böhme	-291	Daniel Zwicker-Schwarm	-154
Integrierte Stadtteilentwicklung, gesundheits- fördernde Stadtentwicklung, Naturschutz, Landschaftsplanung		Kommunale und regionale Wirtschaftsförderung, Innovations- und Technologiepolitik, regionale Kooperation	
Privatdozent Dr. Arno Bunzel	-238		
Bereichsleiter			
Öffentliches Bau- und Planungsrecht, raumrelevantes Umweltrecht			
Dipl.-Geogr. Thomas Franke	-107		
Integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung, Sozialraumorientierung			

<b>Bereich Mobilität und Infrastruktur</b>		Ulrike Vorwerk, M.A.	-17
Dipl.-Ing. Wulf-Holger Arndt	-252	Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz	
Integrierte Verkehrsplanung		Dipl.-Ing. Andrea Wagner	-19
Doris Becker	-264	Umweltschutz in der Stadt- und Regionalentwicklung	
Bereichsassistentin, Sachbearbeiterin			
Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher	-260	<b>Bereich Fortbildung</b>	
Bereichsleiter		Sylvia Bertz	-258
Mobilität, Siedlungs- und Verkehrspolitik, kommunale Verkehrsplanung		Bereichsassistentin	
Dr. Jürgen Gies	-240	Ina Kaube	-259
ÖPNV		Bereichsassistentin	
Garnet Glaser	-120	Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp	-242
Teilnehmermanagement Fahrradakademie		Verwaltungsmodernisierung, öffentliche Finanzwirtschaft, strategische Steuerung, Facility Management, Korruptionsprävention	
Dipl.-Ing. Simone Harms	-132	Dr. rer. nat. Gerd Kühn	-255
Fortbildung Radverkehr		Bereichsleiter	
Dipl.-Ing. Arne Koerdt	-108	Einzelhandel und Stadtentwicklung, kommunale Wirtschaftsförderung und Gewerbepolitik	
Verkehrspolitik, Radverkehr		Bettina Leute	-148
Dipl.-Geogr. Hadia Köhler	-151	Bereichsassistentin	
Kommunale Infrastruktur		<b>Bereich Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)</b>	
Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volkswirt Jens Libbe	-115	Katrin Adam	-136
Kommunale Infrastruktur, öffentliche Dienstleistungen, Begleitforschung und Evaluation		Bereichsassistentin	
Ass. jur. Ulrike Schillemeit	-184	Dipl.-Dok. (grad.) Dörte Jessen	-147
Straßenverkehrsrecht, Fahrradakademie		Öffentlichkeitsarbeit AGFJ	
Dipl.-Pol. Johanna Theunissen	-133	Dipl.-Soz. Kerstin Landua	-135
Fortbildung Radverkehr		Bereichsleiterin	
Dipl.-Geogr. Jörg Thiemann-Linden	-138	Dipl.-Lehrerin Rita Rabe	-271
Stadtplanung, Mobilität, Fahrradverkehr		Literaturdokumentation, Bibliothek	
Dipl.-Ing. Thomas Weber	-134	Dipl.-Übers. Anne Taubert	-139
Fortbildung Radverkehr		Organisation, Tagungsbetreuung, Versand	
<b>Bereich Umwelt (Standort Köln)</b>		<b>Bereich Wissensmanagement</b>	
Telefon: 0221/340308-0		Beatrixe Albrecht-Thiessat	-287
Anna Hogrewe-Fuchs	-16	Bereichsassistentin	
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz		Sachbearbeitung Kommunalweb, kommDEMOS, ORLIS	
Dipl.-Geogr. Franziska Kausch	-11	Dipl.-Ing. Steffen Ehlers	-102
Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz		Web-Content-Management, Internet	
Sigrid Künzel	-0	Christel Fuchs	-276
Bereichsassistentin		Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung; Literaturdokumentation	
Dina Lieder	-15	Dipl.-Math. Norbert Gietzen	-158
Assistentin Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz		IT-Administration, Netzwerkmanagement	
Dipl.-Ing. Vera Lorke	-14	Dipl.-Ing. Christine Grabarse	-288
Umweltschutz in der Stadt- und Regionalentwicklung		Web-Content-Management, Internet-Redaktion	
Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß	030/39001-265	Dipl.-Dok. (grad.) Rita Gräber	-279
Flächenhaushaltspolitik, Flächenmanagement, kommunaler Umweltschutz		Kommunalwissenschaftliche Dissertationen, Literaturdokumentation, Difu-Bibliothek	
Hendrikje Reich, M.A.	-15	Dipl.-Ing. Peter Gröning	-156
Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz		IT-Administration, Netzwerkmanagement	
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler	-18		
Bereichsleiterin			
Kommunaler Umweltschutz, Klimaschutz und Energieeffizienz, Umweltplanung			
Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln	-12		
Kommunale Abfallwirtschaft, Stoffstrommanagement			

Susanne Plagemann, M.A. Bereichsleiterin Internet, IT-Planung, Datenbankproduktion (ORLIS), Informationsdienste, URBADOC	-274	<b>Bereich Verwaltung – Personal</b>	
		Gerhard Handke Sachbearbeiter Arbeitsverträge, Werkverträge und Praktikanten	-123
Doris Reichel, M.A. Web-Content-Management, Internet-Redaktion	-233	Steffi Hauschild Sachbearbeiterin Lohn/Gehalt	-232
Tony Retschei IT-Administration, User-Betreuung	-155	Dagmar Kath Leiterin der Personalstelle	-231
Jörg Schumacher Datenbank-Administration, Internet-Administration	-251	Monika Zuchhold Sachbearbeiterin Reisekosten	-122
<b>Bereich Verwaltung – Haushalt und Finanzen</b>		<b>Bereich Verwaltung – Services</b>	
Stephanie Böttcher Sachbearbeiterin Buchhaltung	-127	Garnet Glaser Sachbearbeiterin Hausverwaltung und Empfang	-120
Petra Devermann Sachbearbeiterin Haushaltsplanung und -durchführung	-121	Jelto Köhler Hausmeister und Haustechnik	-246
Roswitha Thieke Sachbearbeiterin Buchhaltung	-228	Bianca Kovar Sachbearbeiterin Beschaffung und Empfang	-227
Anke Warthemann Sachbearbeiterin Projekte und Kostenverwaltung	-226	Angelika Meller Sachbearbeiterin Vertrieb der Difu-Veröffent- lichungen im Selbstverlag und Registratur	-253
Andreas Weindl Sachbearbeiter Finanzen	-125		
Synke Wenger Sachbearbeiterin Projekthaushalt	-224	Stand: 12/09	

#### Studentische Hilfskräfte am Difu

Ulrich Dilger Stadtentwicklung, Recht und Soziales	Anna-Lena Mielack Wirtschaft und Finanzen
Vera Finger Stadtentwicklung, Recht und Soziales	Alexander Okon Wirtschaft und Finanzen
Beate Jaschik Stadtentwicklung, Recht und Soziales	Karsten Ruddigkeit Wirtschaft und Finanzen
Kristin Müller Stadtentwicklung, Recht und Soziales	Andrea Wagner Wirtschaft und Finanzen
Manuel Ott Stadtentwicklung, Recht und Soziales	Christina Berwind Mobilität und Infrastruktur
Björn Schroth Stadtentwicklung, Recht und Soziales	Sara van Boeckhout Mobilität und Infrastruktur
Lars Wagenknecht Stadtentwicklung, Recht und Soziales	Alexander Hunger Mobilität und Infrastruktur
Jascha Braun Wirtschaft und Finanzen	Tobias Mettenberger Mobilität und Infrastruktur
Franziska Döring Wirtschaft und Finanzen	Rico Noack Mobilität und Infrastruktur
Harald Horster Wirtschaft und Finanzen	Maria Rades Mobilität und Infrastruktur
David Männel Wirtschaft und Finanzen	Alex Tiwa Foning Umwelt
Josiane Meier Wirtschaft und Finanzen	Julian Einhaus Fortbildung

Christoph Albrecht  
Institutsleitung

Stephan Matzdorf  
Institutsleitung

Bettina Petersen  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Kristin Petrich  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Madlen Kunter  
Allgemeine Verwaltung/Personal

David Piechulek  
Allgemeine Verwaltung/Haushalt

Romy Steinberg  
Allgemeine Verwaltung/Service

### **Praktikantinnen und Praktikanten**

Theresa Loos  
Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Lisa Porz  
Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Tihomir Vidermann  
Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Katja Chmilewski  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Victoria Kulecki  
Wirtschaft und Finanzen

Jana Ehrhardt  
Mobilität und Infrastruktur

Manuel Gehlhoff  
Mobilität und Infrastruktur

Johannes Jonck  
Mobilität und Infrastruktur

Janko Löbig  
Mobilität und Infrastruktur

David Piechulek  
Mobilität und Infrastruktur & Allgemeine Verwaltung/  
Haushalt

Martin Schunkert  
Mobilität und Infrastruktur

Christina Steinhauer  
Mobilität und Infrastruktur

Mareike Wierzoch  
Mobilität und Infrastruktur

Christian Gräber  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Steffen Mielke  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Sandra Pretzel  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Steffen Selicko  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Madlen Kunter  
Allgemeine Verwaltung/Personal

Romy Steinberg  
Allgemeine Verwaltung/Service

# Finanzen, Finanzierungsstruktur, Interne Services

## Finanzen und Finanzierungsstruktur



v.l.n.r.: Stephanie Böttcher,  
Busso Grabow, Roswitha  
Thieke, Andreas Weindl,  
Anke Warthemann, Petra  
Devermann, Synke Wenger,  
Klaus J. Beckmann

→ Deutlich verbessertes  
Jahresergebnis

→ Öffentliche Hand als  
wichtigster Finanzmittel-  
geber

Das Haushaltsvolumen des kameralen Abschlusses für das Jahr 2009 lag insgesamt um rund 1,67 Mio. Euro über dem Jahresergebnis für 2008. Die Ergebnisse sind allerdings nicht direkt vergleichbar, da das Institut im Zuge der Umstrukturierung und des Übergangs in die neue Rechtsform im Jahr 2008 in einer Sondersituation war. Der einwohnerbezogene Beitrag, den die kommunalen Zuwender jährlich an das Difu zahlen, blieb unverändert. In der Summe erreichten die Zuwendungen der insgesamt 109 Städte und Verbände/Planungsgemeinschaften, die zusammen rund 23 Millionen Einwohner repräsentieren, mit über 1,5 Mio. Euro wieder das Vorjahresniveau. Im Rahmen der Fehlbedarfsfinanzierung wurden durch den Bund und das Land Berlin als institutionelle Zuwendung 1,35 Mio. Euro bereitgestellt. Im Gegensatz zum Vorjahr, in dem ein Rechnungsüberschuss erzielt wurde, wurden die Mittel zur Deckung des Fehlbedarfs für die Aufgabenerfüllung des Difu vollständig benötigt. Der Anteil der institutionellen Zuwendungen durch den Bund und das Land Berlin betrug damit 16 Prozent des Gesamthaushalts.

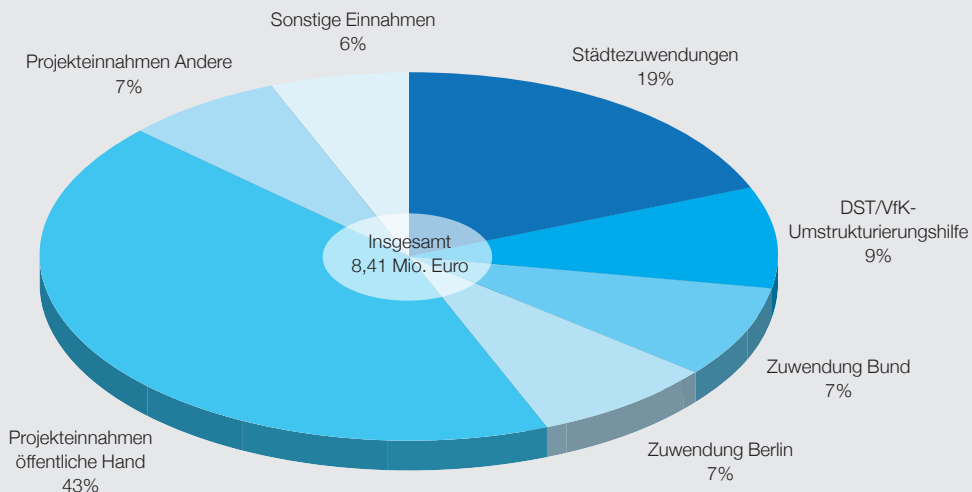
Der Verein für Kommunalwissenschaften (VfK) als Gesellschafter des Difu hat im Jahr 2009 keine direkte Zuwendung an das Institut geleistet; die Zuwendungen sind auch bis zum Jahr 2011 aus-

gesetzt. Im Gegenzug hat der Deutsche Städtetag (DST) umfangreiche Mittel für die Neustrukturierung und den Umzug des Difu bereitgestellt, die anteilig für das Jahr 2009 781 000 Euro betragen.

Im Vergleich zu den Vorjahren gibt es einen weiteren Anstieg der Projekteinnahmen von zuletzt etwa 3,1 Mio. Euro auf 4,2 Mio. Euro. In diesen Einnahmen ist allerdings auch ein nicht unerheblicher Anteil an »durchlaufenden Mitteln« (etwa für Veranstaltungen oder Preisgelder) enthalten. Insgesamt ist der Anteil der durch Projekte, Veröffentlichungen und Seminare erzielten Einnahmen von zuletzt 53 auf 56 Prozent gestiegen. Dabei ist zu beachten, dass etwa 85 Prozent der Einnahmen aus Projekten Fördermittel des Bundes, der Länder oder der Kommunen sind. Mehr als 80 Prozent der gesamten Einnahmen des Instituts kommen somit von der öffentlichen Hand.

Durch größere, länger laufende Drittmittelprojekte (teilweise bis ins Jahr 2012 hinein) ist auch das bereits vertraglich fixierte Drittmittelvolumen für die Jahre 2010 und 2011 erfreulich hoch. So sind für 2011 bereits 76 Prozent der für einen ausgeglichenen Haushalt notwendigen Drittmittel (gemessen an den im Entwurf des Wirtschaftsplans 2011 geplanten Projekteinnahmen) gesichert.

## Finanzierungsstruktur des Difu 2009



## Interne Services

Die internen Serviceleistungen wurden der veränderten Situation nach der Neustrukturierung des Difu angepasst. Durch Bündelung von Tätigkeiten ergaben sich vier Aufgabenbereiche:

- Empfang, Telefon, Posteingang, Beschaffung, Warenannahme, Büromaterialausgabe,
- Kopieren, Binden, Postversand,

- Hausverwaltung und
- (elektronische) Aktenführung und Registratur.

Das Institut ist am neuen Standort damit über einen zentralen Empfang erreichbar, über den auch alle allgemeinen telefonischen Anfragen mit hoher Servicequalität bedient werden.



v.l.n.r.: Garnet Glaser, Bianca Kovar, Angelika Meller







# Kontakte und Kooperationen

Difu-Zuwender

Wissenschaftlicher Beirat

Mitgliedschaften, Gremien  
und weitere Aktivitäten



Durch die enge Kooperation und den ständigen Kontakt zwischen dem Institut und den Städten stellt das Difu sicher, dass seine Forschungs- und Fortbildungsarbeit praxisorientiert gestaltet ist. Besonderen Wert legt es daher auf Kontakte zu Vertreterinnen und Vertretern aus Verwaltung und Politik der Städte. Über die reine Forschungs- und Fortbildungsarbeit hinaus engagieren sich Difu-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zudem in verschiedenen kommunalrelevanten

Gremien und Arbeitsgruppen. So sind sie unter anderem in Gremien des Deutschen Städtetages als Ständiger Gast, in Beiräten der Bundesministerien oder als Jurymitglieder aktiv. Besonders wichtig ist hierbei auch die intensive Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie der Berliner Senatskanzlei und den verschiedenen Berliner Senatsverwaltungen (vgl. auch B »Politik, Verwaltung und Recht«).

## Difu-Zuwender

2009 zählte das Difu über hundert Städte (meist Großstädte), Verbände und Planungsgemeinschaften zum Kreis seiner Zuwender.

Neben Fortbildungsangeboten, schriftlichen Unterlagen und der telefonischen Beratung bietet das Institut ein spezielles Angebot für seine Zu-

wender im Difu-Extranet an (siehe unter D »Wissensmanagement«). Außerdem findet jährlich – meist in wechselnden Städten – ein »Ansprechpartnertreffen« statt. Vertreterinnen und Vertreter der Difu-Zuwender(städte) nehmen gebührenfrei an dieser exklusiv für sie angebotenen Veranstaltung teil (siehe auch C »Fortbildung«).

### Zuwenderstädte

Aachen	Forchheim	Lahr	Potsdam
Amberg	Frankfurt/M.	Landau	Prenzlau
Aschaffenburg	Friedrichshafen	Landshut	Ravensburg
Bautzen	Fürth	Langenhagen	Regensburg
Beelitz	Garbsen	Leipzig	Reutlingen
Berlin	Gelsenkirchen	Lingen	Rheine
Bielefeld	Gießen	Ludwigsburg	Rosenheim
Bocholt	Gotha	Lünen	Rüsselsheim
Bochum	Göttingen	Lutherstadt	Saarbrücken
Bonn	Hamburg	Wittenberg	Schweinfurt
Botrop	Hamm	Magdeburg	Stadtroda
Braunschweig	Hanau	Mainz	Stendal
Bremen	Hannover	Mannheim	Stuttgart
Celle	Heidelberg	Marburg	Suhl
Cottbus	Hennigsdorf	Mühlhausen	Sulzbach-Rosenberg
Cuxhaven	Herne	Mülheim/Ruhr	Trier
Darmstadt	Hildesheim	München	Tübingen
Dortmund	Iserlohn	Münster	Unna
Dresden	Jena	Neuss	Weiden
Düsseldorf	Kaiserslautern	Nürnberg	Weimar
Erfurt	Karlsruhe	Offenbach	Wiesbaden
Erlangen	Kiel	Offenburg	Wiesloch
Essen	Koblenz	Oldenburg	Wismar
Esslingen	Köln	Osnabrück	Wolfsburg
Falkensee	Konstanz	Passau	Wuppertal
Flensburg	Kronberg	Plauen	

### Weitere Zuwender

Regionalverband Ruhr  
Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/  
Rhein-Main  
Region Hannover

Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-  
Fläming  
Verband Region Neckar  
Verband Region Stuttgart  
Zweckverband Großraum Braunschweig

## Wissenschaftlicher Beirat

Beraten wird das Institut von einem Wissenschaftlichen Beirat, der mindestens einmal jährlich tagt. Er berät Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung in fachlicher Hinsicht, vor allem im Hinblick auf Angelegenheiten, die von besonderer Bedeutung für die fachliche und wissenschaftliche Arbeit des Instituts sind, insbesondere das Arbeits- und Fortbildungsprogramm, Projekte und Produkte, die Leitlinien der fachlichen Tätigkeit der Gesellschaft sowie die langfristige strategische Ausrichtung und Entwicklung der Gesellschaft.

Der Beirat besteht aus 20 Mitgliedern: sechs Praktikerinnen und Praktikern, sechs Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, drei Mitgliedern, die von den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Difu aus ihrer Mitte gewählt werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt, drei Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Bundesministerien in den Beirat zu entsenden. Das Land Berlin ist berechtigt, zwei Vertreterinnen und Vertreter in den Beirat zu entsenden. Die Beiratsmitglieder werden jeweils auf drei Jahre gewählt, eine Wiederwahl ist möglich.

### Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats

#### Praxis

Oberbürgermeister a. D. Dr. h. c. Martin

Biermann, Stadt Celle

Beigeordnete Verena Göppert, Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages, Berlin/Köln

Beigeordneter Folkert Kiepe, Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages, Berlin/Köln

Oberbürgermeister a. D. Dr. Gerhard Langemeyer, Stadt Dortmund

Erster Bürgermeister Christian Specht, Stadt Mannheim

Martin zur Nedden, Planungsdezernent der Stadt Leipzig

#### Wissenschaft

Professor Dr. rer. pol. Franz Josef Bade, Technische Universität Dortmund

Professor Dr. Dr. h. c. Ulrich Battis, Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr. Jörg Bogumil, Ruhr-Universität Bochum

Professorin Dr. Gisela Färber, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Professor Dr.-Ing. Martin Haag, Technische Universität Kaiserslautern

Professorin Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn

#### Bund und Land Berlin

Dr. Ulrich Hatzfeld, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin/Bonn,

Leiter der Unterabteilung Stadtentwicklung

Staatssekretärin Maria Krautzberger, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin

Senatsrat Günter Schulz, Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin

#### Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Difu

Dr. Stephanie Bock, Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales, Berlin

Anna Hogrewe-Fuchs, Bereich Umwelt, Köln

Daniel Zwicker-Schwarm, Bereich Wirtschaft und Finanzen, Berlin



Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Instituts für Urbanistik, Sitzung im Dezember 2009. Foto: Sybille Wenke-Thiem.

# Mitgliedschaften, Gremien und weitere Aktivitäten

F Kontakte und Kooperationen

## Dipl.-Ing. Wulf-Holger Arndt

Mitglied, Arbeitskreis »Erhebungsmethoden im Wirtschaftsverkehr« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

## Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Ständiger Gast, Bau- und Verkehrsausschuss des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Umweltausschuss des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Kulturausschuss des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Oberbürgermeistertreffen Ost des Deutschen Städtetages.

Vorsitz, Beirat für Raumordnung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Mitglied seit 1999, Vorsitzender seit 2001).

Vorsitz, Wissenschaftlicher Beirat für Verkehr des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Mitglied, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), Berlin.

Ordentliches Mitglied, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).

Assoziiertes Mitglied, acatech – Konvent für Technikwissenschaften der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e.V.

Konsultationspartner, Arbeitsgruppe »Alternde Gesellschaft« der Leopoldina/acatech.

Leiter, Arbeitsgruppe »Verkehrsplanung« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Mitglied, Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e.V., Köln (DVWG).

Mitglied, Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL), Berlin (Mitglied im Vorstand 1988–1995, stellv. Vorsitzender 1989–1992, Vorsitzender 1992–1995).

Mitglied, Transferbeirat des LOEWE-Schwerpunkts »Eigenlogik der Städte«, TU Darmstadt.

Mitglied, Beirat des Stadtforums Berlin.

Beirat, Stadtentwicklungsplan München.

Beirat, Verkehrsentwicklungsplan Dresden.

Beirat, Verkehrsentwicklungsplan Berlin.

## Dr. rer. pol. Stephanie Bock

Mitglied, Fachbeirat für frauenspezifische Belange bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin.

Berufung in den Wissenschaftlich-Technischen Beirat (WTB) des am UFZ angesiedelten BMBF-Projekts TASK (Terra-, Aqua- und Sanierungskompetenzzentrum Leipzig).

Berufung in die Expertenrunde zum Forschungsgutachten »Barrierefreie Stadtquartiere« im

ExWoSt-Forschungsfeld »Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere«.

## Dipl.-Ing. Christa Böhme

Mitglied, Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung (AGGSE) beim Deutschen Institut für Urbanistik.

Mitglied, Beratender Arbeitskreis »Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten« der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Mitglied, Beirat, Modellprojekt »Engagement-Lotsen im Stadtteil – ein sozialräumliches Projekt zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements« im Rahmen der Bundesinitiative »Nationale Stadtentwicklungspolitik«.

Mitglied, Fachbeirat, Kompetenzzentrum Familiengesundheitspflege zur Etablierung der Familiengesundheitspflege in Deutschland.

Mitglied, Forschungsbeirat, Projekt »Strukturbildung für Prävention und Gesundheitsförderung in einem sozial benachteiligten Quartier« des Institutes für Medizin-Soziologie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf.

Jurymitglied, KfW-Award 2009 »Europäisch leben – europäisch wohnen« mit dem Jahresthema »Fitnessprogramm für die eigenen vier Wände – Wohneigentum energetisch sanieren und ästhetisch bewahren«.

Jurymitglied, Wettbewerb »Vorbildprojekte der Sozialen Stadt NRW«.

## Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher

Mitglied/Sprecher, Arbeitsgruppe »FahrRat« (zur Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Verkehr) der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin.

Mitglied, Ausschuss »Fußverkehr« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Mitglied, Ausschuss »Radverkehr« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Mitglied, Arbeitskreis »City-Maut« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Mitglied, Bund/Länder-Arbeitskreis »Fahrradverkehr«.

Beiratsmitglied, Radverkehr des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Ständiger Gast, Fachkommission Verkehrsplanung des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Kommunale Koordinierungsgruppe Radverkehr.

Mitglied, Wissenschaftlicher Beirat des VCD.

Mitglied, Fachausschuss »Radverkehr« von SRL und ADFC.

Jurymitglied, Wettbewerb »Zero Emission Mobility« des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

## Privatdozent Dr. Arno Bunzel

Mitglied, Fachkommission Baurecht des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Planungs- und Bauausschuss des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg (bis 11/2009).

Ständiger Gast, Fachkommission Stadtplanung des Deutschen Städtetages.

Mitglied, Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL.

Mitglied, Gesellschaft für Umweltrecht.

## Dr. phil. Holger Floeting

Mitglied, Netzwerk TA – Netzwerk der deutschsprachigen Technikfolgenabschätzungs-Community.

Mitglied, Arbeitskreis »Geographie der Telekommunikation und Kommunikation« der Deutschen Gesellschaft für Geographie.

Mitglied, Programm-Komitee Competence Center of Urban and Regional Planning – CORP, Wien.

Mitglied, Programm-Komitee Berlin Open 2009 – Wissen, Vernetzung, Innovation.

## Dipl.-Geogr. Thomas Franke

Beiratsmitglied, Modellprojekt »Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt« (Nationale Stadtentwicklungspolitik) der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. (2008–2009).

Mitglied, Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetages.

## Dr. rer. pol. Busso Grabow

Ständiger Gast, Ausschuss für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt des Deutschen Städtetages.

Jurymitglied, PPP-Innovationspreis des »Behörden-Spiegel« und des Bundesverbandes PPP unter Schirmherrschaft von Staatssekretär Werner Gatzler, Bundesministerium der Finanzen.

## Dr. Werner Heinz

Ständiger Gast, Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetages.

Mitglied, AG »Creative Class« der Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetages.

**Dr. rer. nat.**

**Beate Hollbach-Grömig**

Mitglied, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).  
Mitglied, Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL.

**Dipl.-Geogr. Gregor Jekel**

Ständiger Gast, Fachkommission Wohnungswesen des Deutschen Städtetages.

**Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp**

Mitglied, KGSt-Arbeitskreis »Kommunale Fortbildung«.  
Mitglied, »Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik« (hervorgegangen aus dem KGSt-Innovationszirkel Integrationspolitik).

**Dipl.-Ing. Arne Koerdtt**

Ständiger Gast, Kommunale Koordinierungsgruppe Radverkehr.  
Mitgliedschaft, Fachausschuss »Radverkehr« von SRL und ADFC.

**Dipl.-Soz. Kerstin Landua**

Ständiger Gast, Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Großstadtjugendämter, Deutscher Städtetag.

**Dipl.-Sozialökonom/Dipl.-Volkswirt Jens Libbe**

Mitglied, Deutsche Gesellschaft für Evaluation.  
Sachverständiger, Städtebaulich-freiraumplanerisches Workshopverfahren KLIMAHÄUSER HAULANDER WEG, Internationale Bauausstellung Hamburg.

**Dipl.-Ing. Vera Lorke**

Gast, Arbeitsgruppe Denkmalschutz des Städtetages NRW.

**Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß**

Beirats- und Jurymitglied, GRÜNE LIGA Berlin e.V., IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Netzwerk 21-Kongress Bundesweiter Fortbildungs- und Netzwerke.

**Dr. rer. soc. Bettina Reimann**

Mitglied, AG Politiktransfer des Kooperationsprojekts für nachhaltige Prävention und Präventionsforschung (KNP), Hannover/Köln.

**Dipl.-Ing. Cornelia Rösler**

Ständiger Gast, Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages.  
Ständiger Gast, Umweltamtsleiterkonferenz der Großstädte.  
Ständiger Gast, Umweltamtsleiterkonferenz der Mittelstädte.  
Ständiger Gast, Amtsleiterkonferenz Umwelt des Städtetags NRW.  
Ständiger Gast, Arbeitskreis Energieeinsparung des Deutschen Städtetages.  
Ständiger Gast, Arbeitsgruppe Nachhaltiges Wirtschaften des Deutschen Städtetages.  
Jurymitglied, Bundesstiftung Umwelt und Deutsche Umwelthilfe, Wettbewerb »Klimaschutzkommune«.  
Jurymitglied, Bundesstiftung Umwelt und Deutsche Umwelthilfe, Preisverleihung »Klimaschutzkommune« (Laudatorin).

**Ass. Iur. Ulrike Schillemeit**

Mitglied, Arbeitskreis III (Rechtsfragen des städtischen Verkehrs) der Fachkommission ÖPNV des Deutschen Städtetages.

**Dipl.-Sozialwiss.**

**Antje Seidel-Schulze**

Mitglied, Verband Deutscher Städtestatistiker.

**Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss**

Ständiger Gast, Fachkommission Stadtplanung des Deutschen Städtetages.

**Dipl.-Geogr.**

**Jörg Thiemann-Linden**

Mitglied, Arbeitskreis »Verkehrsentwicklungsplan«, Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).  
Mitglied, Arbeitskreis »Aktuelle Themen des Radverkehrs« (ERA-AK), Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).  
Mitglied, Arbeitskreis »Barrierefreie Verkehrsanlagen«, Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).  
Sprecher, Verkehrsplaner-Netzwerk »Forum Mensch und Verkehr«, SRL (Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung).  
Mitglied, Shared-Space-Arbeitskreis »Straßenraum« und Arbeitskreis »Radverkehr« der SRL.

**Dr.-Ing. Angela Uttke**

Ständiger Gast, Fachkommission Denkmalschutz des Deutschen Städtetages.  
Ständiger Gast, Arbeitskreis Denkmalpflege NRW des Deutschen Städtetages.

**Sybille Wenke-Thiem**

Ständiger Gast, Presseausschuss des Deutschen Städtetages.  
Ständiger Gast, Konferenz der Städtischen Pressereferenten, Deutscher Städtetag.  
Ständiger Gast, Seminar der Städtischen Pressereferenten des Deutschen Städtetages.

**Dipl.-Verwaltungswiss.**

**Daniel Zwicker-Schwarm**

Ständiger Gast, Fachkommission Wirtschaftsförderung des Deutschen Städtetages.



# Daten und Fakten

Forschungsprojekte im Überblick

Veröffentlichungen

Veranstaltungen

Vorträge





## Laufende Projekte 2009

	Projektbezeichnung	Auftraggeber	Verantwortlich
<b>Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales</b>			
	REFINA (Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement)	Bundesministerium für Bildung und Forschung über Projektträger Jülich	Bock
	Bundestransferstelle Soziale Stadt, Baustein VI	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Böhme/Franke
	Heranziehung externen Sachverständigen bei Gesetzgebung im Städtebaurecht – Fachöffentliche Einzelveranstaltungen 2010	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Bunzel
	Verkehrsinfrastrukturpolitik zwischen Globalisierung, Konjunkturprogrammen und Wachstumserfordernissen	Institut für Verkehrswissenschaften, Uni Köln	Beckmann
	Evaluation der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Jekel
	Bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich Früher Hilfen	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	Landua, D.
	Herausforderungen des demografischen Wandels bewältigen: Kommunale Erfahrungen und Ansätze	diverse Städte	Frölich von Bodelschwingh
	Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht	eigenfinanziert	Bunzel
	Bauleitplanung & Internet	eigenfinanziert	Strauss
	Umfrage zum Novellierungsbedarf der Baunutzungsverordnung	eigenfinanziert	Bunzel
<b>Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen</b>			
	Urban Audit Analysis II	EU über RWI	Seidel-Schulze
	Der Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der territorialen Agenda der EU in Deutschland	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Zwicker-Schwarm
	Stadtentwicklungskonzept Gewerbe Landeshauptstadt Potsdam	Landeshauptstadt Potsdam	Zwicker-Schwarm
	Jahresgutachten 2009/2010 zu den Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber	Informationszentrum Mobilfunk e.V.	Grabow
	Szenarien nachhaltiger Stadtentwicklung	Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung	Grabow
	REFINA eGovernment (»FLITZ – Flächen ins Netz«)	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über Projektträger Jülich	Grabow
	ServiceStadt Berlin 2016	Bezirksamt Marzahn von Berlin	Schneider
<b>Arbeitsbereich Mobilität und Infrastruktur</b>			
	Fahrradportal	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Bracher
	Fahrradakademie	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Bracher

	Projektbezeichnung	Auftraggeber	Verantwortlich
	netWORKS II – Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Kommunalbeispiele für eine zukunftsfähige Wasser- und Abwasserversorgungsinfrastruktur	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Projektträger Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt	Libbe
	Verkehrs- und Kostenfolgen der Siedlungsplanung	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Lehmbrock
	Active Access	EU	Bracher
	Transferstelle Fahrrad International 2009–2011	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Bracher
	Forschungsassistenz Leihräder – Öffentliche Fahrradverleihsysteme – innovative Mobilität in Städten	Wuppertal-Institut	Bracher
	Infrastruktur und Stadtentwicklung	Wüstenrot-Stiftung	Libbe
	Wettbewerb und Dokumentation »Öffentliche Leihfahrräder« Bundesweiter Modellversuch »Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme – Neue Mobilität in Städten«	Wuppertal-Institut	Bracher
	Städtischer Wirtschaftsverkehr	eigenfinanziert	Arndt
	Kommunaler Nutzen des ÖPNV	eigenfinanziert	Gies

#### Arbeitsbereich Umwelt

	Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über Projektträger Jülich	Rösler
	Leitfaden Kommunaler Klimaschutz	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über Projektträger Jülich	Rösler
	Klimafibel	Regionalverband Ruhr	Rösler
	Optimierung der Sammlung FCKW-haltiger Kühlgeräte	Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen	Verbücheln

## Abgeschlossene Projekte 2009

	Projektbezeichnung	Auftraggeber	Verantwortlich
<b>Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales</b>			
	»Mehr als gewohnt: Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung«	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Projektträger Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt	Reimann
	Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Franke
	4. Bundeswettbewerb »Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention – Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort«	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	Böhme
	Bundestransferstelle Soziale Stadt, Baustein V	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Böhme/Franke
<b>Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen</b>			
	Der Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Hollbach-Grömig
	Umfrage zu Public-Private-Partnerships 2008/09	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Grabow
	Mobilfunk »Workshop Alternativstandorte«	Informationszentrum Mobilfunk e.V.	Grabow
	KfW-Umfrage zu kommunaler Haushaltslage, Finanzierungsbedarfen und Investitionstätigkeiten	KfW Bankengruppe	Grabow
<b>Arbeitsbereich Mobilität und Infrastruktur</b>			
	ParkenBerlin – Parkraummanagement in Berlin	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Projektträger TÜV Rheinland	Lehmbrock
	Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme	Wuppertal-Institut	Bracher
	Zusatzveranstaltung Sachsen STVO-Novelle	Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Sachsen	Bracher
<b>Arbeitsbereich Umwelt</b>			
	Optimierung von Stoffkreisläufen	diverse Städte	Rösler
	Rüsselsheim 2020	Stadt Rüsselsheim	Heinz
	Stoffströme in der Abfallwirtschaft – eine Marktanalyse	Verband kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung im VKU	Verbücheln
	Planspiel Abfallwirtschaft	diverse Stadtwerke	Verbücheln
<b>Arbeitsbereich Fortbildung</b>			
	Studie zur »ServiceStadt Berlin 2016 – Anforderungen an die zukünftige Ausgestaltung der Leistungs- und Serviceangebote im Land Berlin unter sich verändernden Rahmenbedingungen«	Berlin, Senatsverwaltung für Inneres	Knipp
<b>AGFJ</b>			
	Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Landua, K.

Veröffentlichungen nach Themenbereichen sowie Autorinnen und Autoren aus dem Difu (hervorgehoben; ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

## Städtebau und Stadtentwicklung

**Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.):** Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren. Ansätze und Beispiele aus dem Förderschwerpunkt REFINA, Berlin 2009 (Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA Band IV).

**Bock, Stephanie:** Wege zum nachhaltigen Flächenmanagement – Themen, Projekte und erste Ergebnisse des Förderschwerpunktes REFINA, in: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit und Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.): 2. Bayerisches Flächenspar-Forum 30.09.–01.10. 2009. Tagungsband, München/Augsburg 2009, S. 7–13.

**Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe:** Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren, in: Bock, Stephanie, u.a. (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren. Ansätze und Beispiele aus dem Förderschwerpunkt REFINA, Berlin 2009, S. 11–26.

**Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe:** Strategische Ansätze zur Kommunikation des Themas Fläche: Fazit und Ausblick, in: Bock, Stephanie, u.a. (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren. Ansätze und Beispiele aus dem Förderschwerpunkt REFINA, Berlin 2009, S. 203–209.

**Bock, Stephanie:** Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Förderschwerpunktes »REFINA«. Gemeinsame Wege von Forschung und Kommunalpraxis zu nachhaltigem Flächenmanagement, in: RaumPlanung 142, Februar 2009, S. 11–15.

**Bock, Stephanie, und Thomas Preuß:** Neue Wege im Flächenmanagement – Forschungs- und Praxisansätze aus REFINA, in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung (ZAU), Sonderheft »Flächenmanagement im Wandel«, Sonderheft 16/2009, S. 56–70.

**Böhme, Christa:** Das Bundesprogramm Soziale Stadt – Ziele, Inhalte, Strukturen, in: Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen und Gesunde-Städte-Sekretariat (Hrsg.): Dokumentation der ersten Regionalkonferenz Nordrhein-Westfalen »Gesundheitsförderung in der Sozialen Stadt« vom 25. November 2008 in Düsseldorf, 2009, S. 24–29.

**Böhme, Christa, und Thomas Franke:** Zusammenspiel städtebaulicher Investitionen und sozial-

integrativer Maßnahmen: Jubiläumskongress »10 Jahre Soziale Stadt – Das Bund-Länder-Programm in der Praxis«, in: Info-Dienst für Gesundheitsförderung, H. 3 (2009), S. 18–19. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Modellvorhaben der Sozialen Stadt. Gute Beispiele für sozial-integrative Projekte (Bearbeitung: **Böhme, Christa, Thomas Franke und Angela Uttke** unter Mitarbeit von Kristin Petrich und Manuel Ott), Berlin 2009 (<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=GXASOFUK>).

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen. Projektabschlussbericht (Bearbeitung: Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin: **Franke, Thomas, Franciska Frölich v. Bodelschwing, Wolf-Christian Strauss, Lars Wagenknecht, Ulrich Dilger**; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn: Adam, Brigitte [Leitg.]), Bonn 2009 (BBSR-Online-Publikation, Nr. 37/2009).

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen. Anhangband (Bearbeitung: Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin: **Franke, Thomas, Franciska Frölich v. Bodelschwing, Wolf-Christian Strauss, Lars Wagenknecht, Ulrich Dilger**; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn: Adam, Brigitte [Leitg.]), Bonn 2009 (BBSR-Online-Publikation, Nr. 37/2009).

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Jubiläumskongress 10 Jahre Soziale Stadt – Das Bund-Länder-Programm in der Praxis (Bearbeitung: **Franke, Thomas, Wolf-Christian Strauss, Christa Böhme und Patrick Diekelmann**), Berlin 2009 (<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=8C2Y5MEL>).

**Bundestransferstelle Soziale Stadt im Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.):** Soziale Stadt info 23, Schwerpunkt: Engagement von Akteuren vor Ort, Berlin, April 2009 (<http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/newsletter/>).

**Floeting, Holger:** Selbständigkeit von Migranten und informelle Netzwerke als Ressource für die Stadtentwicklung, in: Yildiz, E., und B. Mattausch (Hrsg.): Urban Recycling. Migration als Großstadt-Ressource, Basel/Gütersloh 2009 (Bauwelt Fundamente), S. 52–62.

**Grabow, Busso,** und Anna Becker: Metropolregionen – Quellen und Mündungen von Wanderungsströmen, in: Knieling, Jörg (Hrsg.): Metropolregionen. Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit, Hannover 2009 (Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 231), S. 270–299.

**Hollbach-Grömig, Beate, und Holger Floeting:** Der Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung, Bonn 2009 (BBSR-Online-Publikation Nr. 35/2009).

**Hollbach-Grömig, Beate, und Holger Floeting:** The German federal government's contribution to sustainable urban development, Bonn 2009 (BBSR-Online-Publikation Nr. 35/2009. Junker, Rolf, und **Gerd Kühn:** Einkaufscenter und Innenstädte – Trends, Auswirkungen, Handlungsempfehlungen, in: Neues Archiv für Niedersachsen, H. 2/2009, S. 52–71.

**Preuß, Thomas,** und Uwe Ferber: Flächenkreislaufwirtschaft – Neue Impulse für die Innenentwicklung, in: Flächenmanagement und Bodenordnung, H. 71/2009, S. 241–251.

**Preuß, Thomas, und Stephanie Bock:** Neue Wege im Flächenmanagement – Forschungs- und Praxisansätze aus REFINA, in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Sonderheft »Flächenmanagement im Wandel«, S. 56–70.

**Reimann, Bettina, und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje:** Selbständigkeit von Migranten – ein Motor für die Integration? Bedingungen und Perspektiven, in: Gesemann, Frank, und Roland Roth (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen, Wiesbaden 2009, S. 497–515.

**Reimann, Bettina:** Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtbau Ost, in: Difu-Berichte 1/2009, Berlin 2009, S. 17–18.

**Seidel-Schulze, Antje, Busso Grabow (Mitarb.) und Verena Tobsch (Mitarb.):** Lebenszufriedenheit in europäischen Städten. Auswertung des Urban Audit European Perception Survey, Berlin 2009 (Difu-Papers).

**Strauss, Wolf-Christian, und Angela Uttke:** 39. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung in Greifswald, in: Difu-Berichte 2/2009, Berlin 2009, S. 12.

**Uttke, Angela:** Kommunale Friedhofsentwicklung – aktuelle Tendenzen und Herausforderungen, in: LVR (Hrsg.): Friedhöfe im Wandel, Köln 2009.

**Uttke, Angela:** Supermärkte und Lebensmittel-discounter. Wege der Städtebaulichen Qualifizierung, Dortmund 2009.

**Uttke, Angela:** Versorgungsstrukturen im Siedlungsbau. Entwicklungen und Perspektiven am Beispiel der Nahversorgung, in: Reicher/Schauz (Hrsg.): IBA\_Wohnen. Wohnen mit und nach der IBA Emscher Park, Dortmund 2009.

**Uttke, Angela:** Youth Designing their own Environment, in: Creating the Future. Ideas on Architecture and Design Education, Helsinki 2009.

Küpper, Swantje, und **Angela Uttke:** PLANERIN Heft 4/2009, Schwerpunktthema: Förderlandschaften. Für jeden etwas, Berlin 2009.

## Wohnen

- Jekel, Gregor:** Wohnungsgenossenschaften in der Stadtentwicklung, in: Difu-Berichte 2/2009, Berlin 2009, S. 7.
- Jekel, Gregor:** Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt, in: Difu-Berichte 3/2009, Berlin 2009, S. 4–5.
- Jekel, Gregor:** Wohnungsgenossenschaften und Kommunen, in: Difu-Berichte 4/2009, Berlin 2009, S. 5.
- Jekel, Gregor:** Stadtpolitik und das Neue Wohnen in der Innenstadt. Paper zum 3. Haleschen Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft: »Zur Zukunft der kommunalen Wohnungspolitik«, Halle 2009.
- Jekel, Gregor:** Das neue Interesse am Wohnen in der Stadt. Interviewt durch Ulrich Brinkmann in: Bauwelt 6/2009, Themenheft »Stadtwohnen«, Berlin 2009, S. 21–23.
- Reimann, Bettina:** Handlungsfeld Wohnen, in: Mund, Petra, und Bernhard Theobald (Hrsg.): Kommunale Integration von Menschen mit Migrationshintergrund – ein Handbuch, Berlin 2009, S. 260–266.

## Bevölkerung und Soziales

- Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.):** 1. Fachtag zur Zukunft der Jugendhilfe zum Thema: Soziale Arbeit zwischen Gemeinnützigkeit und Gewinnorientierung: Wie + wohin entwickelt sich die Trägerlandschaft? 04. Dezember 2008. Präsentationen zu den Vorträgen, Berlin 2009, [http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de/veranstaltungen/dokumentation.phtml?termine\\_id=1573](http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de/veranstaltungen/dokumentation.phtml?termine_id=1573)
- Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.):** KINDERarmut + KinderARMUT? Lebenssituationen und Zukunftsperspektiven von Kindern und Familien in Deutschland – Konsequenzen für die Jugendhilfe. Dokumentation des 11. Berliner Diskurses zur Jugendhilfe am 23./24.10.2008, Berlin 2009 (Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe, Bd. 69).
- Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.):** Frühe Hilfen interdisziplinär gestalten. Zum Stand des Aufbaus Früher Hilfen in Deutschland. Dokumentation der Tagung vom 19.–21.11.2008, Berlin 2009 (Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe, Bd. 70).
- Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.):** Kinder- und Jugendhilfe (nicht) nur für Deutsche?! Interkulturelle Arbeit im Sozialraum. Dokumentation der Tagung am 29./30.01.2009, Berlin 2009 (Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe, Bd. 71).
- Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.):** Das Jugendamt im Spiegel der Medien. Hilfen und Hinweise im Umgang mit Medien/Krisenmanagement. Dokumentation der Tagung am 23./24.04.2009, Berlin 2009 (Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe, Bd. 72).
- Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.):** Vom Willkommensbesuch zum verpflichtenden Hausbesuch. Veränderte Auftragslage für die Jugendhilfe (durch das Kinderschutzgesetz)? Eine Praxisdebatte zu aktuellen Fragestellungen im Kinderschutz. Dokumentation der Tagung

- am 18./19.06.2009, Berlin 2009 (Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe, Bd. 73).
- Bär, Gesine, Christa Böhme und Bettina Reimann:** Gesundheitsförderung und Stadtteilentwicklung, in: Kuhn, Detlef, Ingrid Papies-Winkler und Dieter Sommer (Hrsg.): Gesundheitsförderung mit sozial Benachteiligten. Erfahrungen aus der Lebenswelt Stadtteil, Frankfurt am Main 2009, S. 249–259.
- Bär, Gesine, Christa Böhme und Bettina Reimann:** Kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung im Stadtteil, Berlin 2009 (Difu-Arbeitshilfe).
- Bär, Gesine, und Bettina Reimann:** Herausforderungen einer partizipativen Begleitforschung in gesundheitsfördernden Stadtteilentwicklungsprozessen, in: Gesundheit Berlin (Hrsg.): Dokumentation 14. bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit, Berlin 2009, S. 1–5 [CD].
- Bär, Gesine, Christa Böhme und Bettina Reimann:** Mehr als gewohnt: Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung, in: Stadtpunkte. Aktuelle Informationen der HAG zur Gesundheitsförderung in Hamburg, H. 1, Hamburg 2009, S. 5–6.
- Böhme, Christa, und Bettina Reimann:** Suchtprävention für Kinder und Jugendliche. 4. Bundeswettbewerb zur kommunalen Suchtprävention erfolgreich beendet, in: Info-Dienst für Gesundheitsförderung, H. 3/2009, S. 22.
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.):** Bundeswettbewerb »Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention«. Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort. September 2008 bis Juni 2009. Dokumentation. Im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Bearbeitung: **Böhme, Christa, Michael Bretschneider und Bettina Reimann**), Berlin 2009.
- Floeting, Holger:** Sicherheit in den Städten – welchen Beitrag können globale Fernerkundungssysteme leisten?, in: Lingner, St., und W. Rathgeber (Hrsg.): Globale Fernerkundungssysteme und Sicherheit. Beiträge durch neue Sicherheitsdienstleistungen?, Bad Neuenahr-Ahrweiler 2009 (Europäische Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen, Graue Reihe Nr. 49), S. 35–50.
- Landua, Detlef, und Maja Arlt:** Netzwerke im Bereich Frühe Hilfen verstärkt: Umfrageergebnisse, in: Difu-Berichte, 3/2009, S. 13.
- Landua, Kerstin:** Kinder- und Jugendhilfe (nicht) nur für Deutsche?! Ein Tagungsbericht, in: Difu-Berichte 2/2009, S. 13; ebenso in: ZKJ Kindschaftsrecht und Jugendhilfe 5/2009, S. 206–207; AFET Dialog Erziehungshilfe 1/2009, S. 36–37.
- Landua, Kerstin:** Kinder schützen – Familien stützen! Ein Tagungsbericht über Kinderschutz ohne ein (neues) Kinderschutzgesetz, in: Difu-Berichte 3/2009, S. 12; ebenso in: Niedersächs. Städtetag NST-N 8/2009, S. 138–141; JugendhilfeReport 3/2009, S. 47.
- Landua, Kerstin:** Warum versteht uns keiner? Das Jugendamt im Spiegel der Medien. Ein Tagungsbericht, in: Difu-Berichte 3/2009, S. 14–15, ebenso in: ZKJ Kindschaftsrecht und Jugendhilfe 8/9 2009, S. 361–363; AFET Dialog Erziehungshilfe 2/2009, S. 41–44; Sozialmagazin, 34. Jahrgang 7–8/2009, S. 91–94; Jugendhilfe 47 4/2009, S. 266–270.
- Landua, Kerstin:** Was ist ein sicherer Ort für ein sehr junges Kind? Ein Tagungsbericht, in: Difu-Berichte 4/2009, S. 18.

- Landua, Kerstin:** Das aktive Jugendamt im familiengerichtlichen Verfahren. Ein Tagungsbericht, in: Difu-Berichte 4/2009, S. 19.
- Landua, Kerstin:** Fachtagung »Konzepte der Personalbemessung + Qualitätsstandards im Allgemeinen Sozialen Dienst«. Tagungsbericht, in: Unsere Jugend 4/2009, S. 187–189; ebenso in: Jugendhilfe 47 1/2009, S. 90–92.
- Landua, Kerstin:** Frühe Hilfen, das heißt: »Kinder schützen, bevor sie es brauchen...«. Ein Tagungsbericht, in: Blickpunkt Jugendhilfe H. 3/2009, S. 48–51, ebenso in: AFET Dialog Erziehungshilfe 1/2009, S. 39–42.
- Landua, Kerstin:** KINDERarmut + KinderARMUT? Ein Tagungsbericht, in: Kindschaftsrecht und Jugendhilfe 1/2009, S. 31–32; ebenso in: Niedersächs. Städtetag NST-N 1/2009, S. 17–18; Jugendhilfe 47 1/2009, S. 87–90; Sozialmagazin 34. Jahrgang 2/2009, S. 62–63.
- Reimann, Bettina, Gesine Bär und Christa Böhme:** Mehr als gewohnt: Die Innenstadt von Fürth macht sich stark für Gesundheitsförderung, in: Gesundheit Berlin e.V. (Hrsg.): Gesundheitsförderung in den Quartieren der Sozialen Stadt. Auf dem Weg zu einer neuen Qualität der Zusammenarbeit in den Ländern, Berlin 2009, S. 146–148.
- Reimann, Bettina:** Kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung im Stadtteil, in: Difu-Berichte 3/2009, S. 9.

## Politik, Verwaltung und Recht

- Beckmann, Klaus J., Arno Bunzel und Gerd Schmidt-Eichstaedt (Hrsg.):** Städte im europäischen Verfassungssystem. Dokumentation des gemeinsamen Symposiums des Deutschen Städtetages und des Deutschen Instituts für Urbanistik am 28. Mai 2008 in Berlin, Berlin 2009 (Difu-Impulse, Bd. 2).
- Bunzel, Arno:** Praxiserfahrungen beim Stadtumbau Ost, in: Landes- und Kommunalverwaltung (LKV) 2009, S. 241–248.
- Bunzel, Arno:** Bebauungspläne für die Erhaltung und Entwicklung »zentraler Versorgungsbereiche«, in: KommJur 2009, S. 449–458.
- Bunzel, Arno, Heinz Janning, Stephan Kruse und Gerd Kühn:** Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche, Berlin 2009 (Difu-Arbeitshilfe).
- Bunzel, Arno:** Brauchen wir eine neue BauNVO?, Diskussionspapier vom 3. April 2009, [http://www.difu.de/sites/difu.de/files/images/difu-berichte/2009/4/diskussionspapier\\_bauuvo.pdf](http://www.difu.de/sites/difu.de/files/images/difu-berichte/2009/4/diskussionspapier_bauuvo.pdf)
- Heinz, Werner, und Christoph Hagen:** Kommunen und ihre Beratungsbedarfe in ausgewählten europäischen Ländern, Berlin 2009 (Difu-Papers).
- Heinz, Werner, und Christoph Hagen:** Kommunen und ihr Beratungsbedarf in ausgewählten europäischen Ländern, hrsg. vom Deutschen Städtetag, Berlin 2009.

## Wirtschaft

- Hollbach-Grömig, Beate:** Kommunale Wirtschaftsförderung in Deutschland, in: Alternative Kommunalpolitik (AKP), H. 6/2009, S. 38–41.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): Transnationale Perspektiven für eine innovationsorientierte Wirtschaftsförderung. Wie Kommunen und Regionen INTERREG IV B nutzen können (Bearbeitung: **Zwicker-Schwarm, Daniel, Holger Floeting**)

und Karsten Ruddigkeit), Bonn 2009 (Sonderveröffentlichung).

## Finanzen und Investitionen

**Grabow, Busso, Stefan Schneider, Antje Seidel-Schulze (Mitarb.) und Jascha Braun (Mitarb.):** PPP-Projekte in Deutschland 2009 – Erfahrungen, Verbreitung, Perspektiven. Ergebnisbericht, Berlin 2009 (Difu-Sonderveröffentlichung).

**Grabow, Busso, und Stefan Schneider:** Difu-Studie: PPP-Projekte in Deutschland 2008. Verbreitung, Erfahrungen, Perspektiven, in: Baumgärtner, Frank, Thomas Esser und Rudolf Scharping (Hrsg.): Public Private Partnership in Deutschland. Das Handbuch, F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH, Frankfurt am Main 2009, S. 224–243.

**Grabow, Busso:** Kommunale Infrastruktur: Nur mit Bedacht investieren bringt auch nachhaltige Effekte, in: ifo Schnelldienst, H.2/2009 (Rubrik »Zur Diskussion gestellt. Konjunkturpaket II: Was bringen Investitionen in Infrastruktur?«), S. 12–15.

**Schneider, Stefan:** Der kommunale Investitionsbedarf und seine Finanzierungsmöglichkeiten, in: Die Zukunft der städtischen Infrastrukturen. Themenheft. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK), H. II/2008, Berlin 2009, S. 17–36.

**Preuß, Thomas, und Holger Floeting (Hrsg.):** Folgekosten der Siedlungsentwicklung. Bewertungsansätze, Modelle und Werkzeuge der Kosten-Nutzen-Betrachtung, Berlin 2009 (Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA Bd. III) (<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=VXYPW367>).

**Preuß, Thomas:** Was kostet ein Baugebiet? Infrastrukturelle Folgekosten der Siedlungsentwicklung im Bereich Wohnen, in: Verbaute Zukunft?, hrsg. vom Forum Wissenschaft & Umwelt, Wien 2009, S. 31–40 (Wissenschaft & Umwelt. Interdisziplinär, Nr. 12).

**Preuß, Thomas:** Making the follow-up costs of settlement development transparent. Cost-benefit analysis tools and models, Berlin 2009 (Difu-Papers).

## Infrastruktur

**Libbe, Jens (verantw. Schriftleitung):** Die Zukunft der städtischen Infrastrukturen. Themenheft. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK), H. II/2008, Berlin 2009.

**Libbe, Jens:** Die Zukunft der städtischen Infrastrukturen. Editorial, in: Die Zukunft der städtischen Infrastrukturen. Themenheft. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK), H. II/2008, S. 5–15.

**Libbe, Jens:** Infrastrukturplanung als kommunale Aufgabe. Aktuelle Herausforderungen und Handlungsbedarfe, in: Die Zukunft der städtischen Infrastrukturen. Themenheft. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK), H. II/2008, Berlin 2009, S. 17–36.

**Libbe, Jens:** The Future of Urban Infrastructures. Editorial, in: German Journal of Urban Studies, Vol. 47 (2008), No. 2, »The Future of Urban Infrastructures«, 2009, <http://www.difu.de/node/6825>

**Libbe, Jens:** Infrastructure Planning as a Local Government Task: Current Challenges and Needs, in: German Journal of Urban Studies,

Vol. 47 (2008), No. 2, »The Future of Urban Infrastructures«, 2009, <http://www.difu.de/node/6827>

**Libbe, Jens:** Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Entwicklung von Anpassungsstrategien durch Kommunen und Unternehmen der Siedlungswasserwirtschaft, in: Tagungsband zur 15. Internationalen Sommerakademie der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) in Ostritz–St. Marienthal zum Thema »Zukunft Wasser«, Berlin (DBU-Buchreihe: Initiativen zum Umweltschutz) (im Erscheinen).

**Libbe, Jens, und Ulrich Scheele:** Transformation städtischer Wasserinfrastrukturen, in: Infrastrukturrecht. Energie – Verkehr – Abfall – Wasser, Sonderausgabe »Kommunales Infrastruktur-Management«, Nr. 11/2009, München und Frankfurt/Main 2009, S. 278–282.

Felmeden, Jörg, Thomas Kluge, **Jens Libbe** und Bernhard Michel: Transformationsoptionen der wasserwirtschaftlichen Systeme unter veränderten Rahmenbedingungen, in: Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Siedlungswasserwirtschaft an der Technischen Universität Braunschweig e.V. (Hrsg.): Abwasserrecycling – Chancen und Risiken. Tagungsband 2. Internationales Symposium Abwasserrecycling, Braunschweig 2009 (Institut für Siedlungswasserwirtschaft Technische Universität Braunschweig, H. 77), S. 223–240.

## Mobilität

**Beckmann, Klaus J.:** »Aachener Kolloquium Mobilität und Stadt – Ziele, Bilanzen und (provokante) Perspektiven. Die wichtigsten Themen im Zeitverlauf«, in: Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr, RWTH Aachen (Hrsg.): Tagungsband zum 10. Aachener Kolloquium »Ein Blick zurück – ein Blick voraus – AMUS 2009«, Aachen 2009 (Schriftenreihe Stadt Region Land, Heft 87), S. 7–26.

**Beckmann, Klaus J.:** Kinder- und seniorenfreundliche Verkehrssicherheitsarbeit – kommunale Investitionen in die Zukunft. Vortrag im Rahmen der Fachtagung »Verkehrssichere Städte und Gemeinden« am 27./28. Oktober 2008 in Köln, in: Koordinierungsstelle »Netzwerk verkehrssichere Städte und Gemeinden im Rheinland« (Hrsg.): Netzwerk im Rheinland, Köln 2009.

**Beckmann, Klaus J.:** Künftige Herausforderungen der großräumigen Verkehrsentwicklung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Positionspapiere aus der ARL Nr. 79, Hannover 2009.

**Beckmann, Klaus J.:** Kommunal mobil – Klimaschutz im Stadtverkehr. Zusammenfassung und Ausblick, in: Bracher, Tilman (Hrsg.): Klimaschutz im Stadtverkehr: 40 Prozent weniger CO<sub>2</sub> – (k)ein Problem? Dokumentation der Fachtagung »Kommunal mobil – Klimaschutz im Stadtverkehr« am 20./21.11.2008 in Dessau, Berlin 2009 (Difu-Impulse, Bd. 4/2009).

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/**Beckmann, Klaus J. (Ko-Autor):** Zuverlässigkeit der Verkehrssysteme – Teil 1, in: Zeitschrift Straßenverkehrstechnik H. 1/2009, Bonn 2009. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/**Beckmann, Klaus J. (Ko-Autor):** Zuverlässigkeit der Verkehrssysteme – Teil 2, in: Zeitschrift Straßenverkehrstechnik H. 2/2009, Bonn 2009.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/**Beckmann, Klaus J. (Ko-Autor):** Krise als Chance: Neue Prioritäten in der Verkehrspolitik. Empfehlungen vom Mai 2009, in: Internationales Verkehrswesen. Fachzeitschrift für Wissenschaft und Praxis, 61. Jahrgang, H. 10/2009, S. 364–366.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/**Beckmann, Klaus J. (Ko-Autor):** Krise als Chance: Neue Prioritäten in der Verkehrspolitik. Stellungnahme vom Mai 2009, in: Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, 80. Jahrgang H. 2, Köln 2009, S. 77–117.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/**Beckmann, Klaus J. (Ko-Autor):** Strategieplanung »Mobilität und Transport« – Folgerungen für die Bundesverkehrswegeplanung. Stellungnahme vom Juli 2009, in: Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, 80. Jahrgang, H. 3, Köln 2009, S. 153–190.

**Bracher, Tilman (Hrsg.):** Klimaschutz im Stadtverkehr: 40 Prozent weniger CO<sub>2</sub> – (k)ein Problem? Dokumentation der Fachtagung »Kommunal mobil – Klimaschutz im Stadtverkehr« am 20./21.11.2008 in Dessau, Berlin 2009 (Difu-Impulse, Bd. 4/2009).

**Bracher, Tilman, M. Haag, H. Holzappel, F. Kiepe, Michael Lehmrock und U. Reutter (Hrsg.):** HKV – Handbuch der kommunalen Verkehrsplanung. Loseblattwerk, 53.–55. Auflage, Heidelberg 2009.

**Schillemeit, Ulrike, und Tilman Bracher:** Die »Radverkehrs-Novelle« 2009 der deutschen StVO und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur StVO, in: ÖZG – Österreichische Gemeinde-Zeitung, H. 10/2009 »Verkehr und Mobilität«, S. 15–17.

## Umwelt

**Beckmann, Klaus J.:** Umsetzung von Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategien, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung (hrsg. von vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.), H. 6/2009, Berlin 2009.

**Rösler, Cornelia:** Fördergelder nutzen. Klimaschutz ist Topthema in den Kommunen, in: Kommunalpolitische Blätter, H. 7–8/2009, S. 8–9.

**Rösler, Cornelia, und Anna Hogrewe-Fuchs:** Gut beraten im kommunalen Klimaschutz, in: Kommunalwirtschaft 07–08/2009, S. 513.

**Rösler, Cornelia (Hrsg.):** Klimaschutz und kommunales Energiemanagement, Berlin und Köln 2009 (Difu-Impulse, Bd. 1/2009).

**Rösler, Cornelia:** Riesiger Bedarf an Klima-Informationen, Die »Servicestelle Kommunaler Klimaschutz« beim Deutschen Institut für Urbanistik berät, motiviert und unterstützt Kommunen in ihren Aktivitäten rund um Klimaschutz, in: Städte- und Gemeinderat 10/2009, Düsseldorf 2009, S. 13–14.

**Rösler, Cornelia:** Konzepte sind gefragt (Interview), in: Umwelt Briefe, Nr. 20, 8.10.2009, Berlin 2009, S. 14.

**Rösler, Cornelia:** Nachgefragt: Kommunales Energiemanagement minimiert den Einsatz von Wärme, Strom und Wasser, in: Newsletter: Regionale Energieversorgung gestalten, 4. Ausgabe, August 2009, [www.genoport.de](http://www.genoport.de), S. 16–19.

**Verbücheln, Maic:** Die Optimierung von Stoffkreisläufen am Beispiel von Gasentladungslampen, in: Der Gemeinderat, Berlin 2009.

**Verbücheln, Maic:** Die Rolle der Kommunen im Rahmen der Optimierung von Stoffkreisläufen am Beispiel von Gasentladungslampen, Berlin 2009 (Difu-Impulse, Bd. 6/2009).

## Steuerung und Aufgabenorganisation

**Grabow, Busso, Rüdiger Knipp und Stefan**

**Schneider:** ServiceStadt Berlin 2016. Anforderungen an die zukünftige Ausgestaltung der Leistungs- und Serviceangebote im Land Berlin unter sich verändernden Rahmenbedingungen, Berlin 2009 (Difu-Impulse, Bd. 3/2009).

**Knipp, Rüdiger,** Elke Löffler und Hanspeter Knirsch: Qualitätsmanagement. Mehr Kundennähe durch Bürgerbeteiligung und -verantwortung, in: Innovative Verwaltung 7–8/2009, S. 16/17.

**Knipp, Rüdiger:** Fit für das Jahr 2016, in: Der neue Kämmerer, Ausgabe 04, Oktober 2009, S. 16.

**Verbücheln, Maic:** Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft, Berlin 2009 (Difu Papers).

## Weitere Themen

**Beckmann, Klaus J.:** Stadtforschung vor neuen Rahmenbedingungen, in: AKP – Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik, Nr. 3/2009, Bielefeld 2009.

**Libbe, Jens:** Wissenstransfer und Ergebniskommunikation in der transdisziplinären Forschung. Herausforderungen und Erfahrungen der Forschungsbegleitung, in: Stephanie Bock, Ajo Hinzen und Jens Libbe (2009): Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren. Ansätze und Beispiele aus dem Förderschwerpunkt REFINA, Berlin 2009 (Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA, Bd. IV), S. 179–189.

**Wenke-Thiem, Sybille:** Ab in die Mitte! Difu bezieht ab 2010 neuen Standort im Herzen Berlins, in: Difu-Berichte, H. 3/2009 (<http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/publikationen/zeitschriften/difu-berichte/ber-09-3.pdf>).

**Wenke-Thiem, Sybille:** Bericht über die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Bochum, in: der städtetag, H. 4/2009, S. 5–8.

# Veranstaltungen

## 1. Difu-Veranstaltungsprogramm

### Berlin-Seminare

- Investitionsbedarf in den Kommunen: Ursachen und Auswirkungen des Investitionsrückstands, Möglichkeiten der Bedarfsdeckung,** 2.–3.2.2009 in Berlin, Grabow/Reidenbach
- Monitoring und Evaluation von kommunalen Integrationsmaßnahmen,** 2.–3.3.2009 in Berlin, Knipp in Kooperation mit DST/KGSt
- EG-Verordnung 1370/2007 – Einbettung in das nationale Recht,** 16.–17.3.2009 in Berlin, Kühn/Lehmbrock
- Stadtplanung in der Bundesrepublik – quo vadis?** 23./25.3.2009 in Berlin, Beckmann in Kooperation mit Pahl-Weber (ISR)
- Pensionslasten sachgerecht abbilden. Rückstellungen in der kommunalen Bilanz,** 2.4.2009 in Berlin, Knipp/Schneider
- Stadtentwicklungsplanung in Zeiten zunehmender Fragmentierung,** 20.–22.4.2009 in Berlin, Heinz/Kühn
- Grundzüge des Datenschutzes und der Informationsfreiheit in der Kommunalverwaltung,** 28.–29.4.2009 in Berlin, Zielkens (Stadtverwaltung Düsseldorf)
- PPP-Infrastrukturprojekte – Chancen und Risiken im kritischen Vergleich,** 4.–5.5.2009 in Berlin, Grabow/Schneider
- Qualitätsmanagement – Strategischer Erfolgsfaktor einer leistungsstarken Verwaltung,** 11.–12.5.2009 in Berlin, Knipp in Kooperation mit Löffler (Governance International, Birmingham, UK)
- Politische Entscheidungs- und Mitwirkungsprozesse im europäischen Mehrebenensystem,** 18.–20.5.2009 in Berlin, Heinz/Knipp in Kooperation mit BaköV
- Kommunale Wirtschaftsförderung – Bilanz 2009 und Perspektiven,** 25.–26.5.2009 in Berlin, Kühn/Hollbach-Grömig
- Städtebaurecht aktuell – Klimaschutz, Luftqualität, Lärm und andere Umweltfaktoren im Städtebau,** 15.–16.6.2009 in Berlin, Bunzel
- Gender Mainstreaming – Wo stehen die Städte und Gemeinden?,** 22.–23.6.2009 in Berlin, Bock/Frölich v. Bodelschwingh
- Qualifizierte städtebauliche Dichten – Lernen aus neuen Stadtquartieren,** 17.–18.9.2009 in Berlin, Bunzel/Frölich v. Bodelschwingh
- Verkehrsentwicklungsplanung, wie geht's weiter? Rahmenbedingungen und Strategien für die Zukunft,** 21.–22.9.2009 in Berlin, Uricher/Arndt
- Sicherung zentraler Versorgungsbereiche – Strategien und Instrumente der Kommunen,** 12.–13.10.2009 in Berlin, Kühn

- Von der Konjunkturkrise in die Vertrauenskrise – Bewährungsprobe für die Korruptionsprävention in Bund, Ländern und Kommunen,** 12.–13.10.2009 in Berlin, Knipp
- Immobilienmanagement: Finanzierung und Verwertung kommunaler Liegenschaften,** 19.–20.10.2009 in Berlin, Knipp in Kooperation mit Pöll (Management Consulting Eleonore Pöll/MECP)
- Sozialplanung nach dem BauGB – zwischen Anspruch und Wirklichkeit,** 26.–27.10.2009 in Berlin, Bunzel/Uttke
- Stadtumbau – Urbane Qualitäten durch Freiraumentwicklung,** 9.–10.11.2009 in Berlin, Böhme/Bock
- Integrierte Stadtentwicklung – eine Standortbestimmung,** 16.–17.11.2009 in Berlin, Franke/Strauss
- Energie- und ressourceneffiziente Siedlungsentwicklung,** 23.–24.11.2009 in Berlin, Libbe/Köhler
- Kinder- und jugendfreundliche Stadt – Visionen und Anstrengungen,** 26.–27.11.2009 in Berlin, Uttke/Frölich v. Bodelschwingh
- Bildung in der Stadt – Schule und Arbeitswelt,** 30.11.–1.12.2009 in Berlin, Kühn in Kooperation mit Hebborn (DST)
- Regional-Seminare, Fachtagungen, Kongresse, Symposien
- Veranstaltungshallen im Zeichen von Nachhaltigkeit und demografischem Wandel,** in Zusammenarbeit mit dem EVVC und dem DST, 9.–10.2.2009 in Berlin, Kühn/Huter (DST)
- Einzelhandelsvorhaben effektiv und rechtsicher steuern,** 1.4.2009 in Berlin, Bunzel/Kühn
- 14. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten,** 27.–28.4.2009 in Münster, Rösler in Zusammenarbeit mit der Stadt Münster und den kommunalen Spitzenverbänden
- 39. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung in Zusammenarbeit mit der Stadt Greifswald,** 6.–8.5.2009 in Greifswald, Strauss/Uttke
- Kommunen als Stoffstrommanager – die Abfallwirtschaft auf neuen Wegen,** in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden, 7.–8.5.2009 in Köln, Verbücheln/Huter (DST)
- Kommunaler Klimaschutz. Ideen, Impulse, Innovationen,** Konferenz zum kommunalen Klimaschutz einschließlich Preisverleihung zum Wettbewerb »Kommunaler Klimaschutz 2009« im Rahmen der »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz«, veranstaltet vom Bundesumweltministerium in Kooperation mit der

»Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« und den kommunalen Spitzenverbänden, 3.6.2009 in Berlin

- Schutz für Klima und Denkmal – Fördermöglichkeiten und Praxisbeispiele,** Regionalveranstaltung der »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« in Kooperation mit der Stadt Nürnberg, 20.7.2009 in Nürnberg
- Kommunale Selbstverwaltung in Deutschland – Erfolgs- oder Auslaufmodell?,** 5.10.2009 in Berlin, Beckmann
- Wissen und Kreativität – Schlagworte oder neue Ansätze für urbane Wachstumskonzepte?,** 2.–3.11.2009 in Berlin, Floeting
- Klimaschutz in kleinen Städten und Gemeinden – Fördermöglichkeiten und Praxisbeispiele,** Regionalveranstaltung der Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz, 8.12.2009 in Magdeburg

## 2. »Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte« und Ansprechpartnertreffen

- Sieben Jahre Stadtumbau Ost: Was wurde erreicht?,** Difu-Dialog, 21.1.2009 in Berlin, Beckmann, Wenke-Thiem
- Kommunaler Klimaschutz: Neue Herausforderungen für Kommunen?,** Difu-Dialog, 18.2.2009 in Berlin, Rösler, Wenke-Thiem
- Difu-Ansprechpartnertreffen,** 12.–13.10.2009 in Leipzig, Beckmann, Ehlers, Hollbach-Grömig, Köhler, Schneider, Seidel-Schulze, Uttke, Wenke-Thiem
- Stadtbaustein Lebensmittelmarkt – vom »Discount-Städtebau« zur städtebaulichen Gestalt,** Difu-Dialog in Berlin, 9.11.2009, Uttke, Wenke-Thiem

## 3. Fahrradakademie

(A. Koerdt und Fahrradakademie-Team)

- Bau, Unterhaltung und Instandsetzung von Radverkehrsanlagen,** am 27.1.2009 in Berlin, 6.2.2009 in Osnabrück, 10.2.2009 in Koblenz, 11.2.2009 in Nürnberg
- Radverkehrsplanung mit System,** 9.–10.3.2009 in Bremen, 16.–17.3.2009 in Düsseldorf, 19.–20.3.2009 in Magdeburg, 23.–24.3.2009 in Würzburg
- Verkehrssicherheit und Radverkehr,** 20.–21.4.2009 in Hamburg, 23.–24.4.2009 in Kassel, 27.–28.4.2009 in Leipzig, 29.–30.4.2009 in München
- Internationale Fachexkursion nach Kopenhagen und Odense,** 17.–19.6.2009
- Auftaktveranstaltung des Programms der Fahrradakademie zur StVO-Novelle,** 29.9.2009 in Berlin



**Mehr Qualität im Radverkehr – Die neuen Standards der 46. StVO-Novelle**, 1.10.2009 in Rostock, 27.10.2009 in Dresden, 28.10.2009 in Chemnitz, 29.10.2009 in München, 2.11.2009 in Hamburg, 3.11.2009 in Bremen

**Radverkehrsanlagen: Planen, Bauen und Unterhalten**, 11.11.2009 in Dortmund, 12.11.2009 in Augsburg, 25.11.2009 in Braunschweig, 27.11.2009 in Erfurt

**Fahrradkommunalkonferenz 2009 – Netzwerke für den Radverkehr**, 18.–19.11.2009 in Potsdam

**Mehr Qualität im Radverkehr – Die neuen Standards der 46. StVO-Novelle**, 1.12.2009 in Saarbrücken, 2.12.2009 in Emmelshausen, 3.12.2009 in Berlin

#### **4. Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)**

(K. Landua und AGFJ-Team)

**Kinder- und Jugendhilfe (nicht) nur für Deutsche?! Interkulturelle Arbeit im Sozialraum**, 29.–30.1.2009 in Berlin

**Das Jugendamt im Spiegel der Medien. Hilfen und Hinweise im Umgang mit Medien/Krisenmanagement**, 23.–24.4.2009 in Berlin

**Vom Willkommensbesuch zum verpflichtenden Hausbesuch. Veränderte Auftragslage für die Jugendhilfe durch das Kinderschutzgesetz?** 18.–19.6.2009 in Berlin

**Das aktive Jugendamt im familiengerichtlichen Verfahren**, 1.–2.10.2009 in Berlin

**Wenn frühe Hilfen nicht greifen. Unterbringung von Klein(st)kindern**, 12.–13.11.2009 in Berlin

Vorträge nach Themenbereichen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Difu (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

## Städtebau und Stadtentwicklung

**Beckmann, Klaus J., und Reimann, Bettina:**

»Sieben Jahre Stadtumbau Ost: Was wurde erreicht? Wie sollte es weitergehen?«, Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte, 21.01.2009, Berlin.

**Beckmann, Klaus J.:** »Zukunft der Mittelstädte – Bedeutungsverlust oder Entwicklungschancen?«, Neujahrsempfang der Stadt Eisenach, 11.01.2009, Eisenach.

**Beckmann, Klaus J.:** »Perspektiven der Stadtentwicklung, Stadtumbau und kommunale Investitionstätigkeiten«, Difu-Seminar »Investitionsbedarf in den Kommunen«, 02./03. Februar 2009, Berlin.

**Beckmann, Klaus J.:** »Veränderungstendenzen der Rahmenbedingungen«, Difu-Seminar »Stadtplanung in der Bundesrepublik – quo vadis? Zwischen Großprojekten, strategischen Konzepten und Klimaschutz«, gemeinsam mit Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber (TU Berlin), 23.–25.03.2009, Berlin.

**Beckmann, Klaus J.:** »Ein Europa der Städte? Anspruch und Wirklichkeit der urbanen Gesellschaft«, Festveranstaltung »Zukunft der Planung – SRL – 40 Jahre Garant für Planungskultur«, 19./20.06.2009, Berlin.

**Beckmann, Klaus J.:** Statement »Zivilgesellschaft in der sozialen Stadt – Sollen sich die Bürger nun selbst kümmern?«, 3. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik, 25.06.2009, Essen.

**Beckmann, Klaus J.:** »Entwicklungen und Perspektiven für das Quartiersmanagement in Berlin«, Festveranstaltung »10 Jahre Quartiersmanagement 1999–2009 in Berlin« der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, 01./02.07.2009, Berlin.

**Beckmann, Klaus J.:** Moderation der Podiumsdiskussion »Standort Berlin – für die Zukunft gerüstet«, Veranstaltung »Demografiekonzept für Berlin – Wissen teilen – Potenziale nutzen – Zukunft gestalten« der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, 09.07.2009, Berlin.

**Beckmann, Klaus J.:** Moderation der Fachveranstaltung »»Zertifizierung von Stadtquartieren« – Qualitätskriterien und Gütesiegel als Instrument einer nachhaltigen Stadtentwicklung?« im Rahmen des Projekts »Nationale Stadtentwicklungspolitik« des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, in Kooperation mit DV Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., 04.11.2009, Berlin.

**Beckmann, Klaus J.:** »Renaissance der Städte – Illusion, Realität oder Chancen?«, Vortragsreihe

»Dresdner Planerforum« des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung, 11.11.2009, Dresden.

**Beckmann, Klaus J.:** »Integrierte Stadtentwicklung – eine Standortbestimmung«, 16./17.11.2009, Berlin.

**Bock, Stephanie:** »Gender Mainstreaming: Ein Beitrag zu Lebenswerten Städten für alle. Ziele, Erfolge und Grenzen«, Fachgespräch »Wohnungs- und Verkehrspolitik für alle« von Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion am 26./27.02.2009, Potsdam.

**Bock, Stephanie:** Abschlussstatement zum Potenzial der vorgestellten Projekte bei der Tagung »BRACHEN-WERT-SCHÄTZEN. Strategien zur nachhaltigen Inwertsetzung nicht wettbewerbsfähiger Brachflächen« des vhw am 26./27.02.2009, Potsdam.

**Bock, Stephanie:** »Der Förderschwerpunkt REFINA« bei der 35. Sitzung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) am 09.03.2009, Düsseldorf.

**Bock, Stephanie:** »Von anderen lernen – Ergebnisse aus dem bundesweiten REFINA-Forschungsverbund« bei der 6. Zukunftswerkstatt »Flächenverbrauch in der Metropolregion Hamburg« am 16.05.2009, Hamburg.

**Bock, Stephanie:** »Das Difu und der Förderschwerpunkt REFINA«, Vortrag für eine Delegation von 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Beijing Land Rehabilitation and Research Center bei der Agentur Bridge – Talent & Technology am 04.09.2009, Berlin.

**Bock, Stephanie:** »Wege zum nachhaltigen Flächenmanagement – Themen, Projekte und erste Ergebnisse des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA« beim Altlastentag Hannover 2009 am 17.09.2009, Suderburg.

**Bock, Stephanie:** »Von anderen lernen – Ergebnisse aus dem bundesweiten REFINA-Forschungsverbund« bei der Abschlussveranstaltung des REFINA-Verbundprojektes »Stadt-Umland-Modellkonzept Elmshorn/Pinneberg« am 18.09.2009, Pinneberg.

**Bock, Stephanie:** »Ergebnisse des Förderschwerpunkts REFINA« beim 2. Bayerischen Flächenspar-Forum, veranstaltet vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit und vom Bayerischen Staatsministerium des Inneren am 30. 09.2009, Bad Kissingen.

**Bock, Stephanie:** »Geht uns die Fläche aus? Trends im nachhaltigen Flächenmanagement in Deutschland« bei der Veranstaltung »Geht uns die Fläche aus?« am 26.10.2009, Karlsruhe.

**Bock, Stephanie:** »Nachhaltiges Flächenmanagement« an der TU Berlin im Rahmen des Seminars »Regionalökonomie, Gewerbeplanung, Finanzplanung« (Prof. Dr. Dietrich Henckel) am 09.12.2009, Berlin.

**Böhme, Christa:** »Quartier ohne Management? Verstetigung beim Quartiersmanagement«,

Diskussionsveranstaltung »Quartier ohne Management – Verstetigung beim Quartiersmanagement« der Heinrich-Böll-Stiftung, 19.06.2009, Berlin.

**Bunzel, Arno:** Expertengespräch im Rahmen des BBSR-Projekts »Schrottimmobilien« am 20.02.2009 in Berlin.

**Bunzel, Arno:** Anhörung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr des Berliner Abgeordnetenhauses zum LEP Berlin-Brandenburg am 02.03.2009 in Berlin.

**Bunzel, Arno:** Vortrag zum Thema »Wichtige rechtliche Aspekte »Schrottbau« im Rahmen der Transferwerkstatt »Städtebauliche Instrumente im Stadtumbau« der Bundestransferstelle Stadtumbau West, 15.09.2009, Fulda.

**Bunzel, Arno:** Lehrtätigkeit im Rahmen des Studiengangs »Stadt- und Regionalplanung« sowie des Postgraduierten-Studiengangs »Real Estate Management« der TU Berlin.

**Franke, Thomas:** »Integrierte Stadtentwicklung« im Rahmen des Qualifizierungsseminars »Integrierte Stadtteilentwicklung« für Bezirksmanagerinnen und -manager, 17.02.2009, Hannover.

**Franke, Thomas:** »Integrierte Stadtentwicklung in benachteiligten Stadtteilen« auf der Veranstaltung »Forum Leipziger Osten (»Mit EFRE im Leipziger Osten neu durchstarten!«)«, 05.06.2009, Leipzig.

**Franke, Thomas:** »Social Inequality and Urban Fragmentation« sowie »Integrated Urban Development and Neighbourhood Management« auf der Veranstaltung »Urban Academy«, 19.11.2009, Shanghai.

**Frölich v. Bodelschwingh, Franciska:** »Die Grundzüge des deutschen Raumordnungsrechts« – Vortrag für eine Delegation aus dem Projekt »Dezentralisierungsprogramm (PADDL)« aus der Republik Kamerun auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit, 13.2.2009, Berlin.

**Heinz, Werner:** »Stadtregionale Kooperation – Organisationsformen und Realisierungschancen«, Fachforum »Was bringt die Region der Region?«, 06.02.2009, Hannover.

**Heinz, Werner:** »Deutsche Städte und Globalisierung«, Sitzung des Landesausschusses des Verbandes der Bayerischen Wohnungsunternehmen, 24.03.2009, Ulm.

**Heinz, Werner:** »Der große Umbruch – deutsche Städte und Globalisierung«, Forum Stadtbaukultur Dortmund »Globale Vernetzung – lokale Antworten«, 30.03.2009, Dortmund.

**Heinz, Werner:** »The Radical Change – German Cities in the Wake of Globalization«, EURA-Konferenz »City-Futures '09«, 04.–06.06.2009, Madrid.

**Heinz, Werner:** »Regionalentwicklung – internationale Trends und Perspektiven regionaler

Zusammenarbeit«, Symposium »Neuordnung der regionalen Zusammenarbeit im Rhein-Main-Gebiet«, 30.06.2009, Offenbach.

**Hollbach-Grömig, Beate:** »Allgemeine Ressortforschung: Der Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung«, AG Nationale Stadtentwicklungspolitik beim BMWBS, 11.05.2009, Berlin.

**Hollbach-Grömig, Beate:** Der Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung, Ansprechpartnertreffen des Deutschen Instituts für Urbanistik, 13.10.2009, Leipzig.

**Kühn, Gerd:** »Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren«, Vortrag auf dem Seminar »Innerstädtische Einkaufszentren – Impulse für die Innenstadt« der KDZ – Managementberatungs- und WeiterbildungsGmbH, 26.01.2009, Wien.

**Kühn, Gerd:** »Shopping-Center in Innenstädten – Trends, Auswirkungen und Handlungsempfehlungen«, Vortrag auf dem Seminar »Aspekte zur kommunalen Einzelhandelsentwicklung«, BulwinGesa AG, München, FIRU GmbH, Kaiserslautern, Sozietät Graf von Westfalen, 11.05.2009, München.

**Kühn, Gerd:** Teilnahme Podiumsdiskussion »Zukunft Stadt – Stadtgestalter im Gespräch« auf der GfK Retail & Real Estate Konferenz – prismaMarkt 2009 »Handel und Konsum: Perspektiven in unsicheren Zeiten«, 15.05.2009, Hamburg.

**Kühn, Gerd:** »Einkaufszentren in den Innenstädten – Chancen und Risiken, Auswirkungen und Handlungsempfehlungen«, Vortrag auf der Fachveranstaltung 9. Bauforum »Baustelle Innenstadt. Strategien und Konzepte für die Zentren« des bauforum Rheinland-Pfalz, 04.09.2009, Worms.

**Reimann, Bettina:** »Die Stellung von Eigentümern und Eigentümerstandortgemeinschaften in der Stadt(teil)entwicklung: Herausforderungen und Potenziale«, Jahresmitgliederversammlung von Haus & Grund Neukölln, 28.01.2009, Berlin.

**Reimann, Bettina:** »Partizipation in der Quartiersentwicklung: Aktivierung von Migrant/inn/en in Berlin. Ergebnisse der Evaluierung der Partizipation im Rahmen der Berliner Quartiersverfahren«, Workshop »Soziale Integration in der Stadtteilentwicklung« der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in Hamburg, 30. März 2009, Hamburg.

**Reimann, Bettina:** »Soziale Stadt – wie weiter?«, Fachgespräch der Bundestagsfraktion »Bündnis 90/Die Grünen« zum Thema »Gesplante Städte? Segregation in der Stadt«, 15.06.2009, Berlin.

**Seidel-Schulze, Antje, Beate Hollbach-Grömig und Franziska Döring:** »Experiences and expectations in Urban Audit. Results of a survey with city panel members«, Urban Audit City Panel Workshop, 30./31.03.2009, Berlin.

**Seidel-Schulze, Antje:** »Urban Audit Analysis I and II. 2007 and 2009«, Workshop »Urban Audit Project: Sociological Perspectives«, 29.09.2009, Rom.

**Seidel-Schulze, Antje:** »Urban Audit – Stand und Potenziale«, Ansprechpartnertreffen des Deutschen Instituts für Urbanistik, 13.10.2009, Leipzig.

**Seidel-Schulze, Antje:** »Monitoring of Urban Development. Best practices from German Cities«, Training Tour »Monitoring and Evaluation of Public Policies« rumänischer Regierungsbeamter in Deutschland, 30.10.2009, Berlin.

**Strauss, Wolf-Christian:** »The Programme »Social City« (Soziale Stadt)« auf der Veranstaltung »Kennissatellen »Euopese Krachtwijken: Gluren bij de Buren««, Nicis Institute, 23.04.2009, Amsterdam.

**Strauss, Wolf-Christian:** »Leipzig Charta – Die Herausforderung der Integrierten Stadtentwicklung«, Vortragsreihe zur Stadtentwicklung des Baltisch-Deutschen Hochschulkontors und des DAAD an der Technischen Universität Riga, 04.06.2009, Riga.

**Strauss, Wolf-Christian:** »Ansatzpunkte und Probleme der Verstetigung integrierter Stadtentwicklung«, 46. Tagung des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerkes, 17.09.2009, Duisburg.

**Strauss, Wolf-Christian:** Podiumsdiskussion »Die Soziale Stadt – ein lernendes Programm: Wichtige Herausforderungen für die nächsten Jahre«, Jubiläumsveranstaltung »10 Jahre Bundesländer-Programm Soziale Stadt in Nordrhein-Westfalen«, 18.11.2009, Essen.

## Wohnen

**Bock, Stephanie:** »Wohnbauflächen als Thema von REFINA« beim Workshop »Neubau- und Umnutzungspotenziale auf Stadtbrachen für die künftige Wohnungsnachfrage«, veranstaltet vom UBA gemeinsam mit ECOLOG und Planersocietät am 19.10.2008, Stuttgart.

**Frölich v. Bodelschwingh, Franciska:** »Die neue Lust auf Stadt – Zwischen Suburbanisierung und Reurbanisierung«, Vortrag beim Seminar »Die neue Lust auf Stadt – Die Reurbanisierung und ihre Folgen« der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg am 4.11.2009 in Bad Urach.

**Jekel, Gregor:** »Wohnen in der Stadt als kommunalpolitische Leitfunktion der Stadtentwicklungsplanung«, Vortrag und Arbeitsgruppenleitung auf dem Difu-Seminar »Stadtplanung quo vadis« am 22.–24.03.2009, Berlin.

**Jekel, Gregor:** »Aktivierung von Genossenschaftspotenzialen – Ergebnisse des Evaluationsvorhabens«, Vortrag auf dem 2. Fachgespräch Wohnungsgenossenschaften im Rahmen des ExWoSt-Forschungsprojekts »Evaluierung der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften« am 09.07.2009, Berlin.

**Jekel, Gregor:** »Kommunale Unterstützungsmöglichkeiten für Wohnprojekte«, Vortrag auf dem Workshop zum Selbstnutzer-Modell im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik am 18.07.2009, Leipzig.

**Jekel, Gregor:** »Stadtumbau, Innenstadtwohnen und die jüngsten Entwicklungen im Wohnungsbau«, Vortrag beim Landesverband Sachsen des Bundes deutscher Architekten am 15.09.2009, Leipzig.

**Reimann, Bettina:** »Mischung, Milieubildung, Segregation: Stadtentwicklungs- und wohnungspolitische Zielstellungen im Umgang mit der Integration von Zuwanderern«, Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, 06.03.2009, Frankfurt.

## Bevölkerung und Soziales

**Beckmann, Klaus J.:** Eröffnung und Moderation der Fachtagung »Kinder- und Jugendhilfe (nicht) nur für Deutsche?! – Interkulturelle Arbeit im Sozialraum«, Arbeitsgruppe Fach-

tagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, 29./30.01.2009, Berlin

**Beckmann, Klaus J.:** »Der demographische Wandel und seine Konsequenzen für die Städte«, Difu-Seminar »Veranstaltungshallen im Zeichen von Nachhaltigkeit und demographischem Wandel«, 10.02.2009, Berlin.

**Böhme, Christa:** »Quartiersbezogene Gesundheitsförderung und Prävention – am Beispiel des Programms Soziale Stadt«, 59. Wissenschaftlicher Kongress der Bundesverbände der Ärzte und Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, 07.05.2009, Bielefeld.

**Böhme, Christa:** »Kommunale Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen: Wettbewerbsergebnisse im Überblick«, Fachtagung Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort, 30.06.2009, Berlin.

**Böhme, Christa:** »Zusammenarbeit von Stadtentwicklung und Gesundheitsförderung – am Beispiel Soziale Stadt«, Nationaler Workshop »Intersektorale Zusammenarbeit zur Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit« der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Rahmen des EU-Projektes »DETERMINE – An EU Consortium for Action on the Socio-Economic Determinants of Health – Working together for Health Equity«, 19.10.2009, Köln.

**Böhme, Christa:** »Gesundheitsförderung in der Sozialen Stadt«, 7. Netzwerktreffen der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtteilentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V. »Gesundheitsförderung im Sozialraum – gesunde Lebenswelten schaffen«, 23.10.2009, Stuttgart.

**Böhme, Christa, und Bettina Reimann:** »Mehr als Gewohnt. Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung – aktivierende Evaluation gesundheitsfördernder Stadtteilentwicklungsprozesse«, 15. bundesweiter Kongress »Armut und Gesundheit«, 04.12.2009, Berlin.

**Floeting, Holger:** »Sicherheit in Städten und Gemeinden«, Hochschule für Wirtschaft und Recht, FB 5 Polizei und Sicherheitsmanagement, 12.06.2009, Berlin.

**Floeting, Holger:** »Enhancing Urban Safety and Security«, SES Urban Security Week, 17.03.2009, Nürnberg.

**Hollbach-Grömig, Beate:** »Herausforderungen des demographischen Wandels am Beispiel von Ballungsräumen«, Moderation bei der Fachtagung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend »Zukunftsfähige Strukturen für alle Generationen. Impulse aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser«, 17.03.2009, Berlin.

**Landua, Detlef:** »Erste Ergebnisse aus der Bestandsaufnahme Frühe Hilfe (1. Erhebungswelle) und Konzeptionierung der 2. Erhebungswelle«, Vortrag auf der Ersten gemeinsamen Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats und des Fachbeirats des NZFH, 25.06.2009, Berlin.

**Reimann, Bettina:** »Gesundheitsförderung im Stadtteil. Fokus Jugendliche«, Fokustagung der Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e.V., 06.02.2009, Bremen.

**Reimann, Bettina:** »Was macht Quartiere zu Orten der Gesundheitsförderung?«, Hamburger Expertenforum »Gesundheitsförderung in der integrierten Stadtteilentwicklung« der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. (HAG) und der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, 12.02.2009, Hamburg.

**Reimann, Bettina:** »Gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung: Ausgangslage, Herausforderungen und Umsetzungserfolge«, Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention und der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Soziologie, 24.09.2009, Hamburg.

**Reimann, Bettina:** »Was macht Stadtteile zu Orten der Gesundheitsförderung? Ergebnisse gesundheitsfördernder Stadtteilentwicklungsprozesse in deutschen Kommunen«, 11. Österreichische Präventionstagung in Wien mit dem Titel »Gesundheitsförderung im kommunalen Setting«, 09./10.11.2009, Wien/Österreich.

**Reimann, Bettina:** »Soziale und gesunde Stadt. Brandenburger Kommunen auf dem Weg zu mehr Lebensqualität«, Impulsveranstaltung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, Land Brandenburg, 17.11.2009, Potsdam.

## Politik, Verwaltung und Recht

**Beckmann, Klaus J.:** »Zusammenfassung und Perspektiven des Symposiums ‚Kommunale Selbstverwaltung in Deutschland – Erfolgs- oder Auslaufmodell?‘, Gemeinsame Tagung von Wüstenrot Stiftung, IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH und Deutsches Institut für Urbanistik GmbH, 05.10.2009, Berlin.

**Bunzel, Arno:** »Zur Erforderlichkeit einer Raumordnungsgesetzgebung der deutschen Bundesländer«, im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung der Schweizer Vereinigung für Landesplanung und der ARL mit dem Thema »Das deutsche Raumordnungsgesetz und das schweizerische Raumentwicklungsgesetz«, 19.03.2009, Bern.

**Bunzel, Arno:** »Rechtsgrundlagen für eine energie- und ressourceneffiziente Stadtentwicklung« im Rahmen des Difu-Seminars »Energie- und Ressourceneffiziente Siedlungsentwicklung« am 24.11.2009.

**Bunzel, Arno:** »Rechtsrahmen für Regelungen zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz im Bebauungsplan« im Rahmen des Difu-Seminars »Baurecht aktuell: Klimaschutz und Immissionsschutz im Städtebau«, 15.–16.06.2009.

**Bunzel, Arno,** und Heinz Janning: »Zulässigkeit für zentrenrelevanten Einzelhandel im unbeplanten Innenbereich« im Rahmen des Difu-Seminars »Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche«, 01.04.2009.

**Bunzel, Arno,** und Heinz Janning: »Steuerung der Einzelhandelsentwicklung durch Bebauungsplan« im Rahmen des Difu-Seminars »Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche«, 01.04.2009.

**Heinz, Werner:** »Organisation der Europaarbeit in Deutschen Städten und Gemeinden«, Arbeitskreis »Europa« der Stadt München, 12.03.2009, München.

## Wirtschaft

**Floeting, Holger:** »Die Methode der Wissensbilanzierung für regionale Cluster- und Netzwerkiniziativen«, Workshop »Wissensbilanzierung, Netzwerkanalyse, Input-Output-Analyse«, 26.11.2009, Technische Universität München, Institut für Entwerfen, Stadt und Landschaft.

**Floeting, Holger:** »Cluster in der lokalen und regionalen Wirtschaftspolitik«, »Stadtentwicklung als Katalysator zur Clusterbildung. Die Rolle der Stadtplanung bei der Initiierung von Unternehmensnetzwerken«, 24.11.2009, Offenbach.

**Floeting, Holger:** »Das Internet, die Stadt, das Örtliche und das Globale. Wie verändert sich kommunales Handeln?«, e-motion 2009. Stadtentwicklung und IuK-Technologien. E-Government/Governance/E-Partizipation, 06.11.2009, Bonn.

**Floeting, Holger:** »Die Rolle von Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen bei der Entwicklung von Clusterinitiativen aus Sicht von Wirtschaftsförderungseinrichtungen in deutschen Kommunen«, Deutscher Geographentag, 21.09.2009, Wien.

**Floeting, Holger:** »Handlungsoptionen technologieorientierter Wirtschaftsförderung und wirtschaftsorientierter Stadtentwicklung in den deutschen Kommunen auf dem Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft«, Deutscher Geographentag, 20.09.2009, Wien.

**Floeting, Holger:** »Wissensbilanzen – Ein Instrument für die regionale Wirtschaftsförderung«, Fachtagung »Kirchturmdenken war gestern – Regionale Wirtschaftsförderung«, 28.03.2009, Hannover.

**Grabow, Busso:** »Flächen im Netz. Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage«, Workshop FLITZ – Flächen ins Netz – Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen – Organisation, Kooperation, Prozesse, 29.10.2009, Gera.

**Grabow, Busso:** »Gewerbeflächenportal für Gera: Hintergrund und Rahmen«, Workshop FLITZ – Flächen ins Netz – Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen – Organisation, Kooperation, Prozesse, 30.10.2009, Gera.

**Grabow, Busso:** »Kommunale Wirtschaftsförderung in Deutschland 2008«, DST-Ausschuss für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt, 26.03.2009, Erfurt.

**Hollbach-Grömig, Beate:** »Trends in der Regionalisierung von Wirtschaftsförderung«, Symposium Zukunftsperspektiven des Wirtschaftsstandorts Magdeburg, 19.11.2009, Magdeburg.

**Libbe, Jens:** »Betriebswirtschaftlehre Öffentlicher Unternehmen« (Diplom-Studiengang »Public Management«) sowie »Management und Governance: Öffentliche Unternehmen« (Bachelor-Studiengang »Public Management«), Lehrauftrag an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR), Berlin.

**Zwicker-Schwarm, Daniel:** »INTERREG B als Chance für innovationsorientierte Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung – Ergebnisse aus der Forschung«, MORO-Fachveranstaltung »Innovationsorientierte Wirtschaftsförderung«, 15.12.2009, Berlin.

## Finanzen und Investitionen

**Grabow, Busso:** »Investitionsbedarfsstudie 2008«, DST-Ausschuss für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt, 26.03.2009, Erfurt.

**Schneider, Stefan:** »Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen bis 2020 – Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien«, Investieren in die Stadt – ISW-Fachtagung, 29.09.2009, München.

**Schneider, Stefan:** »Kommunaler Investitionsbedarf – Bedarfsdeckung und Bedeutung des Konjunkturpakets II«, Unternehmerkonferenz 2009, 14.05.2009, Nürnberg.

**Schneider, Stefan:** »PPP und Mittelstand – Evaluierung von PPP-Projekten in Bezug auf die Einbindung und Beteiligung des Mittelstandes«, Deutsches Institut für Urbanistik, 04./5.05.2009, Berlin.

**Schneider, Stefan:** »Strategisches Investitionsmanagement – Die »ökonomische Emanzipation« der öffentlichen Hand?«, Deutsches Institut für Urbanistik, 02./03.02.2009, Berlin.

## Infrastruktur

**Köhler, Hadia:** »Fortschreibung und Aktualisierung von Planungsricht- und Orientierungswerten«, BEST AGE Kongress: »Quo vadis Demographiepolicies?«, Forum XIV: Standards regionaler Infrastrukturausstattung, 02.09.2009, Berlin.

**Libbe, Jens:** »Öffentliche Infrastrukturen«, Conference »Risk and Planet Earth. Vulnerability, Natural Hazards, Integrated Adaption Strategies. Conference celebrating the 600th anniversary of the University of Leipzig«, 02.–04.03.2009, Leipzig.

**Libbe, Jens:** »Transformation städtischer Wasserinfrastrukturen – internationale Erfahrungen«, Konferenz »Kommunales Infrastruktur-Management«, 14.05.2009, Berlin.

**Libbe, Jens:** »Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft«, 15. Internationale Sommerakademie, durchgeführt von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) in Kooperation mit der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA), 18.06.2009, Ostritz-St. Marienthal.

**Libbe, Jens** (zusammen mit Jörg Felmeden): »Transformationsoptionen der wasserwirtschaftlichen Systeme unter veränderten Rahmenbedingungen«, 2. Internationales Symposium Abwasserrecycling, Technische Universität Braunschweig, 04.11.2009.

**Libbe, Jens:** »European Water and Sanitation Services vs. Sustainable Development, ATHENS European Week, Autumn 2009, AgroParisTech, 17.11.2009, Paris.

## Mobilität

**Arndt, Wulf:** »Urbane Metabolismus – Sustainable Urban Transfair. Vorstellung des Forschungsclusters »Urbane Metabolismus« auf der Auftaktveranstaltung zum Innovationszentrum »Gestaltung von Lebensräumen«, 16.7.2009, Berlin.

**Arndt, Wulf:** »Transportation and Climate Protection in Megacities. Vortrag auf der Tagung »Global Mobility« der Asien-Pazifik-Wochen, 10.10.2009, Berlin.

**Arndt, Wulf:** »Transportation and Mobility Concepts for Cities in Emerging Countries. Megacities-Vernetzungstreffen, 29.10.2009, Berlin.

**Arndt, Wulf:** Lehrauftrag »Städtischer Wirtschaftsverkehr«, Studiengang »Verkehrsplanung und Verkehrstechnik«, TU Dresden.

**Arndt, Wulf:** Lehrauftrag »Transportation Planning in International Context«, Studiengang »Urban Management«, TU Berlin.

**Beckmann, Klaus J.:** Podiumsdiskussion »Renaissance der Innenstädte? – Renaissance der Nahmobilität?«, Veranstaltung »Renaissance der Stadt durch steigende Mobilitätskosten – Herausforderungen für die Stadt- und Verkehrsplanung« der Friedrich-Ebert-Stiftung, 22.01.2009, Berlin.

- Beckmann, Klaus J.:** »Verkehrsmanagement im Ballungsraum – Erfordernisse eines integrierten Ansatzes?«, FOCUS-Jahrestagung »Mobilitäts-Symposium 2009«, 21./22.04.2009, Berlin.
- Beckmann, Klaus J.:** Podiumsdiskussion »Stehst du noch, oder fährst du schon? – Ist das Chaos in Ballungsräumen unausweichlich?«, FOCUS-Jahrestagung »Mobilitäts-Symposium 2009«, 21./22.04.2009, Berlin.
- Beckmann, Klaus J.:** »Die Städte von morgen – neue Anforderungen im ÖPNV«, 3. ÖPNV-Forum an Rhein und Ruhr, 25./26.06.2009, Dortmund.
- Beckmann, Klaus J.:** »Anforderungen an die Verkehrsentwicklungsplanung im 21. Jahrhundert«, Difu-Seminar »Verkehrsentwicklungsplanung, wie geht's weiter? Rahmenbedingungen und Strategien für die Zukunft«, 21./22.09.2009, Berlin.
- Beckmann, Klaus J.:** »Prämissen und Ergebnisse der InnoZ-Studie »Verkehrsmarkt 2015/2030«, Konferenz »Verkehrsmarkt 2030« der InnoZ (Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel GmbH), 30.10.2009, Berlin.
- Beckmann, Klaus J.:** »Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels für den Stadt-/Regionalverkehr«, Hauptausschuss des Deutschen Städtetages, 05.11.2009, Berlin.
- Beckmann, Klaus J.:** »Mobilität der Zukunft – verkehrs- und raumordnerischer Handlungsbedarf«, 7. ISWA-Seminar »Zukunft der Mobilität«, 29.11.–01.12.2009, Berlin.
- Beckmann, Klaus J.:** »Anforderungen an die Bundesverkehrswegeplanung«, 2. Fachgespräch des Umweltbundesamtes (UBA) »Umweltschutz und Verkehrswegeplanung«, 08.12.2009, Berlin.
- Bracher, Tilman:** »Verkehrspolitischer Handlungsdruck der Kommunen«, VDA-Verkehrsausschuss, 21.01.2009, Berlin.
- Bracher, Tilman:** »Das Velo in der Stadt um 2050«, Vortrag auf der 3. Zukunftswerkstatt Velo 2.0 der Mobilitätsakademie Schweiz des TCS, 25.03.2009, Brig.
- Bracher, Tilman:** »Bicycle Portal and Bicycle Academy – Constituents of Germany's Bicycle Clearing House«, Beitrag zur Velocity-Konferenz 2009, 14.05.2009, Brüssel.
- Bracher, Tilman:** »Mobilität Zukunft Nachhaltigkeit«, BVG-Arbeitsmeeting Nachhaltigkeit, 27.05.2009, Berlin.
- Bracher, Tilman:** »Investitionsbedarf und Erhaltungsbedarf der deutschen Kommunen im Straßenbau und im ÖPNV«, Beitrag zur außerordentlichen Sitzung der GVKS – Arbeitskreise »ÖPV« und »Straßenbaupolitik« – Entflechtungsgesetz, 22.06.2009, Düsseldorf.
- Bracher, Tilman:** »Nachhaltige Mobilität – gesellschaftlich betrachtet«, Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie, LVI-Mobilitäts-Symposium IV, 09.07.2009, Stuttgart.
- Thiemann-Linden, Jörg:** »Begegnungszonen und Shared-Space-Prinzipien im internationalen Kontext«, Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung u.a.: »Die Begegnungszone – Die Wiederentdeckung der Straße als öffentlicher Lebensraum«, 27.11.2010, Berlin.
- Thiemann-Linden, Jörg:** »Kommt Zeit, kommt Rad! In Zukunft Pedelecs und Fahrradparkhäuser im großen Stil?« Fachdialog (Heuer) »Parkhaus – Infrastruktur – (Elektro)Mobilität. Immobilien in einer mobilen Gesellschaft«, 02.12.2009, Bielefeld.
- Thiemann-Linden, Jörg:** »Aktuelle Verkehrsentwicklung und Verkehrsplanung in der Praxis«, Spezialseminar für Studiengang Diplom-Geograph, Lehrauftrag an der Universität Bonn, Geographische Institute (Prof. Claus-C. Wiegandt).
- ## Umwelt
- Beckmann, Klaus J.:** »Globaler Klimaschutz – eine gemeindliche Aufgabe? Die Verantwortung von Städten und Gemeinden aus fachlicher Sicht«, Kommunalpolitisches Forum »Zukunftsaufgaben der Kommunalpolitik«, 27./28.03.2009, Tutzing.
- Kausch, Franziska:** »Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen«, Vortrag gehalten auf folgenden Veranstaltungen: Tagung der Regierung Oberbayern, 13.01.2009, Ettal; Veranstaltung der Regionalen Planungsstelle Lausitz-Spreewald, 30.01.2009, Großräschen; Seminar der Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein, 05.02.2009, Kiel; 14. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten, 27./28.04.2009, Münster; Berliner Energietage 2009, 05.05.2009, Berlin; Informationsveranstaltung der NBank, 12.05.2009, Hannover; Sitzung der Arbeitsgruppen Umwelt sowie Wirtschaft und Arbeit der CDU im Landtag Sachsen-Anhalt, 25.08.2009, Magdeburg; Fachtagung der Energieagentur NRW, 28.10.2009, Düsseldorf; Treffen des »Netzwerks kommunale Klimaschutzkonzepte«, 04.11.2009, Bönen; Messe »Kommunale Zukunft Rheinland-Pfalz«, 17.11.2009, Mainz; Länderaustauschtreffen »Klimaschutz in Schulen«, 03.12.2009, Hannover.
- Kausch, Franziska:** »Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative«, Lehr- und Informationsveranstaltung im Rahmen der Campustour der Heinrich-Böll-Stiftung Saarland, 16.06.2009, Saarbrücken.
- Lorke, Vera:** »Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen«, Vortrag gehalten auf folgenden Veranstaltungen: Informationsveranstaltung der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, 09.03.2009, Koblenz; Frühjahrssitzung 2009 des Arbeitskreises »Energieeinsparung« des Deutschen Städtetages, 11.05.2009, Ulm; EOR-Forum 2009, »Auswirkungen der aktuellen Gesetzgebung und Förderprogramme auf die Energienutzung im kommunalen und privaten Bereich«, 05.06.2009, Kaiserslautern; Fachkonferenz »Klimaschutz und Energieeffizienz in Kommunen« des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, 08.09.2009, Rendsburg.
- Lorke, Vera:** »Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen« und »Förderung von kommunalen Klimaschutzkonzepten«, 2. Bremer Symposium der Bremer Energie-Konsens GmbH »Energie-Contracting in der Metropolregion Bremen-Oldenburg, Energieeffizienz und kommunale Klimaschutzkonzepte für öffentliche Liegenschaften«, 10.09.2009, Bremen.
- Preuß, Thomas:** »Strategien und Instrumente zur Eindämmung des Flächenverbrauchs – aktuelle Ergebnisse aus der Raumforschung«, Parlamentarischer Abend von BUND und NABU, 18.03.2009, Stuttgart.
- Preuß, Thomas:** »Aktuelles aus der REFINA-Forschung: Folgekosten der Siedlungsentwicklung«, Sitzung des Arbeitskreises »Liegenschaf-
- ten« des Deutschen Städtetages, 20.03.2009, München.
- Preuß, Thomas:** »Ergebnisse aus der instrumentenbezogenen Forschung, Workshop Wohnen in urbanen Räumen. Neue Instrumente zur Revitalisierung von Stadtbrachen in kleineren und mittleren Kommunen«, UBA-Projekt »Neubau- und Umnutzungspotenziale auf Stadtbrachen für die künftige Wohnungsnachfrage«, 24.04.2009, Halle.
- Preuß, Thomas:** »Ökonomische Instrumente der Flächensteuerung«, Konferenz »Die Krise mit Staatsausgaben lösen? Der Beitrag marktwirtschaftlicher Umweltpolitik« des Forums Ökologische Marktwirtschaft e.V. (FÖS), Green Budget Germany (GBG), 29.05.2009, Berlin.
- Preuß, Thomas:** »Nachhaltige Flächenpolitik in den Städten«, Fachveranstaltung »Flächenmanagement – sparsamer Flächenverbrauch« des Regionalrats des Regierungsbezirks Detmold, 17.06.2009, Detmold.
- Preuß, Thomas:** »Folgekosten der Siedlungsentwicklung kalkulieren?!«, DSK-Fachtagung Flächenmanagement, Flächenrecycling, Innenentwicklung – neue Schwerpunkte einer nachhaltigen Stadtentwicklung, 08.07.2009, Nürnberg.
- Preuß, Thomas:** »Planning instruments and urban policies of Poland and Germany concerning land consumption and suburbanization. The situation in Germany«, Joint German-Polish REFINA-Workshop »Research and model projects on suburbanization and land consumption«, 06.11.2009, Gdansk (Poland).
- Rösler, Cornelia:** »Kommunaler Klimaschutz«, Fachgespräch »Klimaschutz und Energie-sparen in den Kommunen« der SGK Nordrhein-Westfalen, 06.11.2009, Landtag NRW, Düsseldorf.
- Rösler, Cornelia:** »Fördermöglichkeiten für den kommunalen Klimaschutz«, Fachkonferenz »Kommunen aktiv für den Klimaschutz« des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, 26.02.2009, Bonn.
- Rösler, Cornelia:** »Kommunaler Klimaschutz« und »Fördermöglichkeiten für den kommunalen Klimaschutz«, Vorträge im Rahmen der Umweltsammlerkonferenz der Mittelstädte, 07./08.05.2009, Neuss.
- Rösler, Cornelia:** Podium »Was Kommunen für Energieeffizienz und erneuerbare Energien tun können«, DEMO-Kommunalkongress, 05./06.11.2009, Berlin.
- Rösler, Cornelia:** »Rahmenbedingungen der Kommunen für Anpassungsstrategien«, Veranstaltung des Bundesumweltministeriums zur Deutschen Anpassungsstrategie (DAS), 18./19.05.2009, Berlin.
- Rösler, Cornelia:** »Beispiele vorbildlicher kommunaler Projekte im Klimaschutz«, Umweltsammlerkonferenz der Mittelstädte, 29./30.10.2009, Darmstadt.
- Rösler, Cornelia:** »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz – Beratung, Serviceleistungen und Wettbewerb«, Umweltausschuss des Deutschen Städtetages, 03./04.12.2009, München.
- Verbücheln, Maic:** »Marktanalyse ausgewählter Stoffströme«. Veranstaltung »Abfall als Ressource« des Umweltministeriums Baden-Württemberg und der VKS im VKU Landesgruppe Baden-Württemberg, 15.07.2009, Ludwigsburg.
- Verbücheln, Maic:** »Anforderungen an die Förderung kommunaler Klimaschutzprojekte«, Landeshauptstadt München und Bündnis München für Klimaschutz. 09.01.2009, München.

**Verbücheln, Maic:** »Fördermöglichkeiten für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung«. Veranstaltung »Energieeffiziente Straßenbeleuchtung. Infoveranstaltung zu Technik und Fördermöglichkeiten« des Umweltministeriums Niedersachsens und des Projekts »Klimawandel in Kommunen«, 29.01.2009, Hannover.

**Verbücheln, Maic:** »Fördermöglichkeiten kommunaler Klimaschutzprojekte im Rahmen der BMU-Klimaschutzinitiative«, 2. Nordhäuser Energieforum, 25.03.2009, Nordhausen.

**Vorwerk, Ulrike:** »Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen«, Treffen des »Netzwerks kommunale Klimaschutzkonzepte«, 04.11.2009, Bönen.

**Vorwerk, Ulrike:** »Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen«, 2. Altlandsberger Energiekonferenz des Energiebüros MOL und des Netzwerk BIOFestbrennstoff MOL in Kooperation mit dem Landkreis Märkisch-Oderland, 01.10.2009, Altlandsberg.

**Zwicker-Schwarm, Daniel:** »Der Forschungsschwerpunkt REFINA – Welche Rolle spielen Projekte zur Information und Kommunikation für ein nachhaltiges Flächenmanagement?«, Workshop »Flächen ins Netz« (FLITZ), 29.10.2009, Gera.

## Steuerung und Aufgabenorganisation

**Floeting, Holger:** »Kooperationen in Kommunen«, 14. Deutscher Fachkongress der Kommunalen Energiebeauftragten, 27.04.2009, Münster.

**Knipp, Rüdiger:** »Veränderte Aufgabenwahrnehmung öffentlicher Verwaltungen – Erkenntnisse aus einer internationalen Recherche«, Vortrag auf dem verwaltungsübergreifenden Kolloquium der Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin, 11.02.2009, Berlin.

**Knipp, Rüdiger:** »Aktuelle Probleme des Public-Managements«, Vortrag vor Studierenden des Studiengangs »Public-Management« der

Hochschule für Wirtschaft und Recht, 05.05.2009 in Berlin.

**Knipp, Rüdiger:** »Zukunft öffentlicher Serviceangebote«, Vortrag vor einer Wissenschaftlerdelegation des Shanghai Administration Institute (SAI) bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, 03.09.2009, Berlin.

**Knipp, Rüdiger:** »Personalmanagement in Zeiten des (demographischen) Wandels«, Vortrag im Rahmen des Arbeitskreises »Die Personalabteilung als Dienstleister: Personalumbau in Zeiten wachsender Leistungsanforderungen und steigenden Kostendrucks«, 5. Deutscher Kämmerertag, 17.09.2009, Würzburg.

**Schneider, Stefan:** »ServiceStadt Berlin 2016 – Anforderungen an die zukünftige Ausgestaltung der Leistungs- und Serviceangebote im Land Berlin unter sich verändernden Rahmenbedingungen«, Ansprechpartnertreffen des Deutschen Instituts für Urbanistik, 12.10.2009, Leipzig.

## Weitere Themen

**Bock, Stephanie:** »Wir liefern die reale Welt« – Thesen zur Kooperation von Forschung und kommunaler Praxis in transdisziplinären Forschungsverbänden«, Gründungstreffen der Arbeitsgruppe Stadtsoziologie in Theorie und Praxis, 20./21.02.2009, Wiesbaden.

**Bock, Stephanie:** »Kooperation mit Kommunen im Rahmen der projektübergreifenden Begleitung REFINA« beim Seminar »Wissenschaftler im Dialog: Das Lernende Programm« des BMBF-Förderschwerpunkts »Nachhaltige Waldwirtschaft« am 02.06.2009, Bonn.

**Bunzel, Arno:** Podiumsdiskussion zum Thema »Angebote der Wissensvermittlung in Aus-, Fort- und Weiterbildung« im Rahmen des DASL-Kolloquiums zur Zukunft der Fortbildung im Städtebau, 15.05.2009, Erfurt.

**Seidel-Schulze, Antje:** »Rahmenbedingungen und Prinzipien zum Aufbau von Tabellen«, Frühjahrstagung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, 17.3.2009, Berlin.

# Deutsches Institut für Urbanistik



Zimmerstraße 13–15  
10969 Berlin

Telefon: 030/39 001-0  
Telefax: 030/39 001-100  
E-Mail: [difu@difu.de](mailto:difu@difu.de)

[www.difu.de](http://www.difu.de)